

Liebe Leserin, lieber Leser,

für die Ausgabe 300 haben wir uns einem Thema zugewandt, das leider immer noch aktuell bleibt. Armut – in unterschiedlicher und nicht immer sichtbarer Ausprägung – ist trotz 20 Jahre währendem Wirtschaftsboom in der luxemburgischen Realität fest verankert. War Not früher jedoch etwas, das man entweder diffus oder aber sehr deutlich mit „Ungerechtigkeit“ in Verbindung brachte, so wird das Phänomen heute in Politik und Medien in der Regel als individuelles (oder importiertes) Schicksal dargestellt – und von der Öffentlichkeit auch so hingenommen. Die Beseitigung von Armut und Not wird niemand mehr ernsthaft fordern, allenfalls eine effiziente Verwaltung der Folgen (Drogen, Obdachlosigkeit, Kriminalität, ...) steht noch auf der Wunschliste. Das passt in eine Gesellschaft, die sich langsam wieder vom Gedanken der Solidarität verabschiedet. Während der Präsident der ABL dafür plädiert, die Attraktivität des „Standortes“ an der Höhe der obersten Gehälter zu messen (bzw. am Niveau des vom Staat angebotenen „höchsten“ Steuersatzes) beginnt die Diskussion darüber, ob die für den 1. Januar 2011 geplante Erhöhung des Mindestlohnes nicht aufgeschoben werden könnte.

Eine Förderung des Hochlohnbereiches und die stillschweigende Einführung eines Niedriglohnsektors, das wäre der Regierung in den kommenden vier Jahren schlimmstenfalls noch zuzutrauen. Aber eine Lösung der Renten-, Klima-, Transport-, Landesplanungs- und Naturschutzprobleme wird kaum jemand mehr von diesem Dream-Team erwarten, das sich jetzt exakt ein Jahr dadurch blockierte, dass es zuerst den eigenen Premier (nicht) nach Brüssel verabschiedete und dann eine Tripartite durchführte, die im konzeptionellen Chaos endete. Die Zeit hätte sinnvoller genutzt werden können, beispielsweise um ein paar europäische Richtlinien sauber umzusetzen oder die Verfassungsreform in trockene Tücher zu bringen ...

Sie werden auf den Innenseiten wahrscheinlich bemerken, dass wir das Layout zur Feier der Nummer 300 aufgefrischt haben. Ohne radikal den gewohnten Aufbau zu ändern, sollen die Seiten leichter, freundlicher und ruhiger wirken. Wir hoffen, dass es Ihnen gefällt, Ihre Reaktionen sind willkommen!

Es grüßt Sie herzlich,

Ihre forum-Redaktion

Editorial

Jürgen Stoldt: Von 200 bis 300 4

public forum

Bernard Thomas: Ministerin, Milieu, Missverständnisse 6

Politik

Marcel Lorenzini: Die Arbeiterklasse und die Luxemburger Nation 8

Wirtschaft

Bernard Thomas: Die Erfindung des kompetitiven Croissants 10

Europa

Nico Fehlen: Bruxelles: capitale européenne et paradis du lobbying 14

Dossier: Armut in Luxemburg

Thomas Köhl/Jean-Marie Wagner:
Interessiert mich ... nicht? 17
Robert Urbé: Armut? Was ist das? 18
Marie-Josée Jacobs: 2010: Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale 23
Christiane Meyers/Paul Milmeister/Helmut Willems:
Armutsrisiken bei Kindern und Jugendlichen in Luxemburg 25
Sylvain Hoffmann: „Les inégalités se creusent par le haut“ (Interview) 31
Frédéric Berger/Alessio Fusco: Différentes approches, différents résultats? 34
Karin Manderscheid: La participation des personnes exposées à la pauvreté 37
Charel Schmit: Vom „Armenbüro“ zum kommunalen Sozialdienst 40
Klaus Schneider: Flexibilität, Beschäftigungsfähigkeit und Armut 44
Roland Maas: L'insertion professionnelle des jeunes non qualifiés à Esch/Alzette 48
René Kneip: Stratégies globales pour mettre fin au sans-arbrisme en Europe et au Luxembourg 52
Véronique Gobert: Kulturpass, mode d'emploi 57

Abr(e)isskalender

Richard Graf: Wettlauf gegen die Zeit 59

Kultur

Daniela Lieb: Luxemburg tanzt! 61

Kulturchronik

Guy Engels: Musik, Marketing & Gehälter 65

Buchbesprechung

Raymond Weber: Le Temps de l'Afrique 66
Pia Oppel: Lesen gegen den Klimawandel (Teil 7) 68

200 bis 300

Eine Bilanz zu weiteren 10 Jahren *forum*



Vor zehn Jahren schrieb Michel Pauly in der Ausgabe 200 einen Rückblick zur Entstehung und Entwicklung der Zeitschrift *forum*. Der Beitrag ist immer noch lesenswert und – aktuell. Denn tatsächlich haben die letzten 10 Jahre keine grundlegenden Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung und in der Funktionsweise dieser für Luxemburger Verhältnisse ziemlich einmaligen „Autorenzeitschrift“ gebracht.

Schon vor zehn Jahren zeichnete sich ab, dass die Veröffentlichung von sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschungsergebnissen in *forum* einen festen Platz erhalten würde. Mit der jungen Universität verbindet uns heute eine Vielzahl von Kooperationen. Aber *forum* findet hier nicht nur neue Autoren, sondern ebenfalls neue Leser.

Wirtschaftliche Fragen und die Beschäftigung mit dem Konzept der Nachhaltigkeit haben eine verhältnismäßig größere Bedeutung in unseren Spalten erhalten – sicherlich eine Antwort auf die Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise und das absehbare Ende des Luxemburger Modells. Auch institutionelle Fragen wurden in den letzten 10 Jahren mehr und mehr in *forum* diskutiert. Ob dies am persönlichen Interesse und Engagement der Autoren oder doch an einer gewissen Leichtfertigkeit der staatlichen Organe im Umgang mit Gesetz und Verfassung liegt, ist schwer zu beurteilen. Das Thema Religion und Religiosität ist demgegenüber weiter zurückgetreten. Auch die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche, die früher die Zeitschrift charakterisierte, ist angesichts der schwindenden gesellschaftlichen Bedeutung der Kirche in Luxemburg kaum mehr präsent.

Auch wenn sich so einige Akzente verschoben haben, der Ton an einigen Stellen etwas „wissenschaft-

licher“ wurde, an anderen Stellen etwas ironischer, so hat sich die Zeitschrift im Grunde genommen bemerkenswert stabil gehalten – und doch hat sich unmerklich alles verändert.

Erschien die Zeitschrift vor 10 Jahren etwa im 6-Wochen-Rhythmus, so ist sie heute eine ausgewachsene, ziemlich verlässliche Monatszeitschrift. Eine Internetseite mit einem vorbildlichen Archiv steht ihr zur Seite und macht die Beiträge für Recherchen aller Art auch nach Jahren zugänglich. Mit der Nummer 200 hatten wir damals den Schriftzug des Titels, das Format und das gesamte Layout verändert. Mit der Nummer 300 frischen wir zehn Jahre später das Layout noch einmal auf – nicht weil es uns notwendig erschien, sondern um uns eine Freude zu machen. Die formale Qualität der Zeitschrift hat sich in diesen Jahren radikal verbessert, was der Glaubwürdigkeit der Publikation natürlich zu Gute kommt. Lynn Herr, die seit 2005 Lektorat und Layout bewerkstelligt, hat hier mit qualifizierter Hilfe im Hintergrund einen qualitativen Sprung bewerkstelligen können. Im Jahre 2000 wurde *forum* vielleicht noch zur „alternativen Presse“ gerechnet, heute hat sich die Zeitschrift auch durch die Pflege ihres Erscheinungsbildes und der geleisteten Lektoratsarbeit, zu einer international wahrgenommenen Monatszeitschrift gemauert.

2005 war auch das Jahr, wo *forum* ein Experiment in politischer Bildung unternahm durch eine Internetseite, die den Ablauf der EU-Verfassungsdebatte in Luxemburg dokumentierte. Unsere Bemühungen, diese Seite fortbestehen zu lassen, scheiterten daran, dass die Regierung lieber eine eigene, von ihr kontrollierte (Geister-)Initiative zur Bürgerinformation über die EU ins Leben rufen wollte. Die Nutzung

der neuen Medien wird für die Entwicklung von *forum* trotzdem mittelfristig entscheidend sein – sei es über eine digitale Veröffentlichung des Magazins, sei es über Angebote wie Newsletter oder Blog. An Ideen mangelt es natürlich nicht.

2006 begann für uns ein Kampf um die finanzielle Stabilisierung der Zeitschrift, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Unsere Hoffnungen auf eine weitergehende Unterstützung durch den Staat (über die 25 000 Euro, die uns das Kulturministerium dankenswerterweise jährlich überweist) mussten wir nach einer Vielzahl von Eingaben irgendwann resigniert aufgeben. Erfolgreich und enorm ermutigend war hingegen eine Spendenaktion bei unseren eigenen Lesern, die innerhalb weniger Wochen etwa 14 000 Euro einbrachte. Weitere Entlastung brachte die Inanspruchnahme des Fonds de l'Emploi für die Anstellung unserer Mitarbeiter. Seit 2009 können wir für unser Redaktionsbüro Räumlichkeiten nutzen, die uns die Stadt Luxemburg kostengünstig zur Verfügung stellt. Die tägliche Arbeit wird seitdem in einem sehr angenehmen Arbeitsumfeld geleistet, was der Motivation und Konzentration natürlich enorm zuträglich ist. Für unsere Finanzen viel versprechend und ermutigend ist auch das Interesse von neuen, zu uns „passenden“ Anzeigenkunden, die angekündigt haben, die Werbemöglichkeiten der Zeitschrift zu nutzen. Eine unerwartete und höchst willkommene Unterstützung kommt dieses Jahr noch dazu von der „liberalen“ Fondation Alphonse Weicker, die *forum* am kommenden 20. Oktober ihren, mit 25 000 Euro dotierten, „Prix du progrès économique durable“ verleiht. Vielleicht wird es also *forum* – wider Erwarten – in zehn Jahren noch immer geben!

Verein und Redaktion haben sich in den letzten 10 Jahren verstärkt und verjüngt, eine Entwicklung, die weiter gehen wird. Wer Interesse und Lust an publizistischer Arbeit hat, ist bei *forum* tatsächlich sehr willkommen. Hilfreich könnte dabei eine Mischung aus Leidenschaft, Neugierde, Ernsthaftigkeit und Humor sein. Avis aux amateurs !

Am 13. Oktober 2010 (18.30 Uhr im Café Exit07, CarréRotondes, 1, rue de l'Académie in Hollerich) findet eine weitere Folge von *public forum* statt, eine Gelegenheit nicht nur über den Inhalt des aktuellen Dossiers zu diskutieren, sondern auch für unsere Leser, Autoren und Freunde bei einem Glas über die Perspektiven dieser Zeitschrift zu streiten und warum nicht, auch ein bisschen zu feiern. Jeder ist herzlich eingeladen!

Jürgen Stoldt

forum: Definition eines Experiments

Die Zeitschrift *forum* ist eine seit 1976 bestehende Autorenzeitschrift, die von einem Verein und einer ehrenamtlichen Redaktion herausgegeben wird. Der Trägerverein der Zeitschrift *forum* wurde am 15. Juli 1985 im Handelsregister der Stadt Luxemburg eingetragen. In Artikel 2 der Statuten von 1985 werden die Ziele des Vereins folgendermaßen beschrieben: „L'association a pour objet de contribuer à la formation et à l'animation socio-culturelle et politique au sens le plus large. A cet effet elle pourra éditer des journaux et périodiques, diffuser des émissions radiophoniques et télévisées. Elle pourra appuyer toute initiative compatible avec son objet.“

Diesen Zielen wurden im Jahr 2002 noch folgende hinzugefügt: „Elle [l'association] pourra initier et promouvoir toute action et publication visant à sensibiliser pour et/ou promouvoir les droits de l'homme, les problèmes du Tiers Monde, le développement durable et global, l'intégration des citoyens étrangers, la cohésion sociale, l'égalité des genres, l'esprit civique et l'engagement politique.“

Verein und Redaktion bestehen aus einer Gruppe von etwa 15 Personen. Sie bestimmen in kollegialer Weise Ausrichtung und Philosophie der Publikation, die Themen der Dossiers und zusätzliche Projekte.

Der Vorstand des Vereins wird zurzeit zusammen gesetzt aus Jürgen Stoldt (Präsident), Jean-Marie Wagner (Kassierer), Thomas Köhl (Sekretär), Viviane Thill und Jean-Paul Barthel (Mitglieder). Der Vorstand ist im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich, er tritt als Arbeitgeber auf und trifft alle finanziellen Entscheidungen (Investitionen, Budgets etc). Der Jahresumsatz beträgt knapp 100 000 €. Davon werden 25 000 € durch eine Subvention des Kulturministeriums gedeckt („aide à la presse culturelle“). Die Zeitschrift fällt nicht unter das Gesetz zur Pressehilfe. Sie finanziert sich ca. zu 50 % durch die Verkaufs- und Abo-Einnahmen. Zuwendungen einer seit langen Jahren engagierten Spendergemeinschaft und Werbeeinnahmen machen weitere 25 % der Einnahmen aus. Der Verein leistet sich zur Kontrolle der Konten die Dienste einer Fiduciaire.

Die Auflage beträgt 1900 Exemplare. Die Zahl der Abonnemente beläuft sich auf knapp 1 100. In den Kiosken werden pro Ausgabe zwischen 150 und 250 Exemplare verkauft.

Die tägliche Redaktionsarbeit (Lektorat, Kontakt zu den Autoren, Layout, Verwaltung und Produktion) werden von zwei fest angestellten Mitarbeitern bewältigt. Lynn Herr (seit 2005) und Bernard Thomas (seit 2010) verfügen beide über einen Abschluss in Geschichte.

Die *forum*-Redaktion kann auf ein weit verzweigtes Netzwerk von Autoren und Unterstützern zählen, die auf Anfrage oder spontan Texte zu den Ausgaben beitragen. Honorare werden in der Regel nicht gezahlt. *forum* sieht eine seiner Aufgaben darin, Menschen zu motivieren, ihre (Fach-)Kenntnisse einem größeren Publikum mitzuteilen. Trotzdem kommen natürlich viele Artikel und die Konzeption der einzelnen Dossiers aus dem internen Kreis der „Redaktion“. Interviews werden von den jeweiligen „Dossierverantwortlichen“ geführt. Die Zeitschrift erhält ihr Profil zwar von innen, doch ihre Qualität beruht in hohem Maße auch auf der Auswahl und dem Niveau der „externen“ Autoren. *forum* versteht sich als offenes, kritisches Medium, das über Analysen, Hintergrundberichte und Dossiers die Entwicklung der Luxemburger Politik, Gesellschaft und Kultur begleitet. Sie richtet sich an ein dreisprachiges, politisch interessiert Publikum.

JST

Ministerin, Milieu, Missverständnisse

Zur public-forum-Diskussion mit Octavie Modert

Bernard Thomas

Leute aus dem Kulturmilieu erkennt man naturgemäß daran, dass sie viel und gern auf das Kulturmilieu schimpfen. „Si la culture pleurniche, l'art est libre“, diese Erkenntnis teilte dann auch vor kurzem Josée Hansen den Lesern des *Lëtzebuurger Land* mit. Ihrer Forderung, statt über Kulturpolitik (Institutionen, Gouvernance, Subventionen, Pädagogik) solle über Kunst gestritten werden, sei die erste *public-forum*-Debatte am 15. September nicht gerecht geworden, schrieb sie.

Auch der Schauspieler Germain Wagner war am Ende der *public-forum*-Veranstaltung über den Diskussionsverlauf aufgebracht. Dem persönlichen Engagement des Künstlers, seinem „Sich der Kritik aussetzen“, seinem Sich-Offenbaren solle die Ministerin auch etwas „Persönliches“ gegenüberstellen, so Wagner, und forderte sie auf, öffentlich ihre Definition von Kultur und Kunst kundzutun. Und bitte: „Etwas Leidenschaftliches!“ Doch wen interessiert eigentlich Frau Moderts Definition von Kultur? Sie selbst sagt, es sei genau so wenig ihre Aufgabe über Kultur als solche zu dozieren, wie es die des Sportministers ist, ein Fußballspiel zu kommentieren. Interessanter ist da schon Frau Moderts Meinung zu Politik und Finanzierungsfragen.

Vor der Gefahr aber, dass am Ende alles schön unverbindlich bleiben würde, hatte der durch den Abend führende Moderator bereits am Anfang des Abends gewarnt. Frau Modert sei eben, so Jürgen Stoldt, eine Politikerin, „und zwar eine gute“ (die Ministerin lächelte verlegen), und die Grundlage ihres Erfolges sei es, sich nicht festlegen zu lassen. Wenn das Publikum am Ende also frustriert nach Hause gehen

sollte, dann habe Frau Modert ihre Arbeit gut gemacht, so Jürgen Stoldt.

Die mir auferlegte Aufgabe einer Berichterstattung erwies sich somit schnell als eine undankbare. Es wurden viele Phrasen gedroschen („wir machen das Beste draus“), lebensphilosophiert („die Hoffnung soll man ohnehin nie aufgeben“), aber vor allem verwaltungs-technisches Jargon benutzt. Das lag auch an dem Frage-und-Antwort-Spiel, das sich die Vertreter der – meist kleinen – Kulturorganisationen mit der Ministerin lieferten. Dabei argumentierten die Kulturschaffenden so, dass sie schnell in den Verdacht gerieten, bloß über Geld reden zu wollen, und zwar über ihr eigenes. Der *Wxxx*-Kulturredakteur Luc Caregari schrieb: „[...] le public [...] s'est assez vite embourbé dans ses propres paradoxes: d'un côté, il gueulait pour avoir plus de cohérence et de visions dans la politique culturelle, de l'autre presque toutes les interventions étaient faites au nom d'associations et concernaient l'argent des subventions“.

Dass Frau Modert eine gute Politikerin ist, bewies sie, indem sie die von den Künstlern formulierten Fragen an genau diesem Widerspruch packte und eine nach der anderen zu Boden schmetterte. Der Umstand, dass die meisten Fragen von erlebten Einzelfällen ausgingen, erlaubte es der Kulturministerin, einzeln zu beruhigen und allgemein unverbindlich zu bleiben. Der Schauspieler Marc Baum ging vom „Negativbeispiel“ seiner Theatergruppe Independent Little Lies aus und fragte: „Was sind denn nun die Kriterien, an denen sich die Künstler reiben und abrackern sollen? Formelle gibt es keine. Dafür aber informelle, und die haben ständig gewechselt. Am

**„Wenn ich euch richtig verstehe, wollt ihr, dass weniger Leute Subsidien kriegen ... Wer keine mehr will, der kann sich ja melden.“
(Octavie Modert)**

Anfang wurde man vom Ministerium finanziert, wenn möglichst viel Geld aus der Privatwirtschaft angeschleppt wurde. Dann hieß es auf einmal: Als freie Theatervereinigung kriegt ihr Finanzierung, wenn ihr es fertig bringt, mit bestehenden Kulturhäusern zusammenzuarbeiten. Dann wiederum: Wenn ihr internationale Koproduktionen macht ...“ Angefangen hatte Baum die Frage mit der Feststellung, Independent Little Lies habe über einen Zeitraum von 15 Jahren noch keine Konvention mit dem Ministerium zustande gekriegt, „trotz vier oder fünf Anfragen“.

Marc Baum hatte sich somit in die Unterstellung hineinmanövriert, eigentlich bloß „pro domo“ argumentiert zu haben. Frau Modert fertigte ihn ab wie einen Bittsteller: „Sie haben vielleicht nie eine Konvention erhalten, aber doch sicher Subsidien? Hmm? Wir haben 80 Konventionen. Ich kann mich nicht persönlich um jede Anfrage kümmern.“ Dann aber wurde es schnell schwammig: „Und bei den Subsidien kennen Sie selbst ja die Kriterien, nämlich: die Permanenz eurer Aktivitäten und die Qualität der Darbietung.“ Doch die Ministerin weiß auch implizit zu drohen. Das klang dann so: „Wenn ich euch richtig verstehe, wollt ihr, dass weniger Leute Subsidien kriegen ... Wer keine mehr will, der kann sich ja melden“, sagte die Kulturministerin, halb ironisch. Im Exit 07-Saal lachte keiner.

Hier hakte Jürgen Stoldt nach. Er forderte Kriterien, „auch wenn wir darunter leiden müssen“ und zitierte aus einem *Luxemburger-Wort*-Leitartikel von Marie-Laure Rolland: „Un peu partout, des voix s'élèvent pour demander plus de transparence dans l'attribution des subsides [...] Il est intéressant de noter au demeurant que la demande émane pour une bonne part du secteur culturel lui-même, qui a bien compris qu'une bonne gouvernance est plus efficace que le règne des petits arrangements entre amis...“

Die Frage, ob es lohne, nach dem Modell eines Fonds national de la recherche die Subsidienvergabe zu „objektivieren“, winkte Frau Modert ab: „Das Geld soll direkt an die Künstler und ihre Aktivitäten gehen. Ich werde kein Extra-Gremium schaffen, das nur Geld verbraucht. Es existiert bereits ein Gremium, ein internes. Das kostet keinen Cent.“ „Objektiv“ war wohl das falsche Adjektiv, „allgemeingültig“ oder „bindend“ hätte besser gepasst. Oder auch: „politisch“. Wer Kriterien aufstellt, setzt sich nämlich auch der Kritik aus, wie jüngst die Debatte um das Bibliothekengesetz bewies.

Im Übrigen liefen die Antworten der Ministerin auf einige Schuldzuweisungen hinaus. Die blieben



Foto: Fabrizio Pizzolante

aber implizit, direkt genannt wurden die Schuldigen nicht. Jugendliche sollen stärker für Kultur sensibilisiert werden? Wenden Sie sich bitte an das Bildungsministerium. Wie kriegt man Besucher aus der Großregion und dem Ausland in die Luxemburger Kulturinstitutionen? Darum kümmert sich das Tourismusministerium. Was geschieht in Sachen Centre national de la culture industrielle et du travail auf Belval? Wie sieht es mit dem Umzug der Nationalbibliothek auf den Kirchberg aus? Wenden Sie sich bitte an das Bautenministerium. Die regionalen Kulturhäuser sind verunsichert, finden kein Publikum? Reden Sie mit ihrem kompetenten Regionalpolitiker. Die Jahresberichte des Kulturministeriums sind konfus und zu unverbindlich? Jedes andere Ministerium macht das genauso. Der Saal fragte nach Visionen, die Ministerin antwortete mit legalen Prozeduren, Stellungnahmen des Staatsrats und parlamentarischen Kommissionen. Colette Flesch brachte es auf den Punkt: „Wir verfahren immer nur ‚au cas par cas‘. Die allgemeine Vision, von dem was wir wollen, fehlt.“

Typisch luxemburgisch war auf jeden Fall die Art, wie der Abend endete. Als *De Neie Feierkrop* schrieb, die Kulturministerin habe sich am Ende „überaus schnell“ durch den Seitenausgang „verkrümelt“, irrte das Satireblatt. Die Ministerin blieb nämlich bis spät in die Nacht im Exit 07 und diskutierte angeregt mit dem Publikum. „Toleranz“ war übrigens eine der Antworten, welche die Kulturministerin auf Germain Wagners Frage nach ihrem Kulturverständnis gegeben hatte. ♦

Der Saal fragte nach Visionen, die Ministerin antwortete mit legalen Prozeduren, Stellungnahmen des Staatsrats und parlamentarischen Kommissionen.

Die Arbeiterklasse und die Luxemburger Nation

Ein Nachtrag

Marcel Lorenzini

Ich bin, wie immer, überrascht Beiträge zur Geschichte der luxemburgischen Arbeiterklasse zu lesen in denen von vornherein eine Hälfte derselben stillschweigend übergangen wird: die nichtluxemburgischen Arbeitskräfte (Immigranten und Grenzgänger) – so nun auch im Beitrag von Christophe Haler.¹

Wie immer stellt sich für Luxemburg die Frage, was man hierzulande unter Arbeiterklasse versteht: spricht man vom Proletariat im Allgemeinen als Klasse (im Marx'schen Sinne) oder nur von jenem Teil der hiesigen Arbeiterklasse luxemburgischer Nationalität?

In letzterem Fall hat Herr Haler Recht, wenn er schreibt, dass in Luxemburg die Sozialisten wussten „was wir haben“ – aber wiederum auch nur jene luxemburgerischer Nationalität, und von denen aber auch wiederum nur jene, die mit der internationalen Solidarität am wenigsten am Hut hatten!

Aber anklingen lassen zu wollen, dass die luxemburgische soziale Gesetzgebung extrem „fortschrittlich“ für die Arbeiterklasse gewesen sei, ist ein bisschen stark übertrieben: die Geschichte der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte (immerhin und mindestens die Hälfte des Proletariats) beweist genau das Gegenteil.

Ich gehe davon aus, dass die Luxemburger Arbeiterklasse (im Marx'schen Sinne) von der Luxemburger Politik und den Luxemburger Politikern – bewusst

oder unbewusst, das sei, von jeder Polemik abgesehen, dahingestellt – stets als zwei ungleiche Teile behandelt wurde: einmal die stimmberechtigten Luxemburger, ein andermal die für die luxemburgische Politiker unbedeutenden (weil nichtwahlberechtigten) Einwanderer (respektiv – im heutigen Zusammenhang – Fremdarbeiter und Grenzgänger).

Ich gehe weiter davon aus, dass die luxemburgische Politik diese Ungerechtigkeit meistens (wenn nicht sogar ausschließlich) auf Druck von Außen hin und meist schweren Herzens verbessert hat (vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, im Rahmen des Aufbaus des gemeinsamen europäischen Marktes).

So galt es jahrzehntelang nicht als unmoralisch, in Krisenzeiten zuallererst die ausländischen Arbeiter zu entlassen und des Landes zu verweisen. So ist es noch nicht sehr lange her, dass nichtansässige Arbeitslose, die zuvor solidarisch ihre Beiträge entrichtet hatten, nicht von der luxemburgischen Arbeitslosenunterstützung übernommen wurden und den jeweiligen Kassen unserer Nachbarsländer, bei weit geringeren Auszahlungen, zur Last fielen.

Diese „ungleiche“ Behandlung verhinderte stets die Einheit des Luxemburger Proletariats (verstanden als Menschen die nur über ihre Arbeitskraft verfügen). Vielmehr entstand so eine privilegierte einheimische luxemburgische (als Nationalität verstandene) Arbeiter„aristokratie“, die es galt bei Laune zu halten. Nationale Bevorzugung und vorrangig für

Nationale Bevorzugung und vorrangig für Luxemburger reservierte Arbeitsbereiche haben das Zustandekommen einer einheitlichen luxemburgischen Arbeiterbewegung stets erfolgreich verhindert.



1. Mai 1921 in D dellingen (  Copyright Archives photographiques de la Ville de Dudelingen)

Luxemburger reservierte Arbeitsbereiche haben das Zustandekommen einer einheitlichen luxemburgischen Arbeiterbewegung (etwa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts) stets erfolgreich verhindert – und wer zuletzt Interesse an einer gespaltenen Arbeiterbewegung hatte (und hat!), ist leicht zu erraten.

Wie konnte dies geschehen? Nun, indem soziale, gewerkschaftliche und politische Reformen so reglementiert wurden, dass sie in erster Linie der Arbeiterschaft Luxemburger Nationalität zugute kamen. Für den sozialen Bereich hieß dies: indem man zwischen Beitragspflicht und Bezugsrecht (meist mit der Beschäftigungsdauer verknüpft) unterschied. Auf gewerkschaftlicher Ebene wurde zwischen „wahlberechtigt sein“ und „wählbar sein“ unterschieden – eine Differenzierung, wie wir sie ja auch von der Politik her kennen, beim sogenannten „Ausländerwahlrecht“, dessen Einführung hierzulande schlussendlich auch nur auf Druck der Europäischen Union und halbherzig stattfand.²

Ich muss gestehen, dass leider genauere Studien zu diesem Thema hierzulande fehlen und dass es einer Aufarbeitung all der Gesetze und Reglemente in den drei obengenannten Bereichen bedarf, um meinen Gedankengang zu untermauern (was ich zu tun gedenke); dass mich aber ein anderes, aktuelles Beispiel in diesen meinen Überlegungen bekräftigt: die momentane Auseinandersetzung über die Kindergeldzulagen. Nur dass diesmal das Spiel nicht so einfach aufzugehen scheint, und die Gewerkschaften reagie-

ren. Einerseits weil sie wahrscheinlich viele Grenzgänger unter ihren Mitgliedern zählen, andererseits weil sie ahnen, dass dies nur der Anfang größerer sozialer Auseinandersetzungen sein wird.

Schön wäre es ja, wenn das vielzitierte Wort von Max Frisch „man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“ seiner schrecklichen Einleitung entledigt wäre, die da heißt: „Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr“.

Noch sind wir weit davon entfernt, von einer Geschichte der luxemburgischen Arbeiterklasse reden zu können – es sei denn, man reduziert weiterhin diese Geschichte auf den Teil des luxemburgischen Proletariats luxemburgischer Nationalität. ♦

1 Christophe Haler, „Arbeiterbewegung und Annexion 1918-1919“, *forum* Nr. 299, S. 19-22

2 In diesem Zusammenhang könnte man sich z. B. die Frage stellen, warum für unsere ausländischen Mitbürger kein Wahlzwang eingeführt wurde).

In diesem Zusammenhang sei auf die Rundtischgespr che hingewiesen, die das Centre de Documentation sur les Migrations Humaines seit einigen Jahren in D dellingen gerade zu diesem Thema veranstaltet – so auch dieses Jahr, am 23 Oktober.

Für weitere Einzelheiten, siehe: www.cdmh.lu

Die Erfindung des kompetitiven Croissants

Eine kurze Geschichte der luxemburgischen Bäckereien

Bernard Thomas

„Haben Sie noch nie von Konrad Lorenz gehört?“, fragt mich der Generaldirektor am Telefon. „Vom „Tierpsychologen“ (und ehemaligen Rassenkundler) hatte ich gehört. „Ja? Dann wissen Sie ja wie so was funktioniert: Wer sich von klein auf an einen Geschmack gewöhnt hat, der wird diesen Geschmack für den Rest seines Lebens mögen. Die Macht der Gewohnheit!“ Ich rede mit Jacques Linster, Chef der Panelux S.A. Industriebäckerei (Linster spricht lieber von „Großbäckerei“), besser bekannt unter dem Namen Fischer. Mit der aggressiven Schulterklopfjovialität die sich oft bei Leuten findet, die um die Macht des Geldes wissen, hat Linster gerade meine verworrene Frage, was man tun solle, wenn einem Fischer nicht schmeckt, es aber nur noch Fischer gibt, beantwortet. Meine hochtrabenden Fragen nach der Homogenisierung und dem Verlust des Geschmacks erscheinen mir auf einmal seltsam naiv.

„Jacques Linster, der ist stark... ganz stark. Dee weess, wou hien d'Féiss hisetzt“, versichert mir eine Bäckerin. Linster hat in der Tat den Ruf eines „Schaffert“, hat Kommandogewalt über circa 1 000 Arbeiter und verfügt über die modernsten Produktionsmittel. In der Roodt-Syrer-Brotfabrik verwandeln täglich 450 Arbeitskräfte 60 Tonnen Mehl auf 30 000 Quadratmetern zu Backprodukten um und frieren sie ein. 500 weitere arbeiten im Verkauf in den etwa 60, über das ganze Land und Grenzland verteilten, Fischer-Filialen. Panelux kann auf dem europäischen Brotmarkt mithalten: von der Roodt-Syrer-Brotfabrik aus werden Kantinen, Supermärkte, diverse Tankstellen, aber auch europäische Unternehmen wie Bofrost oder Picard beliefert. Jacques Linster erklärt mir stolz, er könne beispielsweise in Paris zu Picard

gehen und sich sein eigenes, tief gefrorenes Fischer-Baguette kaufen und dann essen. (Warum man etwas derart Abstruses tun würde, frage ich nicht.) In Roodt-Syre läuft die Produktion 24/24, man arbeitet in Schichten. Die Croissant-Maschine produziert „15 000-25 000 Croissants pro Stunde: „Das nenne ich einen kompetitiven Croissant!“, meint Jacques Linster.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Joe Fischer

Am Anfang der heutigen Panelux S.A. steht ein Bäcker aus Gilsdorf, Joe (ausgesprochen: Joé) Fischer. Seine Geschichte ist die des exemplarischen Aufstiegs einer Luxemburger Führungskraft im Nachkriegsluxemburg und im Arbeitgebermilieu erzählt man sie sich heute noch gerne. Im FEDIL-Blatt, *Echo des entreprises*, beschrieb ihn Claude Lanners, der von 1962 bis 2004 vom Wirtschaftsministerium beauftragt war, Investoren nach Luxemburg zu ziehen, jüngst meritokratisch als „Handwerker, der sich hochgearbeitet hat“ und bescheinigte ihm „Dynamik und unternehmerisches Geschick“. Kurz, ein Unternehmer mit Weitsicht: „Joe Fischer sah bereits voraus, dass der kleine Bäckereibetrieb auf Dauer kaum überlebensfähig war und legte mit seiner Großbäckerei den Grundstein für die heutige Panelux-Gruppe.“ Auf der Fischer-Homepage schreibt man marketing-lyrisch die Geschichte eines kapitalistischen Zentralisationsprozesses um zu einem „subtil équilibre entre le respect d'un savoir-faire traditionnel et la volonté d'aller de l'avant, d'innover“.

Der wundersame Aufstieg des kleinen, fleißigen Bäckers Joe Fischer, welcher 1954 die Familienbäcke-

Die Geschichte von Joe Fischer ist die des exemplarischen Aufstiegs einer Luxemburger Führungskraft im Nachkriegsluxemburg.

rei in Gilsdorf übernommen hatte, begann mit der Ankunft der ersten holländischen Camping Cars und Karawanen in der Öslinger Hügellandschaft. Joe Fischer verkaufte den Holländern seine Backprodukte und kaufte sich davon einen größeren Ofen. Im Winter aber stand der leer. Joe Fischer konnte so seinen Bäckerkollegen aus der Region aushelfen. Norbert Geisen, aktueller Präsident der Fédération des artisans, Bäckermeister und zwischen 1988 und 1998 Präsident der Bäckervereinigung, kannte Joe Fischer, „einen Mann, den ich respektierte, gegen den ich aber auch so manche Kriege geführt habe“. Kein Feind also, eher ein Gegner. Norbert Geisen schildert den Modus Operandi von Joe Fischers Übernahmen: „Wenn der Geselle irgendeines Bäckers im Norden krank war und der Bäcker mit Backen nicht nachkam, dann sprang Joe in die Bresche. Da hatte er eine Nische gefunden: er lieferte sein Brot direkt in die Bäckerei. Und wenn derselbe Bäcker dann irgendwann in Rente gehen wollte, brachte sich Joe geschickt ein ins Gespräch für die Übernahme ...“

Die Regeln des Geschäfts hatte Fischer intuitiv, die Sprache der Symbolik jedoch beherrschte er nur stümperhaft. Joe Fischer nannte 1963 seine Bäckerei in „Boulangerie industrielle de Gilsdorf“ um – „une grave erreur du point de vue de la perception par le client“, wie Claude Lanners mir in einer Mail erklärt. Im Wirtschaftswunderland der 1950er und 1960er klangen Wörter wie „Industrie“ oder „Konsum“ nämlich schicklich und modern, und viele Handwerker sahen sich gerne in der Pose des Industriellen. „Das war ein *Faible* von Joe, aber auch seine *Faiblesse*. Der Ritterschlag war ein Schlag ins Wasser“, urteilt Jacques Linster heute. Brot erweckt zwangsmäßig andere Assoziationen als etwa Autoreifen. Schenkt man Johannes, dem Lieblingsjünger Jesu, Glauben, so griff der Messias unablässig auf Brot als Metapher Seiner Selbst zurück. Mal nannte sich Jesus „das Brot von Gott“, mal „das Brot, das vom Himmel herabkam“, dann wiederum „das Brot des Lebens“, oder auch „das lebendige Brot, durch welches jeder Mensch, der davon isst, ewiges Leben haben sollte“. Durch den zentralen Platz, den die Transsubstantiation in der katholischen Liturgie einnimmt, wurde Brot zum wahrscheinlich symbolischsten aller Nahrungsmittel. Es erstaunt demnach wenig, dass „industrielles Brot“ im katholischen Ösling der 1960er nur wenig Anklang fand.

Aus dem Fehler des Joe Fischer hat Panelux gelernt: auch wenn „nicht unbedingt begründet“ sei eine „gewisse Sentimentalität bei Brot eben vorhanden“, sagt Jacques Linster. Und so setzt die heutige Marketingstrategie von Fischer gezielt auf „Authentizität“. Jacques Linster sagt recht trocken: „Wer am besten

lügt, verkauft am meisten.“ Desto industrieller die Herstellung, desto bukolisch-verkitschter (oder: verlogener) die Bezugnahme zur Tradition: „Dépositaire d'un savoir-faire ancestral, les artisans boulangers Fischer répètent inlassablement ces gestes traditionnels qui donnent à votre pain ce goût de la simplicité et de l'authentique“, liest man beispielsweise auf der Internetseite von Fischer. Im Kino sieht der Zuschauer: ein Weizenfeld im Wind (Fischer) und ein älteres Bauernpaar, welches mit dem Traktor zur Tankstelle tuckert, um sich dort ein belegtes Brötchen zu kaufen (Aral).

Auf den Namen „industriel“ musste Joe Fischer verzichten, nicht aber auf eine Politik der Expansion. 1971 fusioniert Fischer mit der hauptstädtischen Bäckervereinigung Fabrique de produits alimentaires. Drei Jahre später eröffnet Fischer seine ersten Shops im Cactus und beginnt mit der Eroberung des lothringischen Brotmarktes. Langsam aber sicher macht sich Fischer breit. Zentralisierung und Konzentrierung von Kapital führen zu einer Ballung von Reichtum und Macht: 2005 etwa kauft Panelux die Mierscher Bäckerei SA, und die Petit Four S.A. auf. Ein Jahr später ist Comet S.A. (Schwan Bäckerfräsch), bis dahin Fischers Hauptkonkurrent, an der Reihe, geschluckt zu werden. Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist: So wurden viele kleinere in wenige, größere Kapitale verwandelt.

Die Produktionskapazität von Panelux stieg (und steigt noch immer) ins Unvorstellbare: 1992 wurden täglich und nächtlich 12 Tonnen Mehl zu Brot verarbeitet, 1997 waren es 20 Tonnen, 2002 bereits 35 Tonnen, heute liegen wir, Jacques Linster zufolge, bei 60 Tonnen Mehl. An diese Produktionskapazitäten kommt in Luxemburg keiner heran. Auch nicht die Pâtisserie Schumacher S.A. mit ihren 130 Arbeitern und 12 Verkaufspunkten. Dass, wie ein kurzer Blick auf ihre Homepage verrät, die „größte Dame blanche“ (2,9 Tonnen), der „größte Winnie Wuuh der Welt aus Schokolade“ (4,32 Meter hoch und 1,94 Meter breit) und die „längste Praline der Welt“ (521 Meter) aus ihrem Wormeldinger Atelier stammen, mag den zweiten Rang etwas kompensieren. An der Tatsache, dass Fischer den Ton angibt, ändern diese Würden nichts.

Der kleine Bäcker: „Futti, Schluss, aus!“

Der Konzentrationsprozess ging naturgemäß auf Kosten von kleineren Bäckerei- und Konditoreibetrieben. Gab es deren 1970 noch 383 in Luxemburg, so bleiben heute gerade noch 69 Betriebe. Was die Verkaufsstellen angeht, gibt es schätzungsweise 120: davon gehören 60 Kleinbäckern, die 60 übrigen gehören Fischer. Bezeichnend ist auch, dass in

Auch wenn „nicht unbedingt begründet“ sei eine „gewisse Sentimentalität bei Brot eben vorhanden“, sagt der Panelux Direktor.

Wer sich [...] mit dem Thema der luxemburgischen Bäcker beschäftigt, gerät schnell in ein dichtes Netz von Verstrickungen.

den letzten 30 Jahren (vor 1980 liegen keine Zahlen vor) die Zahl der Beschäftigten von 1 129 auf 2 074 gestiegen ist. Der Präsident der nationalen und europäischen Bäckervereinigung, Henri Wagener, erklärt das Paradox so: „All die vielen kleinen Bäckereibetriebe sind am Verschwinden; die Betriebe aber, die bleiben, vergrößern sich. Sehen Sie, in meinem Betrieb haben vorher drei Leute gearbeitet: mein Vater, ein Lehrjunge und ich. Heute sind wir zu zehnt. In einem normalen mittelgroßen Betrieb wird mit 15 Personen gearbeitet.“

Jacques Linster hat es satt, die ganze Schuld am Verschwinden der Bäckereibetriebe in die Schuhe geschoben zu bekommen und kontert mit marktwirtschaftlich Virilem: „Man hat mir die letzten 35 Jahre ständig ‚Houere Fischer‘ um die Ohren geschleudert. Ich kann nur sagen: à chacun de tirer son épinge du jeu.“ Er selbst sei auch einmal ein kleiner Bäcker gewesen, früher wenigstens. „Ich habe das abgewogen, als zu leicht empfunden und die Idee wieder fallen gelassen“, resümiert er heute. Beschwerden sollte man sich nicht, schließlich hätten wir ja „als Gesellschaft für die freie Marktwirtschaft gestimmt“. Und damit hätten wir auch die Gesetze des Marktes zu akzeptieren. Dessen sogenannte unsichtbare Hand sei eigentlich die von uns allen: „Sehen Sie, Fischer diktiert überhaupt nichts, der Markt bestimmt.“

Eigentlich suggeriert Jacques Linster, die Schuld am Verschwinden des kleinen Bäckers trage nicht „der böse Fischer“, sondern wir alle, wir egoistischen Konsumenten. Haben also letzten Endes wir selber diese industrielle, vermarktete, tiefgefrorene Welt herbeigeführt?

Wer sich, aus welchen Gründen auch immer, mit dem Thema der luxemburgischen Bäcker beschäftigt, gerät schnell in ein dichtes Netz von Verstrickungen. Mit dem Schulgesetz und der Krise des Katholizismus (keiner geht mehr Samstag- oder Sonntagmorgen vor die Tür), mit in Brüssel ausgearbeiteten Hygienennormen (die massive Investitionen in neues Material zur Folge haben) und Deregulierungen (vom Brotpreis z.B.), mit den etwa 600 Tankstellen (24/24 „frisches“ Brot), Supermärkten (die außer Panelux kein Luxemburger Bäcker beliefern kann) und Discounter (welche, naturgemäß, die Preise unterbieten), mit Esskultur (vor 20 Jahren haben sich nur wenige getraut im Gehen zu essen), mit Mietpreisen (viel zu hoch), mit Schlafsiedlungen (kein Leben, kein Bäcker), mit Lohnkosten und verrückten Arbeitszeiten (23:30-08:00), mit Brotmesseinheiten (1 „kg“ belgisches Brot wiegt 800 g) – mit all dem wird man konfrontiert. Diese Kumulation bedeutet für den kleinen Bäcker: „Futti! Futti! Schluss, aus!“, wie es Linster auf den Punkt brüllt.

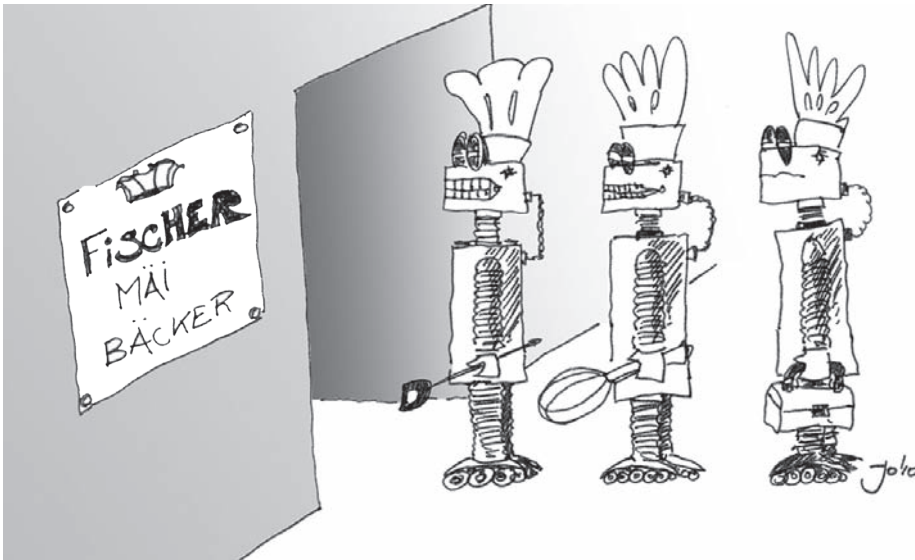
Ich bin ein Dinosaurer

Damit hat Linster natürlich nicht ganz Unrecht, wenigstens statistisch gesehen. Heute wird jedes zweite in Luxemburg hergestellte Backprodukt im Supermarkt oder auf der Tankstelle gekauft. Panelux hatte diese Entwicklung vom Einkaufen gehen zum Einkaufen fahren früh erkannt und sich rechtzeitig neben dem Einzelhandel (und neuerdings Biomarkt und Sandwichmarkt für gestresste Tertiärangestellte) die „grande distribution“ als neues Standbein zugelegt: anfangs nur bei Match, neuerdings auch bei Cactus.

Interessanterweise ist es Henri Wagener, ein kleiner Bäcker also, der auf das Argument der nationalen Einheit zurückgreift, um die Panelux-Kontroverse kurzzuschließen: „Wir müssen regional agieren, damit wir die belgischen und deutschen Kollegen aus dem Markt heraushalten – damit das Brotbusiness ein Luxemburger Business bleibt“, sagt er. Was er aber damit genau meint, ist nicht klar. Vor allem da Fischer längst in Trier oder Metz seine Filialen eröffnet hat und der „Brotimperialismus“ eher von Roodt-Syre aus geführt wird als von dem strukturschwachen nahen Grenzgebiet. Zwar verkauft Fischer noch „typisch Luxemburger Produkte“, wie die *Rieslingspaschtéit* oder die *Aachtchen*, aber er tut dies auch nur, weil der Kunde sie kauft. „Wir behalten unsere Partikularitäten und Traditionen so lange wir damit Geld verdienen“, entmystifiziert Jacques Linster die identitäre Frage und bringt sie auf ihren ökonomischen Punkt.

Zugegeben: Fischer macht keine schlechten Produkte. Die Roodt-Syrer-Backfabrik benutzt Sauerteig, Frischmilch, lässt ihre Produkte lange gären und ist groß genug, um den Bauern vorschreiben zu können, welche Weizenkörner sie anzupflanzen haben. Henri Wagener, der Präsident der nationalen und europäischen Bäckervereinigung, redet vorsichtig vom „Fischer-Geschmack“, welchen „man mag, oder eben nicht“. Schmecken tun die Fischer-Produkte aber immer gleich, was daher rührt, dass sie aus dem gleichen Ofen kommen. Dann nimmt er Jacques Linsters Marktmetapher wieder auf und spinnt sie weiter: „Das Spiel Groß gegen Klein gibt es immer. Es gibt halt nur einen Markt. Die Art und Weise wie wir diesen Markt attackieren, ist bei uns natürlich anders als bei Fischer. Die Fischer-Bäckerei, die kann schwere Artillerie auffahren ...“

Dem kleinen Bäcker bleiben die Nischen. Immer ein Schritt hintendran, wie es mir Henri Wagener erklärt: „Die kleinen Betriebe denken oft noch in der Größenordnung des Viertels oder der Ortschaft. So langsam müssen wir aber anfangen in regionaler



oder sogar nationaler Größenordnung zu denken. Der Fischer, der denkt schon längst international. Währenddessen laufen wir noch immer in den Fußstapfen der Tradition. Nicht Fischer, der Bäcker selbst steht sich im Weg. Der Schritt weiter, in die Innovation, mein lieber Mann, der ist bitter“, sagt er und lacht. Wortgewandt ist Henri Wagener auf alle Fälle. Selbst das alte Lied der Überlastung der Handwerker und des kleinen *Patrons* klingt bei ihm noch lustig und frisch: „Lehrjahre sind keine Meisterjahre, mein Herr“, meint er am Telefon, „Das sind zehn saure Jahre und die muss man durchstehen. Zehn Jahre mit Scheuklappen, wie beim Pferd. Nix mit schnellen Autos und schönen Frauen hinterher gucken. Arbeit, Arbeit!“

Die Unverbindlichkeit von Henri Wagener ist auch Teil einer Strategie und die hat mit seiner Funktion als Präsident der Luxemburger Bäckervereinigung zu tun. Die versucht seit einigen Jahren verstärkt, Panelux aktiv mit einzubinden. Schlechte Publicity will man vermeiden und Wagener bittet mehrmals: „Keng Feindbilder, w.e.g.!“ Zu der Zeit als Norbert Geisen der Bäckervereinigung vorstand, wurden die Konflikte offener ausgetragen. Die Kleinbäcker hatten damals grüne Laternen anbringen lassen, um sich als „warme Bäcker“ von den Tiefkühlbäckern zu differenzieren. Wie er denn in seiner heutigen Funktion als Präsident der *Fédération des artisans* den Spagat zwischen Kleinbetrieben und Multinationals wie die Dussmann Gruppe oder Panelux hinkriege, will ich von Norbert Geisen wissen. „Konsensbereitschaft“, antwortet er knapp. Aber selbst Henri Wagener kann sich einen Seitenhieb auf Panelux nicht ganz verkneifen. Der große Vorteil, meint er, sei, dass Panelux die gleichen hohen Löhne zu zahlen habe wie der kleine Bäcker, deshalb könne es sich Fischer auch gar nicht leisten, die Preise konsequent

zu unterbieten ... „Außer natürlich, die delokalisieren nach Ungarn. Da liegt der Mindestlohn bei etwa 800 Euro im Monat. Der Lastwagen braucht nur 10 Stunden bis nach Luxemburg. Und tiefgefroren sind die Produkte sowieso ...“, deutet Wagener an.

Bei der Limpertsberger Pâtisserie Drebenstedt (ein Drei-Mann-Betrieb) stellen sich solche Fragen nicht. Man hat seine Klientel, ein komisches Gemisch aus Schülern, Durchgangsverkehr und alteingesessener Limpertsberger Bourgeoisie. Viele von letzteren kennt Frau Drebenstedt beim Namen. Die „riche et bonne bourgeoisie où s'était conservée héréditairement [...] la connaissance des bonnes adresses et l'art de savoir bien faire une commande“, wie sie einst Proust umschrieb, ist vielleicht die Rettung des letzten halben Dutzend hauptstädtischer Bäckereien. In vier Jahren gehen die Drebenstedts in Rente. Was danach kommt ist noch unklar. Frau Drebenstedt macht sich aber schon ihre Gedanken und Sorgen: „Ich will den Leuten im Viertel einen französischen Bäcker hinterlassen“, sagt sie und meint mit „französisch“ *artisanal*. Falls sich keiner findet, wird in einigen Jahren auf Nummer 80 der Avenue Victor Hugo eine Fischer-Filiale stehen. Eine von 21 in Luxemburg-Stadt. Und Jacques Linsters Prognose hätte sich wieder ein wenig mehr bestätigt: „Der richtige Bäcker wird zum Künstler, zum Exoten. Wéi op der Fouer.“

Zurück bleibt ein fader Geschmack, ein Gefühl von Schwindel und der immer wiederkehrende Satz, nur gutes Brot zu backen und zu verkaufen reiche nicht aus, um als Bäcker zu überleben. Als ich dem entgegensetzen versuche, ich würde meist zu Fuß zum nächsten Bäcker gehen, lacht am anderen Ende der Leitung Jacques Linster: „Sie sind schon fast ein Dinosaurier, mein Herr! Matt allem Respekt fir Är Persoun ...“ ♦

**„Der richtige Bäcker wird zum Künstler, zum Exoten. Wéi op der Fouer.“
(Jacques Linster)**

Bruxelles : capitale européenne et paradis du lobbying

Les lobbys sont vus soit comme le démon qui menace la démocratie, soit comme un élément normal de celle-ci. En analysant leur rôle dans la capitale européenne de Bruxelles, nous espérons éclairer les enjeux qu'ils posent pour la démocratie européenne.

Nico Fehlen

Quand on se balade un dimanche d'automne dans les rues du quartier européen de Bruxelles, on peut repérer entre les bâtiments futuristes et démesurés des institutions européennes des maisons plus discrètes avec des plaques dorées indiquant des noms comme « Forum Europe », « Centre for the New Europe » ou encore « Burson-Marsteller ». Ce sont tous des noms de *think tanks* ou de cabinets de lobbying qui essayent d'influencer les décisions des trois institutions européennes (la Commission, le Conseil et le Parlement). Mais l'image du lobbyiste qui chuchote aux parlementaires quelles directives ils devraient voter est-elle un mythe ou simplement une métaphore pour une situation bien réelle ? D'un côté, le lobbying peut être considéré comme un phénomène démocratique et normal, de l'autre, on peut y voir un processus court-circuitant la démocratie représentative.

qu'une méthode qui peut être utilisée par n'importe quel acteur. Néanmoins, nous espérons pouvoir clarifier pourquoi le lobbying favorisera souvent des « acteurs commerciaux » (fédérations patronales ou grandes multinationales).

Une technocratie relativement petite et une armée de lobbyistes

Avant d'évaluer la portée du phénomène et de discuter des enjeux pour la démocratie, il faut donner quelques descriptions et explications au sujet de l'ampleur du lobbying à Bruxelles. Ces dernières décennies, les politiques nationales ont été soumises à une européanisation de plus en plus forte. De plus, l'Union européenne compte aujourd'hui 27 États membres et représente donc un des espaces économiques les plus importants du monde. Cette intégration quantitative et qualitative fait aujourd'hui des trois institutions européennes des cibles intéressantes pour les lobbys de toutes sortes.

D'autres facteurs structurels créent un terrain propice au lobbying. Les procédures de décision sont complexes et donnent souvent l'occasion à des « experts externes » d'intervenir. De plus, il y a une vraie demande (on pourrait même parler de dépendance)

Aujourd'hui, on estime qu'il existe environ 1 500 organisations qui participent au lobbying à Bruxelles et qu'elles disposent d'environ 15 000 collaborateurs [...].

D'abord, il faudrait définir ce qu'est le lobbying. Nous essayons d'employer le terme de manière purement descriptive pour tout acte par lequel quelqu'un essaie d'influencer une décision politique par des moyens de *public affairs* (en s'adressant directement aux décideurs) ou de *public relations* (en augmentant la pression sur les décideurs par l'influence de l'opinion publique). On pourrait reprocher à cette définition assez large d'englober aussi les actions politiques des « gentils » et transformer ainsi Greenpeace ou la Confédération européenne des syndicats en de simples acteurs de lobbying. Le lobbying n'est donc

Nico Fehlen suit des études binationales de sciences politiques à l'université de Freiburg et d'Aix-en-Provence. Il est actuellement en stage à Bruxelles auprès de l'Institut syndical européen.

de l'expertise externe, puisque contrairement à un préjugé répandu, la technocratie européenne est relativement modeste et ne dispose pas des ressources nécessaires pour traiter tous les dossiers en cours. Dans ce contexte, les lobbys et les *think tanks* offrent des études, des données et des propositions toutes faites. Pour une description plus détaillée du processus de lobbying, nous renvoyons à l'article d'Olaf Münichsdorfer dans *forum* n° 255.

Bien qu'il soit donc clair que le lobbying est un phénomène important à Bruxelles, il est difficile de le chiffrer exactement. Ceci est dû au manque de transparence et à la vitesse avec laquelle la branche du lobbying se développe. Aujourd'hui, on estime qu'il existe environ 1 500 organisations qui participent au lobbying à Bruxelles et qu'elles disposent d'environ 15 000 collaborateurs, dont la grande majorité, 70 %, travaillent pour des entreprises, 20 % pour des régions, des villes ou des institutions internationales et que 10 % pour des ONG (Dinan ; Wesselius 2010 : p. 23-24). À travers toute une panoplie de méthodes (voir encadré), ils essayent d'influencer les institutions européennes. Bien que tous ces actes paraissent légitimes et sont même protégés par les principes de la liberté d'expression et la liberté d'association, ils peuvent néanmoins poser des problèmes au fonctionnement de la démocratie.

Un risque de corporate capture ?

On pourrait argumenter que le lobbying sert à inclure des intérêts socioprofessionnels dans la prise de décision, mais il existe déjà une participation institutionnalisée et plus transparente des partenaires sociaux à travers le Comité économique et social européen (un organe représentant les salariés, les patrons et la société civile, qui prépare et propose des directives). Mais il existe encore d'autres intérêts qui méritent d'être entendus. Ce qui pose problème, c'est l'asymétrie qui existe entre les intérêts économiques de certaines branches ou grandes entreprises et les intérêts généraux, comme la protection de l'environnement, la stabilité financière, la justice sociale.

Si l'on aborde le phénomène du lobbying par la théorie du pluralisme, on pourrait y voir un enrichissement de la démocratie. Mais cette théorie analyse le lobbying avec la supposition que tous les intérêts seraient également faciles à organiser et à articuler et pourraient donc s'affronter sur « le marché des idées » (Schmidt, Manfred G. 2008: p. 210). La réalité est différente. Déjà Olson démontrait que des intérêts particuliers sont plus faciles à organiser et à défendre que des intérêts généraux (Olson, Marcur 1976 : p. 107). De plus, le lobbying favorise

les intérêts commerciaux. Un producteur d'automobiles, par exemple, peut considérer ses dépenses en lobbying comme un investissement, puisqu'une régulation moins contraignante sur la réduction de CO₂ pour les voitures donnerait lieu à des bénéfices plus importants. Une ONG environnementale, par contre, ne profiterait pas économiquement d'un durcissement de la même régulation, ses gains seraient strictement symboliques et politiques. Ceci se reflète aussi dans la composition du monde des lobbyistes, avec une domination très prononcée des intérêts économiques devant ceux de la société civile (Dinan ; Wesselius 2010 : p. 23).

Dans ce contexte, on parle souvent de *corporate capture* pour dénoncer l'emprise des entreprises sur la prise de décision politique. Des textes plus engagés dressent alors une image selon laquelle les entreprises dicteraient le contenu des directives à la Commission et contrôlèrent directement le vote des parlementaires. La réalité est bien sûr plus complexe et il est difficile d'évaluer exactement le degré de *corporate capture*. Néanmoins, des exemples récents permettent de montrer à quel point des intérêts particuliers ont pu peser sur des régulations aussi importantes que celles des marchés financiers ou sur la réduction des gaz à effet de serre. Ainsi, le groupe d'experts qui a préparé la stratégie de la Commission sur la régulation des marchés financiers était presque exclusivement composé de représentants des grandes banques et fonds d'investissement (Rowell, Andy ad all 2010 : p. 87). Se pose donc la question de comment pouvoir contenir les effets problématiques du lobbying sur la démocratie.

Le **lobbying** est un instrument pour influencer le contenu ou l'implémentation d'une décision politique. Aujourd'hui cette technique est fortement professionnalisée. Dans le cas de Bruxelles des entreprises, des fédérations sectorielles et des ONG essayent d'influencer les propositions de la commission et le vote des parlementaires.

Les grandes entreprises disposent souvent de leurs propres lobbyistes (inhouse-lobbying). De plus, des firmes de public relations et de public affairs, comme APCO, Burston-Marsteller ou Fleishman-Hillard offrent leur services sur le marché du lobbying.

Ces experts de la prise d'influence vont organiser des conférences pour présenter leurs idées aux décideurs politiques et pour cultiver des liens entre ceux-ci et les lobbyistes. D'autres techniques visent les parlementaires en leur offrant des informations et des conseils de vote.

Des moyens plus ouverts vont viser l'opinion publique par des campagnes publicitaires ou allant même vers la mise en place de fausses ONG pour militer pour la cause du client.

La transparence est-elle vraiment suffisante ?

Un problème majeur est l'opacité dans laquelle opèrent les lobbyistes. En effet, un registre complet et obligatoire, comme il en existe aux États-Unis, manque en Europe. Jusqu'à maintenant, le Parlement dispose d'un registre qui contient uniquement les noms des personnes qui ont un accès privilégié au Parlement. La Commission a mis en place un registre contenant plus d'informations sur les lobbyistes, mais qui reste facultatif. Il existe des projets pour fusionner les deux registres et rendre les informations plus exhaustives et surtout obligatoires.

Mais même une transparence parfaite ne saurait rendre le lobbying complètement démocratique. Même le registre le plus exhaustif ne changerait en rien l'asymétrie qui existe entre le lobbying d'intérêts commerciaux et celui d'intérêts d'ONG. Pour contenir l'emprise des lobbys sur les institutions européennes, il faudrait entamer une vraie réflexion en profondeur sur le fonctionnement de la démocratie européenne. Des contre-pouvoirs sociétaux devraient être renforcés, des voies à la participation et à la consultation citoyenne devraient être ouvertes et rendues plus accessibles, l'architecture institutionnelle et le processus de décision devraient être repensés.

Bien évidemment, toutes ces mesures nécessitent un certain rapport de force en faveur d'une réappropriation de l'UE par ses citoyens. Or, les dernières

élections européennes ont plutôt renforcé le camp des ceux qui ont une attitude plus favorable envers les messages du lobbying économique. L'exemple de la composition du groupe d'experts sur la régulation des marchés financiers montre à quel point le lobbying dépend de choix politiques des décideurs. Si les lobbyistes jouissent donc d'une grande marge d'influence sur la Commission, le Conseil et le Parlement, c'est parce qu'ils sont dominés par la logique de la maximisation des profits, renvoyant des considérations sociales et écologiques au deuxième rang. Les divers acteurs, qui combattent pour une Europe sociale ou pour une Europe écologique, doivent réaliser que le fonctionnement démocratique de l'UE est une *conditio sine qua non* pour leur réussite.

Dinan, William ; Wesseliuss, Erik (2010) : « Brussels – a lobbying paradise ? », in ALTER-EU (éd.) : *Bursting the Brussels Bubble*, Brussels, p. 23-32.

Leif, Thomas (éd.) (2006) : *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*, 1. Aufl. Wiesbaden : VS Verl. für Sozialwiss.

Olson, Mancur (1976) : Die Logik des kollektiven Handelns, in Dettling, Warnfried ; Bethusy-Huc, Viola von (éd.) : *Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie. Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände*. M. Olzog (Olzog-Studienbuch), p. 105-123.

Schmidt, Manfred G (2008) : *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 4. überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden : VS-Verl. für Sozialwiss.

Rowell, Andy ad all (2010) : « Banking on the bankers – regulation and the financial crisis », in ALTER-EU (éd.) : *Bursting the Brussels Bubble*, Brussels, p. 87-93.

www.corporateeurope.org

public forum Armut in Luxemburg

Als Nachtrag zum Dossier „Armut in Luxemburg“ veranstaltet *forum* die zweite öffentliche Gesprächsrunde *public forum*. Sie wird Gelegenheit bieten, Aspekte, die im Dossier aufgeworfen werden, zu vertiefen, Zusammenhänge herzustellen und direkt mit den Autoren zu diskutieren.

TeilnehmerInnen:

Marco Wagener (Chambre des salariés)

Robert Urbé (Caritas)

Claudine Bechet-Metz (Cultur'all)

Paul Milmeister (Universität Luxemburg)

Moderation: Michel Pauly (forum)

WANN? 13. Oktober 2010 um 18.30 Uhr

WO? Exit07, CarréRotondes, 1, rue de l'Aciérie, Hollerich

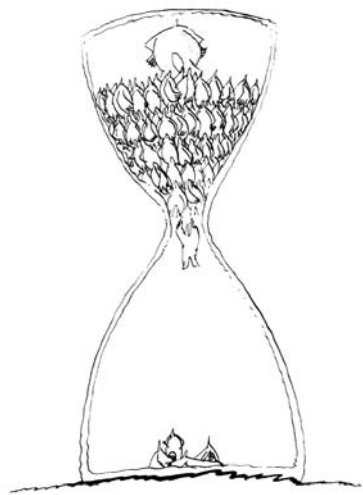
Interessiert mich ... nicht?

Vor zehn Jahren haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union verpflichtet, die Beseitigung der Armut bis 2010 entscheidend voranzubringen. Eine gute Idee – deren Erfolg sich bis dato wie folgt liest: noch immer sind Kinder und Jugendliche besonderen Armutsrisiken ausgesetzt, genauso wie Familien im Allgemeinen und Alleinerziehende im Besonderen. Noch immer leben fast 80 Millionen Europäer unterhalb der Armutsgrenze – mehr übrigens (auch im Verhältnis zur Gesamtpopulation) als in den viel gescholtenen USA, deren Bemühungen Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen von den Europäern ob ihrer Vergeblichkeit gerne belächelt werden.

Weitestgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit ist aus diesem Grund das Jahr 2010 von der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen worden. Wenngleich es nicht gelungen ist, die vergangenen 10 Jahre für entscheidende Veränderungen zu nutzen, sollte von diesem Jahr ein Aufbruchssignal ausgehen. Das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung soll eine Auseinandersetzung mit dem Thema Armut fördern, aber eben nicht nur. Wollen Politiker ernstgenommen werden, müssen sie ihren Worten auch Taten folgen lassen.

Wie ernsthaft die europäischen Regierungen das Thema im Europäischen Jahr der Armut angehen, sieht man am Beispiel Deutschlands. Hier wurden nach einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Berechnungsgrundlagen für den Hartz-IV-Regelsatz als willkürlich und nicht nachvollziehbar bezeichnete, Ende September die Basisdaten zur Berechnung von Hartz-IV-Leistungen transparent gestal-

tet und die Auszahlungsbeträge angepasst. Von der bereits im Vorfeld als ernüchternd gering bezeichneten 20-Euro-Anpassung sind nun stolze 5 Euro übrig geblieben. Das sind 17 Cent pro Tag.



Dafür gibt es aber ja jetzt zusätzlich das Bildungspaket, das den Eltern Hilfestellung im Alltag bieten und die soziale Teilhabe der Kinder sicherstellen soll. „Jedes Kind erhält Zugang zu einem Verein in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, zu Ferienfreizeiten und außerschulischer Bildung.“¹ 33 Cent täglich sind dafür immerhin vorgesehen. Weit kommt man damit aber nicht.

Und in Luxemburg? Hier soll das vorliegende Dossier die Situation näher beleuchten und sich mit den Mechanismen von Armut und sozialer Ausgrenzung auseinandersetzen. Die Autoren der Grundsatzartikel untersuchen deshalb die langfristigen Entwicklungen von Armut. Sie beziehen sich nicht auf gefühlte, sondern

auf gemessene und beschriebene Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien und statistischen Analysen. Ferner richten sie den Blick auf reale Armutserfahrungen in unserem Land, und auf die Tatsache, dass Armut sich neben der monetären Betrachtung auch in sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Dimensionen vollzieht. In Ergänzung dazu beleuchten wir Lösungsstrategien auf der Ebene der nationalen und der europäischen Politik.

Das Dossier betrachtet dabei das Phänomen Armut und seine Auswirkungen auf unsere Bevölkerung weitestgehend unabhängig von der Finanzkrise der letzten zwei Jahre. Denn es wäre zu einfach, den beschriebenen Phänomenen das monokausale Erklärungsmuster einer vorübergehenden Krise unterzujubeln – verbunden mit der irrigen Annahme, dass zusammen mit der Krise auch die Armut verschwinden möge.

Das Dossier öffnet außerdem den Blick dafür, dass Armut nicht ein Phänomen ist, welches sich nur in anderen Ländern manifestiert. Auch oder besonders in Luxemburg geht es darum, gegen die voranschreitende Schieflage im sozialen Gefüge vorzugehen. Armut ist und bleibt ein strukturelles gesellschaftliches Problem und ist für die Betroffenen eine Tragödie, die vom Volkstum und von Politikern nur allzu gern als individuelles Scheitern und Versagen abgetan wird.

Interessiert mich... doch? Wir wünschen eine bereichernde Lektüre! ♦

Thomas Köhl/Jean-Marie Wagner

¹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: www.bmas.de/portal/47956/2010__09__26_regelsaetze__sgb2.html (zuletzt geöffnet am 29.09.2010)

Robert Urbé

Armut? Was ist das?

Der Begriff Armut ist sehr vielfältig und deshalb fallen arme Menschen in reichen Ländern nicht immer auf.

1. Monetäre Armut

Es gibt verschiedene Verständnisse von Armut, und denen wollen wir hier nachgehen. Zuerst wollen wir uns mit der Definition der monetären Armut auseinandersetzen. In der weltweiten Armutsdiskussion, die uns hier aber weniger beschäftigt, wird oft derjenige als arm definiert, der weniger als zwei US-Dollar pro Tag zum Leben übrig hat, als extrem arm derjenige, der weniger als einen US-Dollar zur Verfügung hat.¹ Dies bezeichnet man als absolute Armut. In der Europäischen Union (EU) hingegen hat man sich darauf geeinigt, von einem relativen Armutsbegriff auszugehen. Armut wird also in Bezug zur Gesellschaft gesetzt, in der der Arme lebt. Selbst bei Betrachtung des absoluten Armutsbegriffs ist uns sofort klar, dass man diese Frage nicht losgelöst von einer konkreten Gesellschaftssituation sehen kann: Während jemand mit zwei Dollar pro Tag in Nicaragua beispielsweise sicher zu den Armen gehört, aber irgendwie noch überleben kann, kann sich niemand vorstellen, wie es wäre, in Luxemburg mit zwei Dollar pro Tag auskommen zu müssen.

Das Maß für relative Armut, die Armutsrisikoquote – viel gescholten wegen ihrer angeblich mangelhaften Aussagekraft und dass sie nicht die effektive Realität widerspiegeln – ist nichtsdestotrotz der europaweit beste Armutsindikator, weswegen er ja wohl auch als einer von drei Indikatoren

zur Messung der Erreichung des Ziels der Armutsverringerung in der Strategie Europa 2020 benutzt wird. Allerdings sollte er nicht alleine genutzt werden und man sollte ihn auch genau kennen, mit seinen Stärken und Schwächen.

Ein Indikator indiziert, er gibt an, er weist hin. Er beschreibt nicht, er malt kein komplettes Bild. Demnach beschreibt ein Armutsindikator nicht die Armut, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann.

Sagen wir es vorweg, dass dieser Indikator schon deshalb nicht angebracht ist, weil es laut seiner Definition trotz der besten Politik ja immer Arme gäbe, oder dass selbst eine Erhöhung des Einkommens aller zu mehr und nicht weniger Armut führe, sowie zuletzt, dass der Wegzug einiger Reicher zu weniger Armut führe, obwohl die Situation der Armen unverändert bleibe, alle diese Aussagen stimmen nicht! Sie verkennen die wahre Natur dieses Indikators, der auf dem Medianeinkommen und nicht auf dem Durchschnittseinkommen beruht.

Bevor wir weiter überlegen, was für Aussagen denn ein solcher relativer Armutsbegriff überhaupt zulässt, wollen wir uns daher erst einmal ansehen, wie er genau definiert wird.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben im Jahr 2001 bei ihrer Zusammen-

kunft im Schloss Laeken (Brüssel) gemeinsame Indikatoren beschlossen, anhand derer sie zukünftig die Erfüllung der gemeinsam gesetzten Ziele im Rahmen der sogenannten Nationalen Aktionspläne² zur sozialen Inklusion (PAN incl) verfolgen wollten. Einer dieser Indikatoren, und zwar der am häufigsten benutzte, ist der Indikator für das Armutsrisiko. Man ist sich also einig gewesen, dass man nicht Armut als solche definieren kann, aber durchaus eine Armutschwelle, unterhalb derer man dem Risiko unterliegt, arm zu werden. Und diese Armutschwelle haben die in Laeken versammelten Staats- und Regierungschefs auf 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens nach Transferzahlungen festgelegt.³ Dem Armutsrisiko ausgesetzt ist also derjenige, dessen Einkommen geringer ist als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens, anders formuliert: dessen Chancen, im normalen Leben mitzukommen, sich ähnlich wie die anderen benehmen zu können, sind um 40 % geringer als der „Durchschnitt“. Die relative Anzahl der Leute, deren Einkommen unter dieser Armutsrisikogrenze liegt, nennt man dann „Armutsrisikoquote“; sie gibt den Prozentsatz der Bevölkerung (oder einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung) an, der dem Armutsrisiko unterliegt.

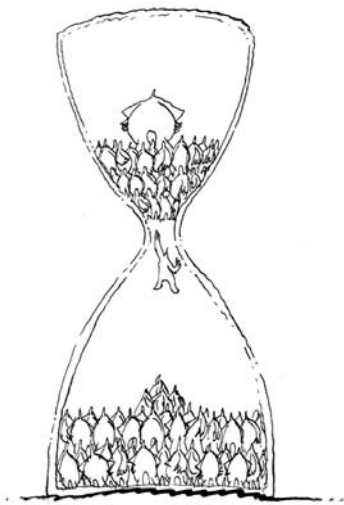
Bleiben wir noch einen Augenblick bei der Frage, was denn die Begriffe „median“, „nach Transferzahlungen“ und „Äquivalenzeinkommen“ bedeuten.

Robert Urbé ist Koordinator bei Caritas Luxemburg.

Beim *Median* handelt es sich um eine mathematische Variante dessen, was wir gemeinhin Durchschnitt nennen. Während man das Durchschnittseinkommen dadurch berechnet, dass alle Einkommen zusammengezählt und dann durch die Anzahl der Einkommensbezieher geteilt werden, ergibt sich beim Median ein Wert, der weniger durch die Extreme (hier sehr hohe bzw. sehr niedrige Einkommen) beeinflusst wird, der also für Luxemburg sich auch dadurch nicht ändern würde, wenn beispielsweise Herr Mittal seinen Wohnsitz hierher verlegen würde. Dies wird dadurch erreicht, dass man (bildlich gesprochen) alle Einkommensbezieher der Reihe ihres Einkommens nach aufstellt, sodass der Erste das niedrigste und der Letzte das höchste Einkommen hat. Das Einkommen desjenigen, der nun in der Mitte steht, ist das Medianeinkommen: genau die Hälfte der Leute hat ein höheres Einkommen, die andere Hälfte ein geringeres Einkommen. Ändert sich nun beispielsweise durch eine Steueranpassung das Einkommen der Hälfte der Bevölkerung mit dem höheren Einkommen als das Medianeinkommen, ohne dass sich das Einkommen der unteren Hälfte auch verändert, bleibt das Medianeinkommen trotzdem gleich (und damit die Armutsquote von 60 %)! Umgekehrt ändert es sich auch nicht, wenn die untere Hälfte eine Einkommensverschlechterung oder -verbesserung erfährt (allerdings fallen dann weniger Leute unter die 60 %-Grenze!).

Das Medianeinkommen variiert also nur dann, wenn in der einen oder anderen Bevölkerungsgruppe signifikant viele Personen dazu kommen, oder wenn sich die Bezüge der Leute signifikant verändern, deren Einkommen um das Medianeinkommen herum liegen. D. h. aber auch, dass politische Maßnahmen in diesen beiden Bereichen zu Änderungen der Armutsrisikoquote führen können, während umgekehrt gezielte Maßnahmen zur Anhebung des Einkommens der Ärmsten überhaupt keinen Einfluss auf die Armutsrisikoquote haben. Dies mindert natürlich schon den Wert dieses Indikators, aber bevor wir dieses Thema vertiefen, wollen wir noch kurz erklären, worum es sich bei Transferzahlungen und beim Äquivalenzeinkommen handelt.

Transferzahlungen sind alle Zahlungen, die der Staat an Einzelpersonen oder Haushalte zahlt (Rente, Kranken-, Arbeitslosen-, Kindergeld, garantiertes Mindesteinkommen/RMG, ...) und die er aus erhobenen Beiträgen, Steuern und Gebühren begleicht. Dass hier das Einkommen „nach Transferzahlungen“ berücksichtigt wird, sagt aus, dass alle diese Transferzahlungen beim Einkommen mitgerechnet werden. Wäre dies nicht der Fall, so hätten wir quer durch Europa eine Armutsrisikoquote von über 45 %!



Um also alle Menschen einer bestimmten Bevölkerung für die Errechnung dieses Indikators gleichrangig betrachten zu können, muss man dem Rechnung tragen, dass es z.B. Kinder gibt, die zwar kein eigenes Einkommen besitzen, aber an dem Einkommen ihrer Eltern teilhaben. Zuerst muss festgehalten werden, dass zur Berechnung des Armutsrisikos nur diejenigen mit einbezogen werden, die in Privathaushalten wohnen. Es werden also diejenigen nicht mitgezählt, die in Gemeinschaftsunterkünften (Hotels, Altenheime, Kinderheime, Obdachlosenheime, ...) wohnen. Sodann bezeichnet das *Äquivalenzeinkommen* das einem Erwachsenen gleichwertige Einkommen. Um alle Mitglieder einer Bevölkerung gemäß obigem Bild in Reihe und Glied aufstellen zu können, muss man jedem, also auch den Kindern und den anderen nicht erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern ein Einkommen zuordnen

können. Dazu wird in jedem Haushalt das Einkommen aller Mitglieder dieses Haushaltes zusammengezählt, durch eine Referenzzahl geteilt und das so errechnete Einkommen jedem einzelnen Haushaltsmitglied zugeordnet (diese stehen also in der oben beschriebenen „Einkommenskette“ alle nebeneinander). Die Referenzzahl, durch die das gesamte Haushaltseinkommen geteilt wird, ergibt sich dadurch, dass dem ersten Erwachsenen des Haushalts die Zahl 1, allen weiteren, über 14 Jahre alten Personen die Zahl 0,5 und allen unter 14 Jahre alten Kindern die Zahl 0,3 zugeordnet wird; die Haushaltsreferenzzahl ist nunmehr die Summe dieser einzelnen zugeordneten Zahlen.

Wir wissen jetzt, was der hauptsächlichste Armutsindikator bedeutet. Was aber sagt er aus? Kann er uns etwas über die absolute Armut mitteilen?

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass es sich hier um eine statistische Größe handelt. D. h., eine Armutsrisikoquote wie z. B. in 2008 von 13,4 % sagt nicht aus, dass es genau 13,4 % sind, sondern dass die Erhebung der Daten bei einer Stichprobe (in Luxemburg sind dies knapp 4 000 Haushalte) zu der Schätzung führt, dass mit 95 %iger Wahrscheinlichkeit die gesuchte effektive Zahl in einem Sicherheitsintervall zwischen 12,360 % und 14,438 % liegt, wofür die Zahl 13,4 % ein guter Schätzwert ist. Die Angabe von Dezimalzahlen (z. B. 13,4 %) gaukelt uns dabei eine Genauigkeit vor, die es nicht gibt.

Ein Indikator indiziert, er gibt an, er weist hin. Er beschreibt nicht, er malt kein komplettes Bild. Demnach beschreibt ein Armutsindikator nicht die Armut, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann. Gerade der relative Armutsindikator „Armutsrisikoquote“ kann nichts Absolutes über Armut aussagen. Vielmehr kann er helfen, zu verstehen, wie Armut sich in der Zeit entwickelt, wie sie sich in einem bestimmten Land im Vergleich zu anderen darstellt und wie sie auf einzelne Kategorien von Personen wirkt.

So können wir z. B. feststellen, dass die Armutsrisikoquote für Luxemburg im

Jahre 2007 bei 13,5 % und in 2008 bei 13,4 % lag. Für sich genommen sagt diese Zahl recht wenig aus. Wir könnten aber z. B. konstatieren, dass es Länder gibt, wo sie nur 9 % beträgt. Oder wie es in unseren Nachbarländern aussieht: Frankreich 13 %, Belgien 15 %, Deutschland 15 % und Niederlande 10 %. Wir können aber auch feststellen, dass der europäische Durchschnitt bei 16 %, also noch höher liegt.

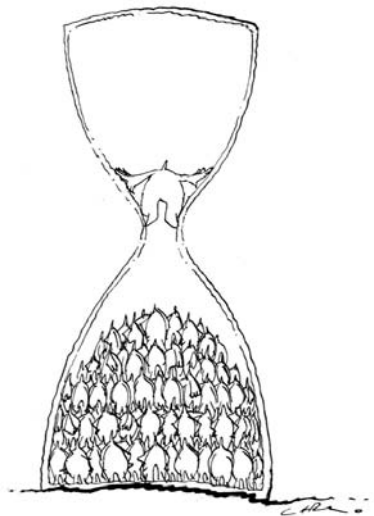
Zum anderen können wir nachschlagen, dass unsere Quote in den vergangenen Jahren niedriger lag: 2003 bei 11 %, 2004 bei 12 % und 2005 bei 13 %. Schließlich muss man beachten, wie das Armutsrisiko sich für einzelne Gruppen der Gesellschaft darstellt und wie weit deren Situation von der allgemeinen abweicht. Bei den sog. *working poor*, also Menschen, die mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, um der Armutsfalle zu entkommen, stieg der Prozentsatz von 8 % auf 9,8 % und nun auf 10,2 %; bei den Mietern, die einem höheren Armutsrisiko unterliegen als diejenigen, die Besitzer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind, stieg er von 18,3 % in 2003 auf zur Zeit 30,3 %.

Inzwischen beträgt der Prozentsatz bei Kindern von 0 bis 17 Jahren 20 % (im Vorjahr: 20 %, 2006: 19,6 %, 2005: 20 %, 2004: 18 %), bei Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren 16 % in 2007 (2006: 19,3 %, 2005: 15 %, 2004: 12 %). Bei Familien mit mehr als zwei Kindern liegt er bei 25 % (2007: 25 %, 2006: 22,7 %, 2005: 21 %, 2004: 13,9 %) und bei Alleinerziehenden nach 45 % in 2008 und satten 49,2 % in 2006, 32 % in 2005 und 20,8 % in 2004 nunmehr bei 44 %!

Es zeigt sich also im Verlaufe der letzten Jahre ein steter Anstieg, vor allem bei den schwächsten Gruppen: Kindern und Alleinerziehenden!

Es ist daher nicht erstaunlich, sondern nur folgerichtig, dass manche der in letzter Zeit erfolgten Maßnahmen der Luxemburger Sozialpolitik gerade diese Zielgruppen im Visier hatten. Allerdings haben wir weiter oben bereits darauf hingewiesen, dass der Zusammenhang zwischen Politik und ihrer Wirkung auf die Armutsrisikoquote mit Vorsicht zu genießen ist.

Auch und gerade deswegen steht der Indikator „Armutsrisikoquote“ nicht allein da im Arsenal der Statistiker. Neben seiner Aufgliederung nach sozialer Kategorie, Alter, Geschlecht wird er auch mit 40, 50 und 70 % des Medianwerts errechnet, um zu beurteilen, wie groß seine Elastizität ist. Des Weiteren berechnet man auch den mittleren Abstand von der Armutsgrenze sowie die Verteilung um diese herum als weitere Indikatoren.



Außerdem wird untersucht, wie die Verweildauer in der Armutssituation ist, d. h. es wird unterschieden zwischen Haushalten, die in drei aufeinander folgenden Jahren in einem, in zweien oder in allen dreien dem Armutsrisiko ausgesetzt waren. Dieser Indikator ist aus statistischen Gründen nach dem Wechsel der Datenbasis erst ab diesem Herbst wieder berechenbar.

Zum Schluss wollen wir noch anführen, dass auch untersucht wird, wie die Menschen selbst ihre Armut subjektiv empfinden. Dabei werden sie gefragt, wie schwer sie mit dem verfügbaren Einkommen monatlich über die Runden kommen.

Interessant ist dabei zu sehen, dass diese Indikatoren im Prinzip doch immer in die gleiche Richtung zeigen und dass es zu keinen nennenswerten „Widersprüchen“ kommt.

Ebenfalls um Unzulänglichkeiten dieser am Armutsrisiko orientierten Indikatoren

weiter auszugleichen, umfasst die von den Staats- und Regierungschefs in Laeken festgehaltene Liste auch zwei Indikatoren, die die Verteilung des Einkommens messen: den Gini-Koeffizienten sowie das S80/S20-Einkommensverhältnis.

Bei Ersterem stellt man jeweils einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung (die ähnlich wie oben beim Bestimmen des Medianwerts dem Einkommen nach geordnet ist) den Anteil am Gesamteinkommen gegenüber, den dieser Bevölkerungsteil repräsentiert (dabei wird Einkommen, wie oben bereits erklärt, auch hier als Äquivalenzeinkommen nach Transferzahlungen definiert). Einer solchermaßen erstellten Kurve (die sog. Lorenz-Kurve) kann man dann die unterhalb der Kurve liegende Fläche als Maß zuordnen, und nach Summenrechnung und Normierung ergibt das den Gini-Koeffizienten, der zwischen 0 und 1 liegen kann; je näher er an 1 liegt, je ungleicher ist die Einkommensverteilung. Wäre dieser Gini-Koeffizient gleich 0, so bedeutete das totale Gleichverteilung des Einkommens (also die ersten 10 % bekommen auch 10 % des Einkommens, die nächsten 10 % wiederum 10 % des Einkommens usw.), wäre er hingegen gleich 1, so bedeutete dies totales Ungleichgewicht: alle Menschen haben kein Einkommen, der letzte hingegen bekommt alles. Dieser Messwert für die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat sich in Luxemburg ebenfalls in den letzten Jahren verschlechtert, nachdem er sich in den Jahren davor positiv verändert hatte: Er fiel von 0,277 im Jahr 2003 über 0,264 in 2004 auf 0,262 in 2005, um dann in 2006 wieder auf 0,280 zu steigen (dies deckt sich auch mit einer Untersuchung der Privatbeamtenkammer, nach der die höheren Einkommen schneller steigen als die niedrigen). 2007 ist er wieder geringfügig auf 0,27 gefallen und liegt in 2008 bei 0,276.

Das S80/S20-Einkommensverhältnis auf der anderen Seite ergibt sich aus dem Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 % Reichsten zum Gesamteinkommen der 20 % Ärmsten. Auch dieser Index fiel von 4 in 2003 über 3,9 in 2004 auf 3,8 in 2005 und stieg in 2006 wieder auf 4,18 an. Das besagt, dass im Jahre 2005 das Fünftel der Reichsten nur 3,8-mal so viel

an Einkommen hatten wie das Fünftel der Ärmsten, dass dies aber in 2006 wieder rund 4,2-mal so viel war. Auch dieser Indikator ist 2007 geringfügig auf 4 gefallen und liegt in 2008 wieder bei 4,1.

2. Andere Indikatoren materieller Armut

Zunächst sei noch darauf hingewiesen, dass auch die monetären Indikatoren nicht alle monetären Aspekte mit aufnehmen, sondern sich allein am Einkommen orientieren. Dabei kann selbstverständlich die Situation zweier Personen oder Haushalte bei exakt gleichem Einkommen aufgrund von anderen Variablen auf dem Ausgaben-sektor grundverschieden sein. Denken wir nur daran, dass die eine Familie womöglich in einem von den Eltern geerbten Haus wohnt, die andere aber die Miete für die Wohnung zusätzlich aus dem ansonsten gleich hohen Einkommen aufbringen muss. Und monetäre Indikatoren sagen auch nicht alles über materielle Armut aus.

Unter anderem wegen der beschränkten Aussagekraft der rein monetären Indikatoren gibt es unter den in Laeken definierten Indikatoren denn auch andere Armutsindikatoren, und sogar weitere für rein materielle Armut. Dazu gehört der Indikator für materielle Entbehrung, der etwas darüber aussagt, über welche Gegenstände des „alltäglichen Bedarfs“ bestimmte Haushalte nicht verfügen. Er gibt den Prozentsatz derjenigen an, die wenigstens bei drei von neun Fragen mit „nein“ antworten mussten. Dabei betreffen die ersten vier das Eigentum an bestimmten Gütern (Auto, Fernseher, Waschmaschine und Telefon), die anderen fünf die Möglichkeit unerwartete Ausgaben zu bestreiten, Rückstände abzubezahlen, eine Woche Urlaub pro Jahr zu verbringen, jeden zweiten Tag Fleisch, Geflügel oder Fisch essen zu können sowie das Haus ausreichend zu heizen. (Auch die Zusammensetzung einer solchen Liste hängt im Endeffekt von der betrachteten Gesellschaft ab; im europäischen Kontext ist dieser Indikator erst jüngst definiert worden und wird noch weiter entwickelt werden.)

Eine andere Möglichkeit, der materiellen Armut mittels eines nicht-monetären Indikators zu Leibe zu rücken, liegt darin,

die Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft auszuloten. Wer am Gesellschaftsgeschehen teilnimmt, „gehört dazu“, wer nicht daran teilnimmt, ist ausgeschlossen, also arm. So könnte man beispielsweise die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen (Musikverein, Sportverein, ...) oder das gesellschaftliche Engagement als Freiwillige in diversen Zusammenhängen (gesellschaftlich, politisch, gewerkschaftlich, karitativ, sportlich, kulturell, ...) untersuchen. Ebenfalls könnte man hier den Prozentsatz derer anführen, die keinen Internet-Anschluss haben. Einem solchen

Monetäre Armut zieht häufig soziale, kulturelle und affektive Armut nach sich, aus affektiver Verarmung wird schnell soziale, kulturelle und psychische Armut usw.

Indikator kommt auch der von den EU-Dirigenten gemeinsam festgehaltene über die „selbst berichteten Einschränkungen bei den täglichen Aktivitäten“ sehr nahe. Dazu gibt es im Zusammenhang mit materieller nicht-monetärer Armut noch jenen Indikator, der nicht befriedigten Bedarf an Pflege darstellt. Beide Indikatoren beruhen naturgemäß mehr auf subjektiver Wahrnehmung denn auf objektiv feststellbaren Tatsachen. Es ist aber einerseits aus vielfältigen Untersuchungen bekannt, dass der Gesundheitszustand ärmerer Schichten durchweg schlechter ist, andererseits gibt es auch hier regelmäßige Übereinstimmungen mit den Veränderungen, die bei anderen Indikatoren zu beobachten sind. Denn natürlich ist auch nicht zu leugnen, dass die in diesem Abschnitt angesproche-

nen materiellen nicht-monetären Indikatoren alle letztlich auf monetäre Erscheinungen zurückgeführt werden können.

3. Immaterielle Armut

Dass Armut eher multidimensional ist und nicht nur monokausal erklärt und erfasst werden kann, ist an sich keine neue Erkenntnis. Insofern kann man neben der ökonomischen auch von kultureller, affektiver, sozialer, psychischer, psychosozialer, politischer und ethischer Armut sprechen.⁴ Insbesondere die Abwesenheit von sozialer Anerkennung und Einsamkeit fallen uns hier sofort ein. Alle diese Ansätze zeigen Facetten ein und desselben Phänomens auf, selten trifft man einzelne Aspekte isoliert an: Monetäre Armut zieht häufig soziale, kulturelle und affektive Armut nach sich, aus affektiver Verarmung wird schnell soziale, kulturelle und psychische Armut usw. Wenn wir im vorhergehenden Abschnitt gesehen haben, wie schwierig es bereits ist, Armut in Bezug auf einen verhältnismäßig doch objektivierbaren Aspekt wie monetäre Verhältnisse hin genau zu definieren, so leuchtet es ein, dass dies in Bezug auf immaterielle Aspekte noch wesentlich schwerer fällt. Allerdings haben wir gesehen, dass bei monetärer Armut die subjektiven Elemente doch häufig in dieselbe Richtung zeigen wie bei den objektiven, sodass man hoffen und vermuten kann, dass dieses auch für die immateriellen Aspekte gilt. Man könnte also die Schwierigkeit der Bemessung immaterieller Aspekte der Armut dadurch beheben, dass die Armen selbst befragt werden. Allerdings verbirgt sich hier ein methodisches Problem, nämlich dass man erst nach der Befragung vermu-

Ein Beispiel zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens:

Ein Haushalt besteht aus dem Ehemann, der 2000 Euro netto verdient, seine Frau verdient monatlich als Teilzeitkraft 1000 Euro netto, der 16-jährige Sohn verdient 680 Euro netto im Monat und dann gibt es noch eine 11-jährige Tochter. Das gesamte verfügbare Einkommen des Haushalts beträgt inklusive des Kindergeldes 3680 Euro. Die Referenzzahl setzt sich zusammen aus 1 für den Ehemann, jeweils 0,5 für die Mutter und den Sohn sowie 0,3 für die Tochter, macht 2,3. Das Gesamteinkommen von 3680 Euro geteilt durch 2,3 ergibt 1600 Euro, die jedem der vier Haushaltsmitglieder nun als Äquivalenzeinkommen zugeordnet werden (im Vergleich: 4×1600 ergibt 6400 Euro und nicht 3680 Euro. Hierdurch wird z. B. ausgeglichen, dass alle vier fernsehen können, obwohl dafür nur ein Fernseher gekauft werden musste. Würde es sich bei diesen vier Personen um Junggesellen handeln, müssten sie vier Fernseher kaufen).

ten kann, ob der Befragte zum Kreis der Armen gehört.⁵

4. Arme Länder, arme Menschen

Einen völlig anderen Weg gehen die Vereinten Nationen und ihr Entwicklungsprogramm (EPVN, PNUD oder UNDP je nach Sprache): es wird nicht auf die Armut einzelner Menschen abgestellt, sondern es werden Kriterien entwickelt, anhand derer ganze Länder auf einer Skala von reich bis arm abgebildet werden können. Hierbei kommt mit dem humanen Entwicklungsindex (HEI, IDH oder HDI) ein sog. zusammengesetzter Index zum Tragen, der aus folgenden Einzelkomponenten besteht: Gesundheit (gemessen durch die Kindersterblichkeit), Bildung (gemessen durch den Prozentsatz derer die höhere Bildung genossen haben) sowie der Lebensstandard (gemessen durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung). Dieser Index wird zur Zeit durch einen neuen ersetzt, den multidimensionalen Armutsindex (MAI, IMP oder MPI), der mit zehn statt drei Dimensionen arbeitet. Hierbei wird die Gesundheit neben der Kindersterblichkeit durch die Ernährungslage ergänzt, Bildung durch die Anzahl der besuchten Schuljahre und der Lebensstandard durch das Vorhandensein von Elektrizität, Trinkwasser, sanitären Installationen, dem Zustand des Fußbodens in den Häusern, das Brennmaterial, das zum Kochen verwen-

det wird, sowie das Nichtvorhandensein von 4 aus 5 Elementen (Radio, Fernseher, Telefon, Fahrrad und Motorrad).

5. Ausblick

Zusammenfassend können wir auf der Ebene der Systematik festhalten, dass es nicht einfach ist, Armut zu definieren, dass aber gemeinsame Abmachungen eine Hilfe sein können, das Phänomen gleichartig anzugehen. Vorliegende Indikatoren sind daher immer auf ihre Aussagekraft hin kritisch zu hinterfragen, aber auch nicht von vorneherein als für Luxemburg ungeeignet abzutun.

Wenn man einige der rezent erfolgten Maßnahmen der Luxemburger Regierung, wie die Einführung des Kinderbonus, anderer Steuerboni (Arbeitnehmer-, Alleinerziehendenfreibetrag u. ä.) sowie der Dienstleistungsschecks auf ihre Auswirkungen bezüglich der Armut in Luxemburg untersuchen will, so muss man als Erstes festhalten, dass diese Maßnahmen wegen ihrer Zielgerichtetheit (im Gegensatz zum früher üblichen Gießkannenprinzip) auf jeden Fall die Armut verringern helfen. Einige dieser Maßnahmen werden aber nicht unbedingt eine Senkung der Armutsrisikoquote zur Folge haben. Deswegen wird man sicherlich in Zukunft noch differenzierter auf die uns zur Verfügung stehenden Indikatoren schauen müssen, und sollten diese wieder

einmal reformuliert werden, darauf drängen müssen, dass auch bei den monetären Aspekten nicht nur alleine das Einkommen berücksichtigt wird, und dabei nicht nur jenes Einkommen, das wirklich in barer Münze erfolgt, sondern auch jene einkommensgleichen Vorteile mit erfasst werden, die offensichtlich den gleichen Effekt wie ein zusätzliches Bareinkommen haben.

Weitere gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Luxemburg könnten aber auch von der Regierung in Angriff genommen werden. Dazu zählt eine Reform des garantierten Mindesteinkommens (RMG, Individualisierung des Anteils, der für Miete ausgegeben werden muss, Erhöhung des Kinderanteils, ...) ebenso wie eine weitere konsequente Bekämpfung der exorbitant hohen Mieten und generell Wohnungskosten. Zudem sind weitere familienpolitische Maßnahmen denkbar, welche die Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen ausgleichen helfen. Hierzu zählen sowohl Ferienkosten (Ansätze dazu sind bei den vorgesehenen Dienstleistungsschecks vorhanden) als auch Kleider-, Schul-, Freizeit- und nicht zuletzt Wohnungskosten. Viele Maßnahmen aus den letzten Jahren der augenblicklichen Regierungskoalition gingen in die richtige Richtung; es bleibt zu hoffen, dass dieser Elan nicht unter dem Eindruck der augenblicklichen Krise zurückgefahren wird. ♦

Weitere Überlegungen und Untersuchungen zu der hier vorgestellten Thematik gibt es jährlich in dem vom STATEC im Oktober herausgegebenen *Rapport sur le travail et la cohésion sociale* sowie im seit 2007 ebenfalls jährlich im April von der Caritas publizierten *Sozialalmanach*.

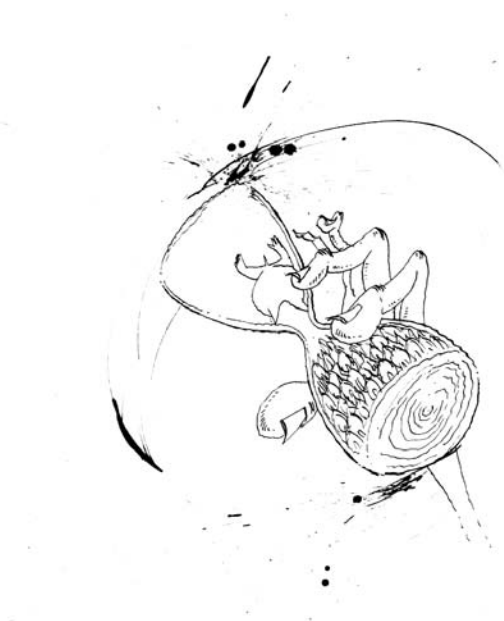
1 In manchen Fällen wurde auch 1,25 USD als Grenze gewählt.

2 Zur Funktion der Nationalen Aktionspläne und des PAN incl vgl. *Sozialalmanach* 2007, S. 29 ff.

3 Die OECD und die UNICEF, die ansonsten mit derselben Definition operieren, haben diese Grenze bei 50 % festgelegt.

4 Eine solche multidimensionale Betrachtung der Armut hat beispielsweise Caritas Europa im zweiten Kapitel ihres Armutspapiers *Armut unter uns* vorgelegt: www.caritas-europa.org.

5 Auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen einen neuen Indikator hinzuzufügen, der das Wohlbefinden der Kinder messen soll. Allerdings ist dieser Indikator nach mittlerweile vier Jahren immer noch „in Bearbeitung“.



Marie-Josée Jacobs

2010 : Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale

Pourquoi une Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale ?

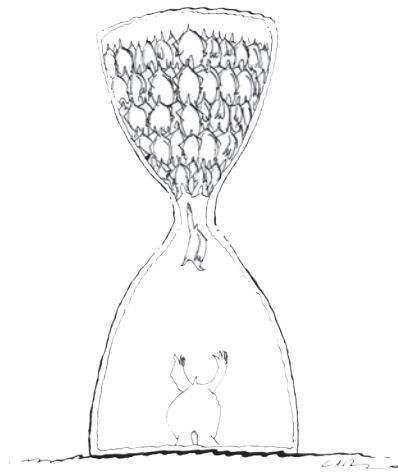
Tout le monde est susceptible de tomber dans la pauvreté à un moment ou à un autre de sa vie. Néanmoins, certaines personnes courent des risques plus élevés au Luxembourg: les familles monoparentales, les familles nombreuses, les ménages d'actifs avec enfants dont la part d'apporteurs de revenus professionnels est faible, les enfants de 0 à 17 ans, ceux qui sont à la recherche d'un emploi et les personnes qui ne sont pas propriétaires de leur logement.

La pauvreté peut revêtir plusieurs visages, dont celui de l'exclusion sociale. Aux problèmes bien connus tels que la précarité du logement ou la situation de sans-abri, s'ajoutent :

- une santé précaire et un accès limité aux soins ;
- un accès limité à l'éducation, à la formation et aux loisirs ;
- l'exclusion financière et le surendettement ;
- un accès limité aux nouvelles technologies comme Internet.

Ces problèmes risquent de se transmettre aux générations suivantes.

Les objectifs clés de l'Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale sont de renforcer la prise de conscience du public au sujet de ces questions et de renouveler l'engagement politique de l'Union européenne et de ses États membres dans la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale.



Les objectifs de cette année s'articulent autour de quatre principes fondamentaux :

- reconnaître le droit fondamental des personnes en situation de pauvreté et d'exclusion sociale à vivre dans la dignité et à jouer un rôle actif dans la société ;
- accroître l'adhésion du public aux politiques d'inclusion sociale, en soulignant la responsabilité collective et individuelle dans la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale, en favorisant l'engagement de tous les acteurs publics et privés ;
- promouvoir une plus grande cohésion dans la société et faire en sorte que nul ne doute des avantages que comporte, pour tous, une société sans pauvreté ;
- renouveler l'engagement de l'UE et des États membres de lutter contre la pauvreté et l'exclusion sociale et y associer tous les niveaux de pouvoir.

Le fil conducteur de l'Année européenne 2010 est de donner voix aux inquiétudes des victimes de la pauvreté et de l'exclusion sociale, tout en encourageant les citoyens européens et les autres acteurs à s'engager sur ces questions importantes.

L'Année européenne 2010 cherche à remettre en question les stéréotypes et les perceptions collectives liés à la pauvreté. En embrassant les principes européens de solidarité et de partenariat, l'Année européenne 2010 lance un signal fort : il faut s'attaquer de front aux causes de la pauvreté afin de garantir pour chacun un rôle actif dans la société.

Au Luxembourg, l'Année européenne 2010 s'organise autour d'un partenariat du ministère de la Famille et de l'Intégration, organisme national d'exécution de l'Année européenne 2010 avec les organisations non gouvernementales (ONG) et les partenaires sociaux.

J'ai lancé le 10 février 2010 l'Année européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale au niveau national. Le programme national met l'accent sur quatre priorités, pour lesquelles des projets sont réalisés pendant l'année 2010 :

- *Briser la chaîne de la transmission intergénérationnelle de la pauvreté et de l'exclusion sociale*

Le projet a pour but de sensibiliser les enfants et leurs familles, ainsi que les professionnels des maisons relais au problème de la transmission intergénérationnelle de la pauvreté. À cette fin, la Confédération Caritas organise un atelier pour professionnels et un atelier pour enfants. Les résultats

seront présentés lors d'une exposition itinérante, à voir par la suite dans les maisons relais, et discutés lors d'une table ronde.

- *Promouvoir l'accès à l'emploi de groupes vulnérables*

Le projet INPRO-APPEX (Insertion des jeunes et personnes âgées : Apprendre de l'expérience) vise notamment à répertorier les acteurs de terrain en la matière, à caractériser leurs activités d'insertion (typologie), à analyser des critères de définition de bonnes pratiques, à recueillir des bonnes pratiques et à les diffuser via un séminaire national et la publication d'un document de synthèse. L'Université du Luxembourg est le porteur du projet et elle y associe les organismes travaillant dans ce domaine.

- *Faciliter l'accès à des services de qualité*

L'Anne ASBL, en collaboration avec 14 communes, vise à mettre en place un guichet unique pour les personnes vivant dans les 14 communes. Le projet pilote (Resonord – guichet unique social) sera financé en partie par le budget de l'Année européenne 2010, notamment pour les volets suivants :

- création d'une plateforme d'information, de communication et d'échange pour les professionnels du réseau social ;
- être un *help desk* d'information, notamment pour les personnes confrontées à la pauvreté et à l'exclusion.

- *Lutter contre l'exclusion en matière de logement*

L'Agence immobilière sociale (AIS) a été mise en place fin 2009 afin d'agir sur le marché du logement. Pendant l'Année 2010, il est prévu d'augmenter le degré de connaissance de l'AIS. Les propriétaires seront informés sur les avantages d'une collaboration avec l'AIS via des campagnes de sensibilisation (garantie de paiement du loyer par l'AIS, surveillance du logement par l'équipe de l'AIS, accompagnement des locataires par l'AIS et les services sociaux).

En sus des projets précités, d'autres activités sont organisées, telles que des projets « Année européenne 2010 » et des conférences. De plus amples informations sur les différentes manifestations peuvent être obtenues sur le site Internet du ministère

de la Famille et de l'Intégration : www.mfi.public.lu

Europe 2020 – Une stratégie pour une croissance intelligente, durable et inclusive

La stratégie Europe 2020 est la nouvelle stratégie socioéconomique de l'Union européenne pour une croissance intelligente, durable et inclusive. Elle constitue un élément clé de l'action engagée par l'UE pour répondre à la crise économique.

Europe 2020 présente trois priorités qui se renforcent mutuellement :

- une croissance intelligente pour développer une économie fondée sur la connaissance et l'innovation ;
- une croissance durable pour promouvoir une économie plus efficace dans l'utilisation des ressources, plus verte et plus compétitive ;
- une croissance inclusive pour encourager une économie à fort taux d'emploi favorisant la cohésion sociale et territoriale.

La stratégie propose d'atteindre d'ici à 2020 les cinq objectifs suivants :

- 75 % de la population âgée de 20 à 64 ans devraient avoir un emploi ;
- 3 % du PIB de l'UE devrait être investi dans la recherche et le développement ;
- les objectifs « 20/20/20 » en matière de climat et d'énergie devraient être atteints (réduire de 20 % les émissions de gaz à effet de serre, porter à 20 % la part des sources d'énergie renouvelable dans notre consommation finale d'énergie et augmenter de 20 % notre efficacité énergétique) ;
- le taux d'abandon scolaire devrait être ramené à moins de 10 % et au moins 40 % des jeunes générations devraient obtenir un diplôme de l'enseignement supérieur ;
- le nombre de personnes menacées par la pauvreté devrait être réduit de 20 mio.

Objectif : promotion de l'inclusion sociale, en particulier par la réduction de la pauvreté

Un des cinq grands objectifs d'Europe 2020 est celui de favoriser l'inclusion sociale, en particulier en réduisant la pauvreté, en s'attachant à ce que 20 millions de personnes

au moins cessent d'être confrontées au risque de pauvreté et d'exclusion.

Cette population est définie comme étant le nombre de personnes menacées par la pauvreté et l'exclusion au regard de trois indicateurs : le risque de pauvreté¹, le dénuement matériel² et le fait de vivre dans des ménages sans emploi³. La conjonction de ces trois indicateurs renforce l'objectif d'inclusion sociale en tenant compte du caractère multidimensionnel de la pauvreté.

En soutien à l'objectif européen, le ministère de la Famille et de l'Intégration intensifiera sa politique sociale de manière cohérente et durable, et cela particulièrement en faveur des personnes les plus vulnérables.

La lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale – un engagement commun

La crise économique à laquelle nous sommes confrontés risque de toucher plus particulièrement les personnes qui sont déjà en situation de vulnérabilité. Pour cette raison, la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale nécessite une coopération étroite entre l'État, les ONG et les partenaires sociaux. C'est en mobilisant toutes les femmes et tous les hommes engagés que nous saurons donner un visage humain à la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale, et améliorer davantage l'efficacité des politiques visant à construire une société plus cohésive répondant aux préoccupations de toutes nos citoyennes et de tous nos citoyens. ♦

1 Proportion de personnes dont le revenu disponible équivalent se situe en dessous du seuil de risque de pauvreté, fixé à 60 % du revenu disponible équivalent médian national (après transferts sociaux)

2 Les personnes dont les conditions de vie sont fortement affectées par le manque de ressources et auxquelles s'appliquent quatre des neuf indicateurs de privation. Les neuf situations de privation sont : l'impossibilité 1) de régler le loyer ou les factures pour des services d'utilité publique, 2) de chauffer suffisamment le foyer, 3) de faire face à des dépenses imprévues, 4) de consommer de la viande, du poisson ou un équivalent protéiné tous les deux jours, 5) de partir en vacances hors du domicile une semaine par an, 6) d'acheter une voiture, 7) d'acheter une machine à laver le linge, 8) d'acheter une télévision en couleur ou 9) de payer une connexion téléphonique.

3 La population concernée est définie par rapport à une intensité de travail nulle ou très faible sur une année, afin de rendre compte des situations d'exclusion prolongée du marché du travail.

Christiane Meyers, Paul Milmeister und Helmut Willems

Armutsrisiken bei Kindern und Jugendlichen in Luxemburg¹

Die OECD-Studie *Growing unequal* zeigt, dass finanzielle Ungleichheit und Armut zwischen 1985 und 2005 in zwei Dritteln der OECD-Staaten kontinuierlich zugenommen haben. Auffällig ist, dass insbesondere die Kinder- und Jugendarmut in den letzten Jahren überproportional angestiegen ist, während sich die finanzielle Situation älterer Menschen in der OECD im gleichen Zeitraum im Durchschnitt verbessert hat (vgl. OECD, 2008). In einer Reihe von Ländern, darunter Luxemburg, ist der relative Armutsanstieg während dieser Periode besonders stark ausgeprägt. Dies ist angesichts der wirtschaftlichen Dynamik und der Wohlstandsentwicklung in Luxemburg auf den ersten Blick überraschend. Der folgende Beitrag setzt sich daher mit der Frage auseinander, was diese Zahlen über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Luxemburg aussagen, welche spezifischen Aspekte zur Einschätzung der Situation in Luxemburg berücksichtigt werden müssen und wie Armut und Armutsrisiko in Luxemburg diskutiert werden.

1. Das Armutsrisiko bei Kindern und Jugendlichen in Luxemburg

Die Diskussion über die Entwicklung von Armutsphänomenen in modernen Gesellschaften wird durch zwei Besonderheiten

beeinflusst: Armut ist nicht nur ein wissenschaftlicher Begriff, sondern auch ein normatives Konzept, mit dem gesellschaftliche Missstände angeprangert und politische oder gesellschaftliche Korrekturen angemahnt werden können. Daher ist die Verwendung dieses Konzepts in fachlichen Diskursen stets auch Ausdruck einer entsprechenden politischen Strategie und Positionierung. Armut wird nicht nur als analytisches Konzept, sondern auch als Kampfbegriff in den Diskussionen verwen-

det. Dies trägt nicht unbedingt zu einer begrifflichen Klarheit und zum Konsens hinsichtlich der Definition der Begriffe bei.

Folglich wird in der Diskussion über Armutsphänomene mit sehr unterschiedlichen Begriffen gearbeitet. Im Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Debatte in Europa steht nicht die existenzielle Armut, die durch große materielle Entbehrungen und Hunger gekennzeichnet ist, sondern die relative Armut, die sich

Foto: Stéphanie Reding - foma.lu



Die Autoren sind an der Universität Luxemburg (UR INSIDE/CESIJE) tätig und waren an der Redaktion des *Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg* beteiligt.

auf die Positionierung einer Person bzw. eines Haushalts in Bezug auf einen mittleren Wohlstand eines Landes bezieht. Zur Bestimmung dieser Armutsgrenze wird ein Schwellenwert errechnet, der einem bestimmten Prozentsatz des medianen Einkommens entspricht. In den EU-Ländern verbindlich festgelegt wird die sogenannte „Armutsriskquote“: ihr Schwellenwert liegt bei 60 % des nationalen medianen Einkommens (vgl. Wolff, 2009). Damit werden auch die Haushalte erfasst, die in Gefahr sind in die Armut abzurutschen.²

Die statistische Erfassung von Armut erfolgt über die Erfassung der Haushaltseinkommen, was einige Probleme mit sich bringt. So übersieht die einkommensbasierte Methode die Möglichkeit von Armut durch hohe Ausgaben (schlechte

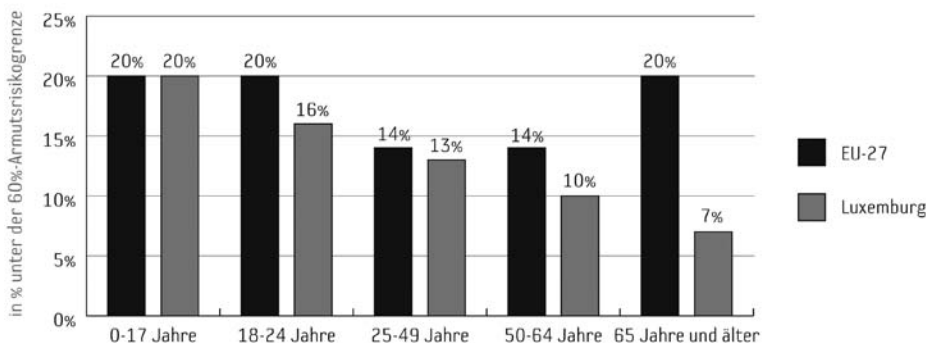
Geldverwaltung, hohe Mieten, Überschuldung, Spiel- oder Trinksucht) in einem Haushalt, dem im Prinzip ausreichende Einkommen zur Verfügung stehen. Problematisch ist ebenfalls, dass Schätzungen über das verfügbare Medianeinkommen nur Menschen in privaten Haushalten berücksichtigen (vgl. Eurostat, 2003), d. h. Menschen in Obdachlosen- oder anderen Heimen, die also eher zum ärmeren Teil der Bevölkerung gehören, werden in solchen Schätzungen nicht erfasst.

Die Armutsriskquote der Gesamtbevölkerung in Luxemburg wird für 2008 mit 13,4 % angegeben und befindet sich damit nur leicht unter dem EU-Durchschnitt. Ohne staatliche Transferleistungen (u. a. Pensionen, Kindergeld, „revenu minimum garanti“) würden sogar 24 %

der Bevölkerung unter der 60 %-Armutsriskogrenze leben (Langers et al., 2009).

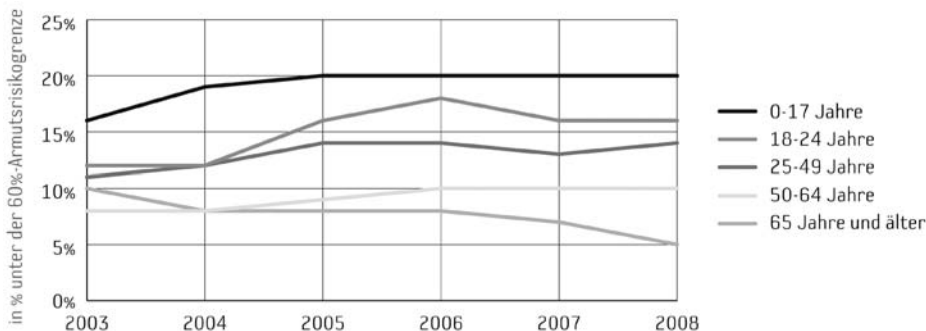
Was bedeutet dies konkret? Eine Person, die 2008 in Luxemburg unter der 60 %-Armutsriskogrenze lebt (ungefähr 65 000 Betroffene), muss mit weniger als 1 546 € pro Monat auskommen (Langers et al., 2009). Zum Vergleich liegt die Höhe des garantierten Mindesteinkommens (RMG) am 1. März 2009 bei 1 198,67 €, der Sozialmindestlohn (für einen nichtqualifizierten Erwachsenen) liegt bei 1 682,76 € brutto. Netto liegen diese Beträge etwas tiefer, was bedeutet, dass eine Person, die den Sozialmindestlohn oder das RMG in Luxemburg bezieht, ohne zusätzliches Einkommen unter die Armutsriskogrenze fällt (vgl. Berger, 2006; Georges & Urbé, 2010).

Abbildung 1: Einwohner mit Armutsrisiko in Luxemburg und der EU nach Altersgruppen (2007)



Quelle: Datenbank Eurostat (Datei ilc_li02 vom 17.03.2010)

Abbildung 2: Einwohner mit Armutsrisiko in Luxemburg nach Altersgruppen zwischen 2003 und 2008



Quelle: Datenbank Eurostat (Datei ilc_li02 vom 17.03.2010)

Vor allem Kinder und Jugendliche sowie ältere Personen sind innerhalb der EU-27 am häufigsten vom Armutsrisiko bedroht (Wolff, 2009). In Luxemburg stellt sich die Verteilung des Armutsriskos jedoch etwas anders dar: Hier tragen vor allem die minderjährigen Kinder und Jugendlichen ein deutlich höheres Armutsrisiko als die erwachsenen oder älteren Personen (siehe Abbildung 1). Das Armutsrisiko liegt 2007 bei den Unter-18-Jährigen bei 20 %. Von den 18- bis 24-Jährigen sind 16 % betroffen (Frising et al., 2008). Bei den 25- bis 49-Jährigen reduziert sich das Armutsrisiko auf 13 %, bei den 50- bis 64-Jährigen auf 10 % und bei den Über-65-Jährigen auf 7 %. Das Armutsrisiko nimmt in Luxemburg also mit steigendem Alter deutlich ab.

Diese Tendenzen haben sich in der jüngsten Vergangenheit weiter verschärft (siehe Abbildung 2). Zwischen 2003 und 2008 steigt das Armutsrisiko der Kinder und Jugendlichen um 4 %. Die Armutsriskos der anderen Alterskategorien haben sich indes auseinander bewegt: die der drei mittleren Altersklassen sind leicht gestiegen, während das der Über-65-Jährigen deutlich gefallen ist.

Das Armutsrisiko in Luxemburg hängt zusätzlich zum Alter auch mit weiteren Faktoren wie der nationalen Zugehörigkeit, dem Ausbildungsniveau und der Position auf dem Arbeitsmarkt zusammen.

Besonders der Zusammenhang zwischen Nationalität und Armutsrisiko ist auffällig: Nur 6,2 % der Bevölkerung luxemburgischer Nationalität, jedoch 20,4 % der Bevölkerung nichtluxemburgischer Nationalität ist von Armut bedroht (Langers et al., 2009). Dahinter verbergen sich meist Unterschiede im Bildungsniveau und in der beruflichen Situation. Denn das Armutsrisiko hängt auch wesentlich mit dem Ausbildungsniveau der Personen zusammen. Bei den Über-25-Jährigen tragen 2008 die Geringqualifizierten ein Armutsrisiko von 17,6 %, jene mit einem Sekundarschulabschluss von 7,8 % und jene mit einem Universitätsabschluss nur von 5,4 % (Langers et al., 2009).

Ein weiterer Erklärungsfaktor ist die Position auf dem Arbeitsmarkt. So beträgt das Armutsrisiko für Personen, die arbeiten, 2008 immerhin noch 10,2 % (Langers et al., 2009). Personen, die nicht arbeiten, haben aber insgesamt ein höheres Armutsrisiko: Hier fallen rund 15 % unter die 60 %-Armutsgrenze (Frising et al., 2008).

Luxemburg wird auf Basis der EU-SILC-Daten von 2005 zu den Ländern gezählt, in denen Kinderarmut ein Problem darstellt. Dies ist mit Blick auf den hohen Lebensstandard in Luxemburg erstaunlich, vor allem da sich in dieser Gruppe ansonsten eher Länder mit einem deutlich niedrigeren Lebensstandard befinden (Bulgarien, Ungarn, Litauen u. a.) (European Commission, 2008).

Die statistisch ermittelte Armutsrisikoquote (relative Armut) stellt allerdings nur einen von mehreren Indikatoren zur Erfassung von Armut und sozialer Exklusion dar. Greift man auf Indikatoren zurück, die auch nichtmonetäre Aspekte des Lebensstandards messen, so zeigen sich z. T. beträchtliche Unterschiede zur objektiven Armutsrisikoquote (gemessen an der 60 %-Schwelle). Nimmt man als Indikator für Armut die Quote der materiellen Entbehrung (vgl. Guio, 2005), so ergibt sich für Luxemburg mit nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung, der niedrigste Wert der gesamten EU. Und auch der Wert für die subjektive empfundene Armut ist mit 7 % in Luxemburg deutlich niedriger als der mit Hilfe des objektiven, relativen Armutsrisikoindiktors gefundene Wert

von 13 % der Bevölkerung (Langers et al., 2009). Nimmt man also nicht die Abweichung vom mittleren Einkommen als Armutskriterium, sondern die subjektive Einschätzung oder die materielle Entbehrung, so ergibt sich eine deutlich geringere Armutsquote für Luxemburg.

In vielen anderen Ländern liegt die subjektiv empfundene Armut dagegen höher als die offizielle Armutsrisikoquote. Dies

Armut ist nicht nur ein wissenschaftlicher Begriff, sondern auch ein normatives Konzept, mit dem gesellschaftliche Missstände angeprangert und politische oder gesellschaftliche Korrekturen angemahnt werden können.

verweist darauf, dass objektive bzw. relative Armutsdefinitionen ohne Berücksichtigung der Höhe des gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus sowie der nichtmonetären gesellschaftlichen Leistungen und Angebote nur wenig aussagekräftig sind.

2. Armut und ihre Folgen bei Kindern und Jugendlichen

Aufwachsen in Armut ist für Kinder und Jugendliche oft mit großen Entbehrungen und Frustrationen verbunden. Es vermittelt eine Erfahrung des Nicht-Mithalten-Könnens, des Ausgegrenzt-Werdens und der sozialen Stigmatisierung. Es bedeutet vor allem, von Anfang an benachteiligt zu sein (vgl. Hurrelmann, 2000). Für Heranwachsende hat Armsein daher eine gravierendere Bedeutung als für Erwachsene.

Armut beeinträchtigt in erheblichem Maße die Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen: Die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, erfolgreich das Schulsystem zu durchlaufen, in Vereinen aktiv zu sein oder politisch zu partizipieren, hängen maßgeblich von ihren sozioökonomischen und kulturellen Ressourcen ab. Finanzielle Ressourcen, soziale Netzwerke und kulturelles Kapital sind Grundvoraussetzungen des gesellschaftlichen Aufstiegs und der Partizipation, ihr Fehlen benachteiligt die Betroffenen erheblich (vgl. Bourdieu, 1983).

Zusammenhänge zwischen Bildungsweg und Armut

Die Benachteiligung Jugendlicher aus sozial schwächeren und armen Familien spiegelt sich in der vermehrten Klassenwiederholung und im häufigeren Besuch der weniger anspruchsvollen Schulzweige wider. Jugendliche, die sozial schlechter gestellt sind, machen so z. B. im „régime préparatoire“ über die Hälfte der Schülerschaft aus, während sie im „enseignement secondaire“ eine Minderheit darstellen (Burton et al., 2007). Dies zeigt, dass die Zuweisung eines Schülers zu einem bestimmten Bildungsweg nicht allein von seinem eigentlichen schulischen Potenzial, sondern auch von seiner sozioökonomischen Herkunft bestimmt wird. Die Autoren der PISA-Studie von 2006 zählen das „Luxemburger Schulsystem im internationalen Vergleich zu den Schulsystemen [...], in dem der Bildungserfolg mit am stärksten an den familiären Hintergrund der Jugendlichen gekoppelt ist“ (Burton et al., 2007, S. 44).

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Einerseits haben Jugendliche mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status oftmals einen Migrationshintergrund (vgl. Willems & Milmeister, 2008) und sprechen zu Hause weder Deutsch noch Luxemburgisch, was für den Schulerfolg aber wichtig ist. Andererseits schneiden die sozioökonomisch benachteiligten Jugendlichen sowohl hinsichtlich der finanziellen Ressourcen schlechter ab, als auch beim Besitz von Kulturgütern, von Bildungsressourcen und sozialem Kapital, was insgesamt die habituellen Voraussetzungen für Bildungserfolg und sozialen Aufstieg beeinträchtigt.

Reproduktion von Armut

Die Folgen von geringer Schulbildung und fehlender beruflicher Qualifizierung (z. B. bei Schulabbrechern) sind dem Conseil économique et social (2007) zufolge geringere Chancen auf eine Arbeitsmarktintegration und höhere Risiken für prekäre und armutsgefährdete Lebenssituationen.

In vielen Fällen „vererbt“ sich die Armut der Eltern daher auf die Kinder: Die Wahrscheinlichkeit, als Erwachsene in

Armut zu verbleiben, ist bei armen Kindern und Jugendlichen relativ hoch. PSELL³-Daten (vgl. Reinstadler, 2007; Meyers & Willems, 2008) belegen, dass dies auch für Luxemburg gilt. Liegt 2005 das Armutsrisiko der 25- bis 66-Jährigen insgesamt bei 11 %, so ist das Risiko bei Personen, die in ihrer Jugend ständig oder oft finanzielle Probleme kannten, mit 29 % bzw. 18 % deutlich erhöht.

Aufwachsen in kinderreichen Familien

Haushalte mit Kindern tragen in Luxemburg ein deutlich höheres Armutsrisiko: 2008 liegt dieses bei 17 %, während Haushalte ohne Kinder nur ein Armutsrisiko von 9 % aufweisen. Mit jedem zusätzlichen Kind steigt das Risiko der Familien in die Armut zu rutschen: Bei Eltern mit drei oder mehr Kindern beträgt es 25 % (Langers et al., 2009).

Das Armutsrisiko in Luxemburg ist besonders hoch bei Alleinerziehenden. Alleinstehende Eltern mit einem oder mehreren Kindern bilden jene Haushalte, die seit Jahren in Luxemburg das höchste Armutsrisiko tragen (vgl. Frising et al., 2008; Langers et al., 2009). 2008 liegt das Armutsrisiko dieser Familien bei 44 %.

Mitglieder überschuldeter Haushalte

Ein weiterer Grund für Armut kann ein Überschuldungsproblem in Haushalten sein. So gingen in Luxemburg im Jahr 2007 immerhin 585 Anfragen beim Ser-

vice d'information et de conseil en matière de surendettement ein (Conseil supérieur de l'action sociale, 2008). Unveröffentlichte Zahlen der Commission de médiation⁴ zeigen, dass Arbeiter, Arbeitslose und RMG-Bezieher am stärksten betroffen sind. Überschuldete unter 25 Jahren sind allerdings selten, sie machen zwischen 2006 und 2009 nur 3 % aller Fälle aus.

Während in vielen Ländern Minderjährige und ältere Menschen gemeinsam die höchsten Armutsrisiken tragen, sind es in Luxemburg vor allem die Minderjährigen.

Wohnprobleme

Es wird geschätzt, dass in Luxemburg etwa 1 500 bis 2 500 Personen von schwerwiegenden Wohnproblemen betroffen sind (Kneip, 2008). Der Nationale Bericht 2008 für die Fédération européenne des associations nationales travaillant avec les sans-abri (FEANTSA) hält außerdem fest, dass das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose in Luxemburg unzureichend ist (etwa 125 Betten). Man nimmt an, dass die Zahl der Personen, die sich in einer prekären Wohnsituation oder auf der Straße befinden, zunimmt. Als einer der Hauptgründe hierfür wird der Mangel an erschwinglichen Wohnungen gesehen. Es wird eine Zunahme der 18- bis 25-Jährigen unter den Obdachlo-

sen und Personen mit Wohnproblemen festgestellt. Auch eine Studie des CEPS/INSTEAD (2007) hält fest, dass die Hälfte der von Wohnungsproblemen Betroffenen junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren sind. Diese Altersklasse ist somit stark überrepräsentiert.

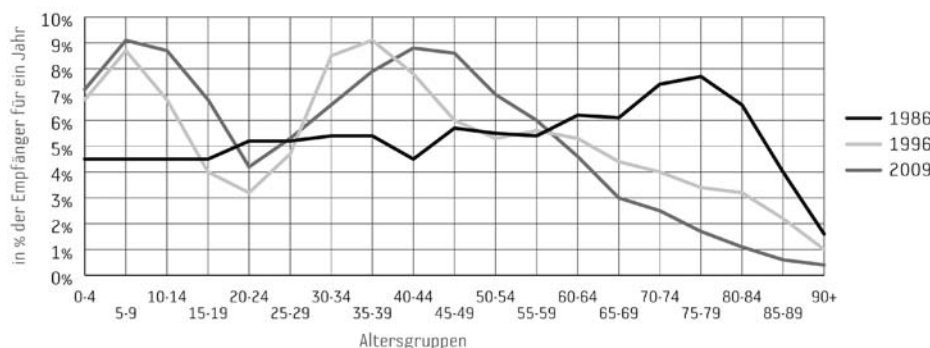
Empfänger des garantierten Mindesteinkommens (RMG)

Die Zahl der Empfänger des RMG ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Seit dem Jahr 2000 ist die betroffene Bevölkerung von 7 824 Personen auf 16 789 Personen im Jahr 2009 gestiegen (Conseil supérieur de l'action sociale, 2008; Datenbank SNAS 2009). Bei den Haushalten war es im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 4 966 auf 8 691.

Als das RMG eingeführt wurde, handelte es sich vor allem um eine Maßnahme, die die Armut bei älteren, pensionierten Personen bekämpfen sollte. Doch bereits 1996 sind Kinder zwischen fünf und neun Jahren eine stark betroffene Altersgruppe, zusammen mit den 35- bis 39-Jährigen (vgl. Conseil supérieur de l'action sociale, 2004). 2009 hat eine Verlagerung der höchsten Anteile auf die 5- bis 14-Jährigen, sowie auf die 40- bis 49-Jährigen stattgefunden (siehe Abbildung 3).

Am Durchschnittsalter der bezugsberechtigten Haushaltsmitglieder lässt sich eine Verjüngung der RMG-Bevölkerung ablesen: Seit seiner Einführung im Jahr 1986 ist dieses von 48 auf 36 Jahre im Jahr 2006 gefallen (vgl. Conseil supérieur de l'action Sociale, 2008). 2009 liegt das Durchschnittsalter aller bezugsberechtigten Haushaltsmitglieder bei nur mehr 34,8 Jahren (Datenbank SNAS 2009).

Abbildung 3: Verteilung der bezugsberechtigten Haushaltsmitglieder des RMG nach Altersklassen für die Jahre 1986, 1996 und 2009



Quelle: Daten SNAS von 1986–2002 in: Conseil supérieur de l'action sociale, 2004; Datenbank SNAS (Daten vom 31.12.2009)

3. Synopse

Laut offiziellen Schätzungen zur relativen Armut hat auch in Luxemburg die Kinder- und Jugendarmut (Armutsrisiko) zugenommen. Während in vielen Ländern Minderjährige und ältere Menschen gemeinsam die höchsten Armutsrisiken tragen, sind es in Luxemburg vor allem die Minderjährigen. Davon sind jene Kinder und Jugendlichen besonders betroffen, deren Eltern nicht die luxemburgische Natio-

nalität haben, die eine niedrigere Bildung oder keine Ausbildung haben oder arbeitslos sind. Eine geringe Qualifizierung und vor allem ein Schulabbruch erhöhen das Risiko, in eine prekäre Lebenssituation zu geraten. Diese Zusammenhänge stellen ein wichtiges Teilproblem der Reproduktion von Armut dar.

Insgesamt haben Haushalte mit Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko, besonders solche mit mehreren Kindern. Dies betrifft in besonderem Maße Kinder von alleinerziehenden Eltern. Die Zunahme der Zahl alleinerziehender Eltern sowie das erhöhte Armutsrisiko von Familien mit Kindern können als erklärende Elemente von Armut bei Kindern und Jugendlichen gesehen werden. Die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass das RMG, im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Bestimmung, heute eine Hilfsmaßnahme ist, die auch jungen Menschen, und vor allem Kindern zugute kommt.

Der im Vergleich mit anderen Ländern insgesamt hohe Lebensstandard gibt Anlass zu Vorsicht bei der Interpretation der Zahlen zur Armut, unter anderem weil Luxemburg bei subjektiven Armutsschätzungen oft sehr gut abschneidet. Dies darf aber nicht über bestehende Ungleichheiten und Problemlagen hinwegtäuschen. ♦

1 Dieser Artikel beinhaltet Auszüge aus dem Kapitel zur Armut des *Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg* (Willems et al., 2010).

2 Als „arm“ werden in verschiedenen Ländern jene Haushalte eingestuft, die über 50 % oder weniger des medianen Einkommens verfügen.

3 Panel socioéconomique „Liewen zu Lëtzebuerg“

4 Stand 01.11.2009

5 D. h. Personen, die unter eine der sogenannten ETHOS („European Typology on Homelessness and Housing Exclusion“)-Kategorien fallen.

Literaturverzeichnis

Berger, F. (2006). *Regard sur la pauvreté monétaire et la redistribution des revenus en 2004*. Population & Emploi, (17), 1-8.

Bourdieu, P. (1983). „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“. In R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Welt. Soziale Ungleichheiten* (S. 183-198). Göttingen: Schwartz.



Burton, R., Reichert, M., Brunner, M., Keller, U., Boehm, B., & Martin, R. (2007). „Migrationshintergrund und sozioökonomischer Status der Schülerinnen und Schüler“. In Ministerium für Erziehung und Berufsausbildung & Universität Luxemburg (Hrsg.), *PISA 2006. Nationaler Bericht Luxemburg* (S. 31-45). Luxembourg: MENFP; Universität Luxemburg.

CEPS/INSTEAD (2007). *L'exclusion liée au logement des personnes prises en charge par les centres de jour, les foyers de nuit, les centres d'accueil et les logements encadrés: dénombrement et caractéristiques*. Luxembourg: CEPS/INSTEAD.

Conseil économique et social (2007). *Évolution économique, sociale et financière du pays 2007: Avis*. Luxembourg: Conseil économique et social.

Conseil supérieur de l'action sociale (2004). *RMG. Le revenu minimum garanti au Grand-Duché de Luxembourg: Quatrième rapport adressé à la Chambre des Députés. 2003*. Luxembourg: Conseil supérieur de l'action sociale.

Conseil supérieur de l'action sociale (2008). *Rapport sur l'état des besoins en matière sociale: Cinquième rapport adressé à la Chambre des Députés. 2008*. Luxembourg: Conseil supérieur de l'action sociale.

European Commission (2008). *Child poverty and well-being in the EU: Current status and way forward*. Luxembourg: European Commission.

Eurostat (2003). *Laeken indicators; Detailed calculation methodology*. DOC. E2/IPSE/2003. Luxembourg: European Commission.

Frising, A., Haag, A., Hury, J., Lamboray, C., Langers, J., Reichmann, L., et al. (2008). *Rapport travail et cohésion sociale: Cahier économique: n° 107*. Luxembourg: STATEC.

Georges, N., & Urbé, R. (2010). „Le revenu minimum garanti (RMG): quelles réalités pour les bénéficiaires?“ In D. Schronen & R. Urbé (Hrsg.), *Sozialalmanach 2010. Schwerpunkt: Aus der Krise in die Armut?* (S. 91-118). Luxembourg: Caritas Luxemburg.

Guio, A.-C. (2005). *Materielle Entbehrung in der EU*. eurostat - Statistik kurz gefasst - Bevölkerung und Soziale Bedingungen, (21), 1-12.

Hurrelmann, K. (2000). „Gesundheitsrisiken von sozial benachteiligten Kindern“. In T. Altgeld & P. Hofrichter (Hrsg.), *Reiches Land - kranke Kinder? Gesundheitliche Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen* (S. 21-29). Frankfurt am Main: Mabuse.

Kneip, R. (2008b). *Luxembourg - Rapport national 2008: Solutions de logement pour les personnes sans domicile. Thème annuel 2008 de la FEANTSA: Le logement et l'exclusion liée au logement*. Luxembourg: FEANTSA.

Langers, J., Osier, G., Schockmel, M., & Zahlen, P. (2009). *Rapport travail et cohésion sociale: Cahier économique: n° 109*. Luxembourg: STATEC.

Meyers, C. & Willems, H. (2008). *Die Jugend der Stadt Luxemburg. Das Portrait einer multikulturellen und heterogenen Jugendgeneration, ihrer Wertorientierungen und Freizeitmuster*. Schriften zur Jugendforschung, Bd. 3, Reihe ScientiPHic. Esch/Alzette: éditions phi.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2008). *Growing unequal?: Income distribution and poverty in OECD countries*. Paris: OECD.

Reinstadler, A. (2007). *Le risque de pauvreté se transmet-il entre générations? Vivre au Luxembourg. Chroniques de l'enquête PSELL-3/2004*, (31), 1-2.

Wolff, P. (2009). *79 million EU citizens were at-risk-of-poverty in 2007, of whom 32 million were also materially deprived*. eurostat - Statistics in focus - Population and social conditions, (46), 1-12.

Willems, H., Heinen, A., Meyers, C., Biewers, S., Legille, S., Milmeister, P., Residori, C. & Roob, C. (2010). „Zentrale Aspekte zur aktuellen Lebenssituation der Jugendlichen in Luxemburg“. In Ministère de la Famille et de l'Intégration (Ed.), *Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg/Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg* (S. 7-331). Luxembourg: MFI.

Willems H. & Milmeister, P. (2008). „Migration und Integration“. In W. Lorig & M. Hirsch (Hrsg.), *Das politische System Luxemburgs. Eine Einführung* (S. 62-92). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Le Mouvement ATD Quart Monde et l'année 2010

2010, c'est l'Année européenne contre la pauvreté et l'exclusion sociale. C'est aussi l'Année internationale de la jeunesse (déclarée par les Nations unies).

Dans ce cadre, le Mouvement ATD Quart Monde* a fait le choix de donner la parole aux jeunes, et en particulier aux jeunes de milieux sociaux défavorisés, de leur demander, lors de rencontres et d'interviews, quelles étaient leurs expériences, leurs conditions de vie actuelles et leurs réflexions sur la vie et la société actuelle, comment ils voyaient leur avenir...

Un petit groupe de quatre personnes a participé à une grande rencontre européenne des jeunes en juillet 2010 pour réfléchir ensemble et échanger leurs idées pour construire une Europe où

« Chacun ait sa place » et que tous les jeunes soient regardés comme « une chance, et non un problème ».

* Le Mouvement international ATD Quart Monde (Agir tous pour la dignité) a pour ambition de promouvoir un changement de société, fondé sur la dignité humaine et l'accès aux droits de l'Homme pour tous. L'objectif premier d'ATD Quart Monde est d'atteindre les personnes les plus exclues vivant dans la pauvreté et l'exclusion sociale et de promouvoir leur participation à la vie de leurs communautés et de leurs nations.

À Luxembourg :

ATD Quart Monde, 25 rue de Beggen, L-1221 Luxembourg
tél : 43 53 24, e-mail : atdquamo@pt.lu

Tania, 21 ans, habitant dans le sud du pays

« Je ne peux faire aucun projet dans ma vie »

Après son travail, Tania vient au café rencontrer ses amis : « Heureusement qu'il y a les copains pour rigoler, s'amuser un peu après le travail. La journée, je rigole avec des copains, la nuit, je fais le bilan, et je vois noir. Car je vois noir quand je pense à mon avenir. Mais j'ai de la force, je ne veux pas laisser tomber, c'est ce que j'ai dans la tête : ne pas laisser tomber.

Je travaille dans une grande surface, je gagne 1400 euros nets, et je paie un loyer de 800 euros. Les jeunes devraient être plus aidés pour trouver un logement accessible avec leurs moyens. Je ne peux pas mettre de l'argent de côté.. je ne pars jamais en vacances, je ne vais pas au cinéma, je ne sors pas, je n'ai pas non plus mon permis de conduire.

Il n'y a pas longtemps, j'ai été à la banque pour demander à faire un prêt de 3000 euros pour pouvoir financer mon permis de conduire, la banque a refusé. Pourquoi le ministère ne nous aide-t-il pas à pré-financer le permis ? On en a souvent besoin pour trouver du travail.

C'est comme si je ne pouvais faire aucun projet dans ma vie, je n'ai pas les moyens de construire un projet. Nous, les jeunes, on ne reçoit pas d'aide pour construire notre vie. Moi, je vais juste travailler, je ne profite pas de la vie.. Je travaille 6 jours sur 7, avec mes 40 h réparties sur 6 jours, et des horaires qui sont différents tous les jours. Je n'ai jamais deux jours de repos de suite.

Mais j'ai encore de la chance d'avoir un travail, car je connais beaucoup de jeunes qui en cherchent et n'en trouvent pas... Je pense que l'avenir

sera de plus en plus noir, ce sera de plus en plus difficile de trouver un travail. Les jeunes ne reçoivent pas beaucoup d'aides.

Je connais des jeunes qui vivent à la rue, une fois chez l'un, une fois chez l'autre, ou carrément dehors parfois. Une fois, j'ai hébergé ainsi un jeune chez moi, pour une nuit, avec un sac de couchage.

Je connais des filles qui font un bébé.. afin de pouvoir être aidées.., car avant 25 ans, on n'a pas le droit de toucher le RMG.

Je connais un autre jeune qui a longtemps dormi dans l'entrée des résidences. Ses parents ne voulaient plus le laisser rentrer chez eux, il avait fait de la prison. Donc, il devait se débrouiller seul, il n'avait pas de logement, pas de travail.. et les services sociaux lui disaient qu'ils ne pouvaient s'occuper de lui avant que le jugement n'ait été rendu. Cela me révolte.

Il a fini par réussir à trouver un travail, et tous les jours il allait travailler en continuant à dormir dans les entrées.. jusqu'à sa première paie. Il a réussi à tenir le coup. Puis, il a trouvé un logement, sans devoir payer une caution, ce qui était vraiment une chance, car comme cela, il a eu un logement au bout d'un mois.

Nous, les jeunes, surtout quand on n'a pas de diplôme, on demande le droit d'être mieux aidés, informés, écoutés, d'avoir une chance pour trouver un logement et un travail. »

(Source : ATD Quart Monde Luxembourg)

« Les inégalités se creusent par le haut. »

Entretien avec Sylvain Hoffmann, économiste et directeur adjoint de la Chambre des salariés

Ces derniers mois, la Chambre des salariés Luxembourg (CSL) était surtout occupée à invalider les revendications patronales. La méthode de la CSL était de partir des mêmes concepts économiques et politiques, comme la compétitivité, pour arriver à d'autres résultats que ceux présentés par le patronat et le gouvernement. Pourtant, en juin de cette année, vous avez décidé de publier l'étude *Pauvreté monétaire, inégalités et conditions de vie au Luxembourg*. Cette analyse nous frappe comme n'étant pas exclusivement économique, mais aussi sociologique. Dans quelle logique s'insère-t-elle ?

Au Luxembourg, le débat sur la compétitivité a été lancé par le rapport Fontagné il y a quelques années. Mais on oublie souvent que même pour Lionel Fontagné, la compétitivité ne pouvait être un but en soi. Dans ce sens, il ne s'agit pas de faire uniquement baisser les coûts, mais aussi de consolider la cohésion sociale, sans oublier l'environnement. Or, avec la crise – et même déjà bien avant –, la dimension sociale a été quelque peu négligée. Pour nous, il s'agit de montrer qu'il n'y a pas de contradiction entre compétitivité et politique sociale. Au contraire, la cohésion sociale renforce un pays, son modèle social et, en fin de compte, sa productivité. Car celle-ci dépend aussi de comment une société, prise dans son ensemble, se sent. On voit que des États qui ont un faible taux de pauvreté et où les inégalités sont assez

faibles ont de bonnes performances économiques. L'un n'exclut donc pas l'autre.

Dans votre étude, vous ne traitez pas la pauvreté comme un problème isolé ou technique. Vous désenclavez la problématique de la pauvreté pour la replacer dans son contexte social et politique. Ainsi, votre étude commence par une analyse des inégalités. Peut-on penser la pauvreté sans la richesse ?

Dans toute société, on se compare à son environnement, à ses voisins. C'est d'ailleurs en partie une des raisons qui ont conduit au surendettement de beaucoup de ménages aux États-Unis, confrontés à une stagnation, voire à une baisse réelle de leurs salaires (du moins si l'on en croit des économistes comme Paul Krugman). Voyez-vous, la pauvreté est un concept qui est toujours relatif ; on ne saurait l'analyser en vase clos. Déjà, la manière dont elle est mesurée est relative : le taux de risque de pauvreté (pour employer le terme officiel qui implique qu'en dessous d'un certain seuil, on est exposé au risque d'être pauvre, non qu'on le soit forcément) se calcule par rapport à une médiane. Au Luxembourg, le taux de pauvreté mesure donc en fait les inégalités et non la pauvreté absolue.

Elle se mesure par rapport à une médiane ?

On prend tous les ménages et, au milieu, on les coupe en deux pour trouver la médiane

des revenus : celui qui dispose de moins de 60 % de revenus de cette médiane tombe en dessous du seuil de pauvreté. Le pourcentage de 60 % de la médiane est un choix assez arbitraire, une convention statistique au niveau européen. Le niveau du seuil de pauvreté varie également en fonction de la composition du ménage. Concrètement : au Luxembourg, une personne qui compose un ménage à elle toute seule et qui gagne moins de 1 546 euros par mois en 2008 (revenu disponible) est considérée comme pauvre. Pour un ménage composé de deux adultes et deux enfants, le seuil se situe à 3 247 euros.

Dans votre étude, vous écrivez qu'au cours des dernières décennies, les inégalités ont augmenté au Luxembourg. Entre 1991 et 2008, les salaires les plus élevés auraient progressé deux fois plus rapidement que les salaires les plus bas. Et vous concluez : « Les inégalités se creusent par le haut [...]. Plus on gagne, plus on gagne plus. » La pauvreté ne serait donc pas un problème de croissance, mais de répartition ?

Attention : si on veut analyser à qui profite la croissance, il ne faut pas perdre de vue la distinction entre répartition primaire et répartition secondaire. La répartition primaire se fait entre les entreprises et les salariés. Au Luxembourg, la partie de la richesse qui revient aux entreprises augmente, alors qu'en même temps, celle des

salaires chute en termes relatifs. Cela est, bien entendu, une tendance que l'on peut observer à travers toute l'Europe. Reste que le Luxembourg en est particulièrement touché. Quant à la répartition secondaire, entre les salariés, elle est plus difficilement mesurable. Cela s'explique par le fait que l'on dispose de peu d'informations quant aux, disons, 5 % de salaires les plus élevés. Mais les données dont nous disposons nous confirment dans l'idée que les salaires les plus élevés ont augmenté beaucoup plus vite que les salaires les plus bas, mais aussi plus vite que la moyenne générale.

Pourquoi est-il tellement difficile d'avoir des informations fiables sur les personnes riches au Luxembourg ? Des pauvres, l'État exige qu'ils fassent preuve d'une transparence totale sur leurs revenus pour être pris en charge. On a l'impression que chez les riches, cette exigence de transparence ne vaut guère.

Lorsque le patron déclare les salaires au Centre commun, il ne les déclare le plus souvent que jusqu'au plafond cotisable (cinq fois le salaire social minimum). Tout ce qui se situe au-dessus de ce plafond n'est pas déclaré individuellement. Nous ne disposons donc pas de données pour tous les salariés. Il faut néanmoins dire qu'avec la réforme des impôts en cours, une déclaration individuelle des salaires, indépendamment de leur montant, est prévue. Le Centre commun aurait alors ces chiffres, et nous, les moyens empiriques pour analyser le phénomène.

En 2008, 13,4 % des personnes vivaient en dessous du seuil de pauvreté. Dans votre enquête, vous notez que, hors pensions, le Luxembourg « figure parmi les pays où les transferts sociaux sont les moins efficaces de l'UE15 ». Les transferts sociaux ne jouent-ils pas leur rôle ?

Ce que vous dites concerne surtout les travailleurs et les familles avec enfants. Là, le Luxembourg fait bien mauvaise figure par rapport à ses voisins européens. Certes, notre système de pension est très efficace, ce qui explique que l'on ait un très faible taux de pauvreté parmi les retraités. Mais pour ce qui est des enfants, le système se révèle beaucoup moins efficace. Les boni d'enfants devraient aider les ménages qui

ont peu de ressources et qui n'ont pas pu profiter de la modération des impôts de ces dernières années. La désindexation des allocations pour enfants va dans la direction opposée. Quant aux chèques-services, ils devraient aider les ménages pauvres. Or, ils ne sont payés que jusqu'à l'âge de 12 ans.

Et malgré cela, « les transferts sociaux amoindrissent encore les inégalités ayant cours sur le marché du travail », comme vous l'écrivez. Comment voyez-vous le risque de voir des ménages plonger dans la pauvreté suite à la politique d'austérité budgétaire annoncée et partiellement mise en place ?

C'est difficile à dire pour l'instant. On est en train d'élaborer un avis sur la réforme des impôts actuellement en cours. Ce que l'on y constate, c'est que les classes moyennes, mais aussi les faibles salaires, sont très fortement touchés par certaines

Les salaires les plus élevés ont augmenté beaucoup plus vite que les salaires les plus bas, mais aussi plus vite que la moyenne générale.

des mesures fiscales annoncées. À partir d'un revenu assez bas, on arrive très rapidement dans des taux d'imposition élevés. C'est ce que l'on appelle en allemand le *Mittelstandsbuckel*. Le barème qui définit la hauteur des taux commence à s'appliquer à partir de salaires assez bas, monte rapidement pour les salaires moyens et, arrivé au taux maximum d'imposition de 39 %, la progressivité s'arrête net. Un salaire qui se trouve au-dessus de ce barème ne sera pas imposé à plus de 39 %. À partir de la réforme des impôts annoncée, de nombreux salaires moyens se retrouveront dans des taux d'imposition beaucoup plus hauts. La classe moyenne paiera donc plus d'impôts, d'un point de vue relatif, que ceux qui gagnent vraiment beaucoup. L'ironie de tout cela est que le salaire moyen disponible s'abaissera et que, statistiquement parlant, la pauvreté pourrait même reculer. C'est un scénario tout à fait plausible. C'est ce qu'on appelle un nivellement vers le bas. On aura ainsi réduit la pauvreté en abaissant le revenu médian. D'ailleurs, dans cette op-

tique, la récente loi sur les bourses d'études constitue certainement une mesure dans la mauvaise direction. Combinée à la suppression des allocations familiales à partir de 18 ans, elle profite surtout aux étudiants issus de familles aisées. Par contre, les familles moins aisées risquent de subir des pertes financières, ce que la CSL avait fortement critiqué dans son avis afférent.

Mais qu'est-ce donc que la classe moyenne ? C'est une catégorie assez floue, non ?

Tout à fait, c'est d'ailleurs pour cela qu'elle est utilisée si souvent ! Pour définir la classe moyenne, il existe différentes approches (selon un rapport du Statec et en simplifiant) : par le statut et la profession (fonctionnaires, petits indépendants, travailleurs qualifiés), par le sentiment d'appartenance subjectif (on « se sent » classe moyenne), ou encore en se basant sur des critères purement monétaires. Cette dernière approche, plus objective, s'oriente sur la médiane des salaires : si l'on se situe entre 70 % et 150 % de la médiane, on est considéré comme faisant partie de la classe moyenne.

Donc, si l'on se situe en dessous de 60 % de la médiane des salaires, on est considéré comme « pauvre », mais avec 10 % de plus, on est soudainement projeté dans le camp de la classe moyenne ?

C'est un peu absurde, vous avez raison. Et encore faudrait-il voir combien de personnes se retrouvent coincés entre la catégorie « pauvre » et celle de « classe moyenne ».

Vous avez essayé de ventiler la population pour faire ressortir qui est concerné en priorité par la pauvreté. Ce qui en ressort, c'est que la situation au Luxembourg est assez atypique. Vous écrivez : « Au Luxembourg, le taux de risque de pauvreté décroît constamment avec l'âge. C'est d'ailleurs au moment de la retraite que le taux de pauvreté est le plus faible alors que dans de nombreux pays, c'est à ce moment qu'il est le plus élevé. » Comment peut-on l'expliquer ? Le Luxembourg est-il une gérontocratie ?

Non. On a juste un bon système de pension. Il ne s'agit pas de monter une catégorie de la population contre une autre. Mais il se peut que pas assez de transferts sociaux soient versés aux enfants.

Une autre catégorie particulièrement frappée par la pauvreté est celle des locataires...

Oui, c'est très frappant ! Au Luxembourg, il y a un écart extrême entre le taux de pauvreté des locataires et celui des propriétaires. Le taux de pauvreté des locataires luxembourgeois est parmi les plus élevés de toute l'Europe. Pas tant que l'on soit pauvre, parce que locataire, mais plutôt : on est locataire, parce que pauvre. C'est un cercle vicieux : l'on est pauvre, donc locataire, et pauvre on le reste, parce qu'étant locataire, on ne réussit pas à épargner... Au Luxembourg se pose la question de l'efficacité des aides sociales dans le domaine du logement.

Comment voyez-vous le problème de la précarité énergétique (*Energiearmut*) ?

Il faut voir que les aides écologiques pour la rénovation de bâtiments ne se basent pas sur des critères sociaux. La question qui se pose dès lors est : les personnes à faible revenu peuvent-elles payer en avance une rénovation en attendant que les aides leur soient versées, et ces aides sont-elles suffisantes ? À nouveau, on s'enferme dans un cercle vicieux : les personnes qui ne peuvent pas financer une bonne isolation de leur maison dépenseront plus d'énergie. Et, à l'avenir, le prix de l'énergie ne baissera pas. Payer le chauffage deviendra alors un vrai problème. On en discute en ce moment avec le Mouvement écologique afin de réaliser une étude sur ce régime d'aides.

En Europe, 20 millions de personnes sont pauvres, malgré le fait qu'elles travaillent. Le taux de risque de pauvreté laborieuse du Luxembourg est plus élevé que la moyenne européenne : « Les performances du Luxembourg sont comparables à celles des pays méridionaux et du Royaume-Uni. » Vous suggérez que le salaire social minimum ne suffit pas pour éviter de tomber sous le seuil de pauvreté. Le patronat se plaint pourtant que les salaires seraient trop élevés au Luxembourg et nuiraient à la compétitivité...

Oui, c'est ce qu'ils disent. Mais si on compare les salaires à la productivité, alors ils ne sont pas aussi élevés qu'on veut nous le faire croire. Le Luxembourg dispose d'une économie très performante, et pas seulement dans le secteur bancaire. Et si l'on prend

le salaire absolu, c'est-à-dire en incluant les cotisations patronales, le Luxembourg se situe au niveau de la Belgique. Reste que pour le salarié, il est difficile de joindre les deux bouts avec un salaire social minimum. Quitte à ce que nous ayons le plus élevé d'Europe, en comparaison avec le seuil de pauvreté, il est très bas. En Belgique et en France, le salaire social minimum brut se situe environ 45 % au-dessus du seuil de pauvreté. Mais il faut quand même le rappeler : le travail protège mieux de la pauvreté. Pour les gens au chômage, le risque de pauvreté est encore plus élevé.

Dans les années 1930, lorsque la crise économique frappa le Luxembourg, le gouvernement expulsa des travailleurs immigrés. Aujourd'hui, on abolit les transferts sociaux des frontaliers. Ceux-ci n'apparaissent pas du tout dans les statistiques. Ne faudrait-il pas lancer une étude interrégionale sur la pauvreté ?

Oui, on y a pensé. En attendant, les données que l'on a traitées sont incomplètes. Ne serait-ce que par le fait que les frontaliers y sont invisibles. Mais mener une étude interrégionale pose de nombreux problèmes, notamment celui de la médiane de référence pour calculer le seuil de pauvreté. C'est un problème plus général : dans presque tous les domaines, le Luxembourg fait face à une situation particulière en termes de statistiques à cause du phénomène des frontaliers. Pour revenir aux frontaliers, le gouvernement a introduit de nombreuses mesures qui leur portent préjudice. Cela a commencé avec les chèques-services, et

cela continue avec les bourses d'étudiant et les frais de déplacement déductibles des impôts qui ont été baissés de moitié. Cela touche les résidents, notamment ceux habitant loin de leur lieu de travail, bien sûr, mais surtout aussi les frontaliers.

Les étrangers résidents sont plus touchés par la pauvreté que les résidents de nationalité luxembourgeoise...

Oui, c'est vrai. Si on prend les personnes ayant un emploi, les plus touchées sont les Portugais (25 %), suivis des Italiens (12 %), Français (8 %), Belges (8 %) et Allemands (7 %). Puis, enfin, avec le taux de pauvreté le plus bas, les Luxembourgeois (moins de 5 %). Cela dépend aussi beaucoup des secteurs d'emploi. Ainsi, les travailleurs manuels ont de loin le taux de pauvreté le plus élevé (plus de 20 %).

Combien d'inégalité une société peut-elle supporter avant qu'elle n'éclore ?

Cela dépend de l'idéal de société dominant. Dans la plupart des États européens, la cohésion sociale est une priorité et les inégalités sociales restent, *summa summarum*, assez faibles par rapport à d'autres sociétés. Dans le modèle américain, l'approche est différente, plus individualiste. C'est donc aussi une question de mentalité. En Europe, les inégalités sont moins facilement acceptées...

Nous vous remercions pour l'entretien. ♦

(L'interview a eu lieu le 21 septembre 2010/BT).



Frédéric Berger, Alessio Fusco

Différentes approches, différents résultats ?

Pauvreté monétaire et de conditions d'existence dans l'Union européenne

Face à la pauvreté, on se pose généralement deux questions. Tout d'abord, d'un point de vue conceptuel, qu'est-ce que la pauvreté et à partir de quand est-on en situation de pauvreté ? Ensuite, d'un point de vue plus pratique, comment mesure-t-on les différentes formes de pauvreté identifiées ?

L'objet de cette note est d'apporter des éléments de réponse à ces questions au travers de la présentation de deux approches alternatives : la pauvreté monétaire et celle de conditions d'existence. Ces deux approches reflètent la distinction fréquemment utilisée selon laquelle la pauvreté peut s'appréhender de manière indirecte comme une insuffisance de ressources, ou de manière directe sur la base des conditions de vie ou des réalisations des individus¹. Cette distinction est au cœur de la définition de la pauvreté adoptée par le Conseil européen en 1984 – « on entend par personnes pauvres les individus dont les ressources (matérielles, culturelles et sociales) sont si faibles qu'ils sont exclus des modes de vie minimaux acceptables dans l'Etat membre dans lequel ils vivent » – et soulève la question de savoir si les différentes approches conduisent aux mêmes conclusions en termes d'évaluation du ni-

veau de pauvreté dans une société. Afin d'illustrer notre propos, nous présentons les chiffres officiels, basés sur les définitions européennes, de pauvreté monétaire et de conditions d'existence.

La pauvreté monétaire : une approche en termes de moyens

L'approche monétaire de la pauvreté est une approche indirecte, au sens où elle se concentre sur les *moyens* que constituent les ressources monétaires dont disposent les individus pour satisfaire un ensemble de besoins considérés comme faisant partie d'un niveau de vie ordinaire. Ces moyens ont une valeur *instrumentale* et informent sur la satisfaction potentielle plutôt qu'effective des besoins. Au sein de cette approche, sont considérés comme pauvres les individus qui, à un moment donné, n'ont pas accès à des ressources économiques suffisantes pour atteindre un niveau de vie ordinaire dans la société à laquelle ils appartiennent.

L'identification de la pauvreté est assimilée à une insuffisance dans un indicateur monétaire par rapport à un seuil. La nature et la détermination du seuil de pauvreté constituent un des points essentiels du dé-

bat lié à l'approche monétaire de la pauvreté. Le seuil peut être défini de manière absolue (*la pauvreté, c'est avoir moins qu'un niveau minimum absolu objectivement défini*), relative (*la pauvreté, c'est avoir moins que les autres dans une société donnée*) ou subjective (*la pauvreté, c'est le sentiment de ne pas avoir assez pour s'en sortir*). D'un point de vue conceptuel, l'existence d'un seuil présuppose une discontinuité dans le bas de la distribution de l'indicateur de niveau de vie, qui réaliserait la partition entre une population pauvre et une autre non pauvre. Cette discontinuité ne se vérifiant pas empiriquement, la construction des seuils de pauvreté implique une part d'arbitraire qui fait de l'approche monétaire de la pauvreté une approche essentiellement conventionnelle². Sur la base de la définition européenne de la pauvreté, le seuil de pauvreté est fixé à 60 % de la médiane du niveau de vie. C'est une approche relative, et quelque peu arbitraire, qui revient à considérer que les individus dont le niveau de vie est éloigné du niveau de vie médian de la société auront un risque plus

Les auteurs sont chargés d'études au CEPS/Instead. Ils sont seuls responsables du contenu de cet article, qui ne reflète pas nécessairement la position du CEPS/Instead.

élevé de ne pas participer entièrement à la vie de la communauté.

En 2008, ce taux s'élève à 13,4 % au Luxembourg. Ce taux est à comparer à ceux des autres pays européens, qui varient entre 9 % en République tchèque et 25,6 % en Lettonie, pour une moyenne européenne de 16,5 % (voir tableau ci-contre). Les taux de pauvreté des pays voisins s'élèvent à 13,4 % en France, 14,7 % en Belgique et 15,2 % en Allemagne.

Il existe des limites pratiques et conceptuelles à l'utilisation du revenu comme variable à partir de laquelle évaluer la pauvreté. D'un point de vue pratique, le revenu est un flux qui ne permet pas de tenir compte d'un ensemble de ressources réelles qui ne transitent pas par le marché. D'un point de vue théorique, l'approche monétaire de la pauvreté, basée sur un indicateur de moyen, le revenu, ne permet pas de se prononcer sur la satisfaction effective des besoins : un bas revenu ne se matérialise pas nécessairement par des conditions de vie insuffisantes, de même qu'un revenu plus confortable peut parfois s'accompagner de privations diverses (Fleurbaey *et alii*, 1997). Ainsi, l'approche monétaire de la pauvreté peut, dans certains cas, s'avérer réductrice.

La pauvreté de conditions d'existence : une approche en termes de résultats

L'approche de la pauvreté en termes de conditions d'existence, dite également de privation matérielle ou de pauvreté de conditions de vie, repose sur l'identification d'un état observable de désavantages, relatif à la communauté à laquelle un individu appartient. Un individu est considéré en situation de privation s'il n'a pas, entre autres choses, le type de régime alimentaire, d'habillement, d'habitat, d'équipements du logement, d'environnement, d'éducation, de conditions sociales, d'activités et de loisirs qui sont habituels, ou du moins largement encouragés et approuvés par la société dans laquelle il vit. L'évaluation de la pauvreté de conditions d'existence est basée sur l'observation directe des *résultats* ou réalisations des individus, c'est-à-dire des activités qu'ils parviennent à mener ou des états qu'ils peuvent atteindre. Ces

T.1 / taux de pauvreté monétaire et non monétaire dans l'Union européenne, 2008

	pauvreté monétaire	pauvreté de conditions d'existence
Union européenne	16.5	17.4
Belgique	14.7	11.6
Bulgarie	21.4	51.0
République tchèque	9.0	16.2
Danemark	11.8	5.4
Allemagne	15.2	12.7
Estonie	19.5	12.4
Irlande	15.4	13.6
Grèce	20.1	21.8
Espagne	19.6	8.7
France	13.4	13.1
Italie	18.7	16.1
Chypre	16.2	23.3
Lettonie	25.6	35.2
Lithuanie	20.0	27.0
Luxembourg	13.4	3.5
Hongrie	12.4	37.1
Malte	14.6	13.3
Pays-Bas	10.5	5.2
Autriche	12.4	13.7
Pologne	16.9	32.3
Portugal	18.5	23.0
Roumanie	23.4	50.3
Slovénie	12.3	16.9
Slovaquie	10.9	27.8
Finlande	13.6	9.1
Suède	12.2	4.5
Royaume-Uni	18.8	11.6

Source : EU-SILC 2007 ; données relevées sur le site d'Eurostat le 24 août 2010 : http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_and_social_policy_indicators/omc_social_inclusion_and_social_protection/social_inclusion_strand

résultats, dont la valeur en termes de bien-être est *intrinsèque* et pas seulement instrumentale, peuvent être mesurés via la collecte de données sur l'étendue selon laquelle les individus possèdent certains biens ou peuvent s'engager dans différentes activités. La privation intervient lorsque se vérifie une absence non souhaitée – on veille à ce que le manque ne soit pas lié à un choix des individus – d'un ensemble d'items représentatifs des conditions de vie matérielles et qui sont considérés comme un ensemble de nécessités.

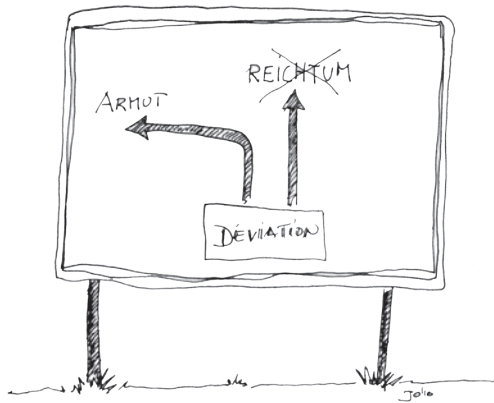
Les différentes étapes du calcul des indices non monétaires de pauvreté sont le choix des domaines pertinents et des indicateurs censés mesurer chacun d'entre eux, l'évaluation du degré de privation pour chacun de ces éléments et leur agrégation dans un indice global de pauvreté de conditions d'existence. Un indicateur officiel de pri-

vation matérielle a récemment été adopté au niveau de la Communauté européenne. Il est basé sur les neuf items suivants : 1) faire face à des dépenses financières imprévues, 2) partir une semaine en vacances hors de chez soi, 3) payer le loyer et les factures, 4) manger de la viande, du poisson ou un équivalent végétarien tous les deux jours, 5) maintenir son logement suffisamment chauffé, 6) avoir une machine à laver le linge, 7) avoir une télévision couleur, 8) avoir un téléphone, 9) avoir une voiture à usage privé. Une personne est considérée en situation de privation matérielle si elle présente un manque non souhaité dans au moins trois de ces neuf items. Cette approche est donc également conventionnelle, aucun seuil objectif ne pouvant être dégagé.

Le Luxembourg est le pays de l'Union européenne avec le plus faible taux de privation. Celui-ci s'élève en effet à 3,5 %, contre 51 % en Bulgarie et 17,4 % de moyenne européenne. Les taux de privation des pays voisins s'élèvent à 11,6 % en Belgique, 12,7 % en Allemagne et 13,1 % en France.

Des éclairages différents

Pauvreté monétaire et pauvreté de conditions d'existence apportent donc des éclairages différents sur ce qu'est le niveau de pauvreté, et l'on voit que ce niveau est différent au Luxembourg selon la définition retenue. En termes de pauvreté monétaire relative, le Luxembourg présente un taux similaire à celui des pays voisins et légèrement inférieur à la moyenne européenne, alors qu'en termes de privation matérielle, la situation du Luxembourg est bien meilleure que celle des autres pays européens³. Ce résultat est important au regard de la nouvelle stratégie économique de la Commission européenne, appelée Europe 2020, récemment adoptée pour remplacer la stratégie de Lisbonne. Cette stratégie inclut en effet un objectif social qui intègre les notions de pauvreté monétaire et de privation matérielle. Cet objectif vise à favoriser l'inclusion sociale en s'attachant à faire baisser de 20 millions au moins le nombre de personnes confrontées au risque de pauvreté et d'exclusion au regard de trois indicateurs : le risque de pauvreté, la privation matérielle ainsi que le fait de vivre dans un ménage sans emploi (Frazer *et alii*, 2010). ♦



1 Cette distinction entre approche directe et indirecte de la pauvreté n'épuise pas toutes les possibilités de définition de ce concept. Ainsi, à côté de l'espace informationnel des ressources (approche monétaire de la pauvreté) et de celui des réalisations (approche directe de la pauvreté), il existe d'autres espaces d'évaluation possibles, tel que celui des capacités proposé par Amartya Sen ou celui faisant usage de l'information subjective liée à la satisfaction des individus pour déterminer qui est pauvre ou qui ne l'est pas.

2 Pour Paul Dicks (1989), plus qu'une mesure de la pauvreté, l'identification des pauvres au travers d'un seuil de pauvreté constitue une simple assignation typologique qui consiste à classer des individus entre une catégorie de pauvres et une autre de non-pauvres.

3 Il est néanmoins important de rappeler que l'indicateur européen de privation matérielle n'inclut pas d'items relatifs aux conditions de logement. Un indicateur de privation de logement est actuellement en cours de construction.

Pour plus d'informations

Dicks, P. (1989), *Pauvreté et conditions d'existence. Théories, modèles et mesures*, Document PSELL n° 8, Walferdange, CEPS/Instead.

Fleurbay M., Herpin N., Martinez M., Verger D. (1997), « Mesurer la pauvreté ? », in *Economie et statistiques*, n° 308/309/310, p. 113-142.

Frazer, H., Marlier, E. and Nicaise, I. (2010), *A social inclusion roadmap for Europe 2020*, Garant, Antwerp/Apeldoorn.

Fusco A. (2007), *La Pauvreté, un concept multidimensionnel*, Editions l'Harmattan, Collection L'Esprit économique, Paris.

Isabel, 21 Jahre

Wenn ich an meine Kindheit zurückdenke, dann sind da vor allem Erinnerungen an Schläge und Gemeinheiten von meinem Adoptivvater und an meine Versuche, davor wegzulaufen. Mit vier Jahren bin ich zum ersten Mal von zu Hause weggelaufen: zu unseren Nachbarn, um mich zu verstecken. Dann mit fünf habe ich es bis zum Match geschafft. Später dann meist in den einen oder anderen Nachbarort. Eingefangen und zurückgebracht wurde ich immer.

Als ich 12 Jahre alt war, wollten die Sozialhelfer nicht mehr zusehen und haben dafür gesorgt, dass ich ins Erziehungsheim in Schrassig gebracht wurde. Ich sei gefährdet und man müsse mich vor mir selbst schützen, haben sie damals in die Akten geschrieben, die ich heute beim Jugendgericht durchsehen kann. Von den Schlägen steht da nichts, auch sonst kaum etwas über meinen Adoptivvater. Trotzdem war ich erst mal in Sicherheit vor ihm.

In Schrassig ist es erst mal richtig gut gelaufen, so gut, dass man mich nach einem halben Jahr in ein anderes Heim gebracht hat. Weil ich nicht so richtig nach Schrassig passe, hat man damals gesagt. Es hat mir das Herz zerrissen. In dem neuen Heim ist dann gar nichts gut gelaufen. Fast ein Jahr habe ich es ausgehalten, aber nachdem ich fünfmal weggelaufen war, hat man mich zurück nach Schrassig gebracht. Dort hat es aber auch nur noch Stress gegeben, ich habe keinem mehr vertraut und lief ständig weg. Bei einer dieser Fluchten habe ich Pierre kennen gelernt, der gerade aus dem Erziehungsheim Dreibern weggelaufen war. Wir haben uns geschworen, dass wir mit uns 18 Jahren zusammentun und ein gemeinsames Leben beginnen.

Das haben wir dann auch gemacht. Wir hatten keine Arbeit, aber haben eine kleine Wohnung gemietet. Nach einem halben Jahr war unser Geld aufgebraucht. Der Vermieter hat uns nach drei unbezahlten Monatsmieten auf die Straße gesetzt, unseren Besitz hat er behalten, um die unbezahlten Mieten zu decken. Pierre und ich waren hoffnungslos zerstritten und gingen von da an getrennte Wege.

Was mir geblieben war von meinen Träumen: die Klamotten, die ich am Leib trug und eine ganze Menge Angst. Da wusste ich plötzlich, was es heißt, arm zu sein. Früher, wenn ich von zu Hause oder aus dem Heim weggelaufen war, hatte ich ja trotzdem immer einen warmen Ort mit Bett und Essen, an den ich wieder zurück konnte. Jetzt war das vorbei. Manchmal habe ich in der Stämm vun der Strooss gegessen, manchmal blieb ich hungrig. Manchmal habe ich einen Mann gefunden, der mich mit in sein Bett genommen hat, bis er genug von mir hatte.

Damals habe ich dann am Bahnhof einen Streetworker kennengelernt. Der hat mir viel zugehört und es hat auch gut getan, dass er verstanden hat, wie es mir geht und wie ich dahin gekommen bin. Es war eine schwierige Zeit und es hat lange gedauert, bis ich begriffen hatte, wie schlimm meine Situation wirklich war und dass ich es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen konnte, da herauszukommen. Manchmal braucht man jemanden, der eine Hand ausstreckt und hilft.

Nach einiger Zeit hat der Streetworker mir Wege gezeigt, wie ich aus dem Elend herauskommen könnte. Als ich zugestimmt habe, mir helfen zu lassen, haben wir zusammen einen Plan mit verschiedenen Etappen und Terminen aufgestellt, was wir bis wann geschafft haben wollten. Erst mal einen Platz in der Notunterkunft über einem Jugendhaus, von da an hatten wir einen Monat Zeit, um einen Platz in einem Wohnprojekt für junge Erwachsene zu finden. Danach wollte ich mit Abendkursen am LTC einen Schulabschluss machen.

Das ist jetzt knapp drei Jahre her. Heute habe ich einen fertigen Schulabschluss, einen Job als Kassiererin und gerade meine erste eigene kleine Wohnung gemietet.

(Quelle: Caritas Jeunes et Familles)

Karin Manderscheid

La participation des personnes exposées à la pauvreté

Un moyen efficace pour réaliser une politique efficiente contre la pauvreté et l'exclusion sociale

Tant au niveau national qu'au niveau européen, les décideurs politiques sont sollicités par des groupements d'intérêt représentatifs des différentes forces vives de la société lorsqu'il s'agit de légiférer ou de modifier des textes législatifs existants afin qu'ils prennent en compte leurs intérêts spécifiques. Or, pendant longtemps, les personnes en situation de pauvreté ne disposaient pas d'un tel groupe de pression (même si les intérêts des *working poor* ont été pris en compte de façon accessoire par les syndicats).

Il n'est donc pas étonnant qu'au début des années 1990, un groupe de lobbying en faveur des personnes défavorisées se soit constitué au niveau européen, l'European Anti Poverty Network (EAPN Europe), qui comprend aujourd'hui 25 réseaux européens d'organisations œuvrant dans le domaine social ainsi que 23 organisations sociales internationales.

Les origines et le développement d'EAPN Europe

Les objectifs principaux du réseau EAPN Europe¹ se déclinent de la manière sui-

vante : augmenter l'efficacité des actions à l'encontre de la pauvreté et de l'exclusion sociale ; aider à définir des politiques sociales et à élaborer des programmes

Au niveau de l'UE, il est évident que sans le lobbying permanent d'EAPN Europe, l'impact des plans d'action à l'inclusion sociale aurait depuis longtemps succombé aux intérêts de la compétitivité et de la croissance jugés prioritaires par d'aucuns.

d'action ; et, enfin, s'engager pour et avec les personnes et les groupes exposés à la pauvreté et à l'exclusion sociale.

EAPN Europe assure donc un travail considérable de lobbying auprès des directions générales de la Commission européenne. Il est évident que la méthode ouverte de coordination (MOC) introduite dans le cadre de la stratégie de Lisbonne facilite la tâche d'EAPN dans la mesure où chaque État membre de l'UE est contraint d'élaborer des plans d'action bi- ou trisannuels successifs pour éliminer la pauvreté, en collaboration avec les acteurs de la société civile (syndicats, patronat, organisations

non gouvernementales sociales au contact journalier avec des personnes défavorisées). EAPN Europe est cependant d'avis qu'il faut renforcer le caractère obligatoire de la MOC au niveau des objectifs à atteindre et donc introduire des indicateurs forts selon lesquels les mesures prises dans les différents États en vue de l'éradication de la pauvreté seront analysées et, le cas échéant, adaptées. Trop souvent, l'EAPN a l'impression que ne figurent dans les plans stratégiques que les points que les gouvernements avaient de toute façon l'intention de réaliser au cours d'une période législative, sans vraiment se concentrer sur les besoins réels d'une population exposée à la pauvreté.

Le réseau de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale du Luxembourg² (EAPN Lëtzebuerg) a été associé au travail d'EAPN Europe dès le début, même si l'association n'a été constituée qu'en 1999. Toutes les grandes associations sociales du Luxembourg en font partie et actuellement, les associations membres sont au nombre de treize³. EAPN Lëtzebuerg peut donc se référer aux expériences des organisations membres au contact avec les personnes défavorisées lorsqu'il s'agit de formuler des revendications en vue d'améliorer leur situation de vie.



Le concept de la participation selon l'EAPN

L'EAPN distingue quatre degrés de participation dans les processus décisionnels⁴ :

1. *l'information*, qui est à la base de toute participation ;
2. *la consultation*, qui permet aux personnes en situation de pauvreté ou d'exclusion d'exprimer leur point de vue et de formuler des propositions quant à des solutions possibles, sans qu'elles soient pour autant associées à la prise de décision ;
3. *la participation*, qui met à un niveau égal les contributions de tous les groupes impliqués et leur permet d'avoir une réelle incidence sur les décisions ;
4. *la codécision*, qui associe les personnes en situation de pauvreté ou leurs représentants directement à la prise de décision.

Si pour l'EAPN, c'est le stade 4) qu'il faut atteindre pour que les intérêts des personnes défavorisées soient au mieux défendus, il est évident que dans beaucoup d'États membres de l'UE, malgré la démarche de la MOC, les processus de décision politiques accusent une participation qui ne dépasse que rarement le niveau 2.

Tout comme le monde associatif diffère grandement d'un pays à l'autre, les

moyens que se sont donnés les différents réseaux au sein d'EAPN pour réaliser la participation des personnes en situation de pauvreté sont d'une grande variété.

La plupart des actions menées par les réseaux nationaux en vue de l'augmentation de la participation interne s'inscrivent dans une logique de préparation de la rencontre annuelle à Bruxelles (cf. Espagne, Pays-Bas) ou d'accompagnement du processus de développement d'une stratégie politique nationale d'éradication de la pauvreté (cf. France, Portugal, Grande-Bretagne).

Certains projets plus spécifiques ont cependant été élaborés en vue d'accroître et/ou d'institutionnaliser la participation :

- Au niveau de la participation interne, la *Hongrie* a mis en place un comité de coordination interne composé à moitié de personnes en situation de pauvreté, avec comme résultat que ces personnes restaient plus longtemps actives au sein du réseau et pouvaient partager leur expertise.
- En *Belgique*, un institut de formation a été créé en vue de la formation d'experts du vécu qui doivent servir de relais entre les personnes exclues et les travailleurs sociaux et les institutions. Soit dit en passant : la région flamande de Belgique est la seule où le réseau d'EAPN a été institué par décret et où le gouvernement est forcé de saisir le réseau pour les affaires relevant du domaine social.

• Le *réseau norvégien* demande (et obtient) tous les deux ans avant les élections que le gouvernement organise une audition sur la pauvreté, ce qui a augmenté la visibilité de la pauvreté et la sensibilisation de la population pour les sujets y relatifs.

• Le *réseau autrichien* a mis sur pied avec l'organisation socioculturelle styrienne InterAct un projet de théâtre pédagogique et interactif mettant l'accent sur les situations de pauvreté. Les pièces mises en scène montrent l'exiguïté du champ d'action réel des personnes elles-mêmes défavorisées pour changer leur situation, tout en permettant aux spectateurs d'intervenir directement dans le déroulement de l'action en proposant des solutions pour sortir des situations de pauvreté et/ou d'exclusion présentées.

La participation au réseau luxembourgeois...

Les associations luxembourgeoises œuvrant dans le domaine social sont rarement gérées par les personnes elles-mêmes défavorisées (sauf dans une certaine mesure ATD Quart Monde et Stëmm vun der Strooss). Pour remédier à ce manque de participation dans ses propres structures et pour garantir un accompagnement continu de la part de personnes expertes en matière de pauvreté, EAPN Lëtzebuerg a modifié ses statuts en 2008 pour instituer un Conseil des experts composé de personnes ayant l'expérience de la pauvreté. Celui-ci accompagne les travaux du conseil d'administration et le conseille en matière de priorités et de revendications. Les personnes faisant partie du groupe des experts ont le plus souvent participé auparavant à une ou plusieurs rencontres participatives ou à des réunions de discussion, à des groupes de travail au sein des organisations membres d'EAPN Lëtzebuerg.

Les réunions du Conseil des experts ont lieu régulièrement en présence d'un(e) ou plusieurs représentant(e)s du conseil d'administration. Au cours de ces réunions, les personnes défavorisées racontent leurs expériences de la vie de tous les jours, soit selon une thématique préfixée, soit selon l'urgence des problèmes rencontrés, et, dans le groupe, on essaie de trouver des solutions, de formuler des revendications qui sont ensuite portées par l'EAPN.

Le Conseil des experts collabore en outre à la préparation des rencontres participatives qu'EAPN Lëtzebuerg organise annuellement. En 2009, il a élaboré un questionnaire concernant les besoins de base qui a confirmé, malgré le faible nombre de réponses obtenues, les données statistiques relatives aux besoins et à l'exposition au risque de pauvreté de différents groupes, comme p.ex. les monoparentaux.

... et les résultats ?

Au niveau de l'UE, il est évident que sans le lobbying permanent d'EAPN Europe, l'impact des plans d'action à l'inclusion sociale aurait depuis longtemps succombé aux intérêts de la compétitivité et de la croissance jugés prioritaires par d'aucuns. Ce n'est que son engagement constant pour une politique en faveur des personnes défavorisées et sa volonté de mettre l'économie au service du social et de l'environnemental qui ont permis de maintenir les acquis sociaux des décennies passées face à une pression néolibérale croissante.

Même si le degré de participation des ONG sociales et des personnes elles-mêmes défavorisées dans le processus décisionnel des plans stratégiques à l'inclusion sociale ne dépasse pas la simple consultation, l'organisation par l'EAPN des rencontres participatives depuis 2006 a produit des résultats concrets et tangibles. L'expérience faite par les décideurs politiques au cours des ateliers et lors des séances plénières, en écoutant de vive voix les expériences des personnes défavorisées, les conduit à prendre plus au sérieux, à mieux se remémorer les problèmes relatés et à suivre les pistes proposées. Très souvent, la réalité de tous les jours des hommes et femmes politiques est tellement éloignée de la réalité des personnes à faible revenu, sans emploi, déstabilisées qu'ils ne sont plus à même d'imaginer toute la misère et les problèmes que rencontrent ces personnes chaque jour.

En matière d'accès au logement, l'acceptation politique de l'idée d'une Agence immobilière sociale (AIS) n'a été acquise qu'à partir du moment où les rencontres participatives ont fait apparaître que les prix exorbitants des loyers constituaient l'un des obstacles majeurs pour les personnes à faible revenu pour pouvoir vivre décem-

ment. Avec le soutien des deux ministres en charge, à savoir la ministre de la Famille et de l'Intégration ainsi que le ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement (auquel a succédé le ministre du Logement), la Fondation pour l'accès au logement a pu inaugurer fin 2009 l'AIS, qui a procuré entre-temps des logements à loyer abordable à quelque 45 familles.

L'introduction du *tiers payant social*, mesure qui devra permettre à des personnes à faible revenu de bénéficier de la prise en charge directe des frais de consultation par la Caisse nationale de santé, semble également être sur la dernière ligne droite législative.

Au cours de la rencontre participative de 2007, l'idée prit forme de créer de façon régionale des *épicerie sociales*, en vue de permettre à des personnes défavorisées d'acheter à prix abordable tous les aliments nécessaires à une nourriture équilibrée. Entre-temps, un certain nombre d'épicerie sociales ont été ouvertes par des associations sociales, avec le soutien financier du ministère de la Famille et de l'Intégration.

Ces quelques exemples montrent que la participation porte des fruits, tant au niveau de la compréhension des problèmes qu'au niveau de la sensibilisation pour la situation précaire des personnes exposées au risque de pauvreté.

Il faut se poser la question s'il ne faudrait pas institutionnaliser cette participation de représentants des personnes défavorisées au sein d'institutions étatiques habilitées à exprimer des avis sur l'état du Luxembourg, comme p.ex. le Conseil économique et social. ♦

1 Pour plus d'informations : www.eapn.eu

2 Pour plus d'informations : www.eapn.lu

3 Aarbechtshëllef, ATD Quart Monde, Association nationale des assistantes d'hygiène sociale, Assistantes sociales et infirmières graduées du Luxembourg, Co-labor, Confédération Caritas Luxembourg, Croix-Rouge luxembourgeoise, Femmes en détresse, Fondation Jugend- an Drogenhëllef, Conseil national de défense sociale, Inter-Actions, Ligue médico-sociale, Paerd's Atelier, Stëmm vun der Strooss

4 *Petits pas – grands changements*, EAPN Europe, 2009, p. 5, http://www.eapn.org/index.php?option=com_content&view=category&id=40%3Aeapn-book&layout=blog&Itemid=84&lang=fr

Debout contre la pauvreté - 16 octobre 2010

A l'occasion de la Journée mondiale du refus de la misère 2010, des ONG et associations du Luxembourg s'unissent pour porter ensemble, à travers des témoignages, une marche et le projet de chant « Pasticcio musical contre la pauvreté », un message de solidarité avec celles et ceux qui vivent dans des situations de pauvreté. En 2010, l'accent de cette journée sera mis sur la jeunesse.

Journée d'action

11h00 Infos et animations - Place d'Armes (Luxembourg-Ville)

14h00 Concert « D'Lompekreimer » - Place d'Armes

15h00 Témoignages - Place d'Armes

16h00 Marche de la solidarité - départ Place d'Armes / arrivée CarréRotondes

17h00 Concert « Pasticcio musical contre la pauvreté » - CarréRotondes (Hollerich)

On appelle « pasticcio » une œuvre lyrique composée à partir d'œuvres d'origines différentes. Celle du 16 octobre 2010 sera composée de textes de personnes directement concernées par la pauvreté et mise en musique par différents compositeurs du pays et de la Grande Région. Certains de ces nouveaux textes ont été élaborés lors d'ateliers d'écriture avec l'auteur luxembourgeois Nico Helmingier. S'y ajouteront des extraits des concerts des années précédentes. La coordination artistique est assurée par Camille Kerger, directeur de l'Institut Européen de Chant Choral Luxembourg (INECC).

De plus amples informations sur cette édition de la journée mondiale du refus de la misère peuvent être obtenues sur le site Internet www.bandeaublanc.lu ou chez Norry Schneider (norry.schneider@caritas.lu)

Charel Schmit

Vom „Armenbüro“ zum kommunalen Sozialdienst

Das Gesetz zur kommunalen Sozialhilfe aus Sicht der Sozialen Arbeit

Niemand wird bestreiten, dass das Gesetz vom 18. Dezember 2009 zur kommunalen Sozialhilfe eine längst fällige Reform der kommunalen Sozialämter – im Volksmund wurden das Office social lange Zeit stigmatisierend „Armenbüro“ genannt – eingeleitet hat. Es trifft am 1. Januar 2011 vollständig in Kraft und reduziert die Zahl der Sozialämter von derzeit 116 auf 30! So konnten die Modernisierungsbemühungen fortgeführt werden, die erstmals in den 1930er Jahren mit einem Gesetzesprojekt begonnen und durch den Nationalen Inklusionsplan für die Jahre 2001-2003 mit der Schaffung einer Reflexionsgruppe wiederbelebt wurden.

Vom Bittsteller zum Anspruchsberechtigten („ayant droit“)

Hilfreiche Inspiration fand der Gesetzgeber bei unseren belgischen Nachbarn, die bereits im Juli 1976 eine neue Rahmengesetzgebung für kommunale Sozialzentren schufen und ein bedarfbedingtes Recht auf Sozialhilfe einführten mit der gleichen Zielsetzung, ein der Menschenwürde entsprechendes Leben führen zu können: „Article. 1er. Toute personne a droit à l'aide sociale. Celle-ci a pour but de permettre à chacun de mener une vie conforme à la dignité humaine. Il est créé des (centres publics d'action sociale) qui, dans les conditions déterminées par la présente loi, ont pour mission d'assurer cette aide.“ (Loi organique des centres publics d'action so-

ciale 8.7.1976). Bürger in Notlagen sollen keine Bittsteller sein, sondern einen Anspruch auf die solidarische Unterstützung durch die Gesellschaft haben. Somit werden einheitliche Verfahren notwendig zur Ermittlung der Bedarfe und Kriterien zur Vergabe und Berechnung der Hilfen. Diese wiederum müssen nicht nur finanzieller

Das neue Gesetz dokumentiert die wiedergewonnene Rolle der Gemeinden im „aktivierenden Sozialstaat“, soziale Aufgaben vor Ort stärker wahrzunehmen.

und materieller Art sein (z. B. Lebensmittelscheine), sondern können auch in Form von Dienstleistungen (Haushaltshilfe, Schuldnerberatung, Kostenübernahme von sonstigen Dienstleistungen) gewährt werden. Kommunale Sozialhilfe wird jedoch nur subsidiär gewährt, wenn alle anderen Hilfsmöglichkeiten national ausgeschöpft worden sind.

Im Verlauf der Gesetzgebungsprozedur zog die Stellungnahme des Staatsrates grundsätzliche Veränderungen mit sich: Der Gesetzgeber verzichtete auf die in der ersten Gesetzesvorlage angeführten „besoins de première nécessité comprenant notamment les soins médicaux, le logement, l'alimentation, l'habillement, la mobilité,

l'eau destinée à la consommation humaine et l'énergie domestique“. Die Idee eines „Hilfskontraktes“ zwischen Sozialamt und Hilfeempfänger musste der allgemeinen Einforderung nach einer „participation active de la part des bénéficiaires“ weichen. Vor allem aber kam es zur Priorisierung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Begleitung und Betreuung gegenüber der materiellen und finanziellen Hilfeleistungen. Hieß es zunächst „L'aide peut être matérielle, financière ou sociale“, so betont nun Artikel 3 das „accompagnement social“ in besonderer Weise. „Art. 3. L'aide est de nature palliative, curative ou préventive. Elle est axée sur un accompagnement social à court, moyen ou long terme; en cas de nécessité, cet accompagnement sera assorti d'une aide matérielle en nature ou en espèces.“ Anliegen des Staatsrates war es, eine „holistische“, sprich „ganzheitliche“ soziale Begleitung einzufordern, die einer Kompartimentierung des Klienten in Kurzzeitbetreuung („Notfallhilfe“) und Langzeitbetreuung („Assistenz“) widerspricht. Vielmehr wünschte sich der Staatsrat eine Sozialarbeit, die neben Verwalten und Verteilen die Hilfsbedürftigen stärker aktiviert und zur Autonomie hinführt. Nebenbei erinnerte er an die hohen Erwartungen, die

Charel Schmit ist enseignant-chercheur der INSIDE-Forschungsgruppe an der Universität Luxemburg und Vorsitzender der Association nationale des communautés éducatives ASBL.

En route pour un droit à l'aide sociale

Une réforme d'une envergure extraordinaire a pu être entamée avec le vote de la loi du 18 décembre 2009 organisant l'aide sociale. Cette nouvelle législation remplace notamment les textes légaux sur les bureaux de bienfaisance et le domicile de secours datant respectivement de 1846 et de 1897. Certes, le principe de la solidarité sociale existe depuis plus longtemps, mais se limitait au début au partage des denrées et des abris disponibles. Ce n'est qu'au fil des siècles passés que l'aide sociale a suivi l'évolution et l'organisation de notre société, en passant des ordres religieux à la société et l'État. Il s'agissait avant tout d'assurer aux plus démunis de la société un minimum de biens leur permettant de survivre.

Tout en saluant l'excellent travail fourni par les différents offices sociaux du pays et l'engagement impressionnant des travailleurs sociaux au cours des décennies passées, il est un fait qu'une certaine appréciation discrétionnaire et paternaliste était ancrée dans l'ancienne législation. Une aide consentie sur base d'une seule obligation morale conservait la notion de charité et le demandeur dépendait largement de la bonne volonté des organismes chargés de lui venir au secours. Le traitement des demandes de secours variait en plus de manière très importante suivant la commune ou l'office social auxquels elles étaient adressées. Cette forme d'assistance ne conférait ni droit ni moyen de réclamation. Des possibilités d'injustice ou d'inégalité de certaines décisions étaient quasiment inévitables.

L'adaptation d'une législation surannée s'est avérée nécessaire pour permettre une mise à niveau de l'aide sociale dans toutes les communes du Luxembourg et pour apporter ainsi cohérence et efficacité à un système de secours, tout en mettant fin à un certain potentiel d'arbitraire incompatible avec l'État de droit de nos jours et avec nos valeurs en matière de justice sociale. Ce besoin de modernisation et de professionnalisation s'est déjà fait ressentir à intervalles réguliers depuis les années 1930.

La nouvelle législation est ambitieuse en ce qu'elle instaure pour la première fois un véritable droit à l'aide sociale, qui se traduit en faveur des bénéficiaires par une aide leur permettant de mener une vie conforme à la dignité humaine, en assurant un accès aux biens et aux services adaptés à la situation individuelle de chacun. Le but ultime est de parvenir à acquérir et à préserver l'autonomie des personnes et des ménages qui sont dans le besoin. D'abord, chaque personne est ainsi en droit d'attendre de la collectivité, en tant qu'être humain, la garantie d'un minimum d'existence. Évidemment, l'aide sociale n'intervient que si la personne ne peut subvenir à ses besoins et toutes les autres sources d'aide disponibles ont été épuisées ou s'avèrent insuffisantes. Les prestations prévues par la loi sont dispensées de façon adaptée à chaque cas particulier et peuvent revêtir un caractère plus ou moins long, voire être assorties d'un accompagnement social du bénéficiaire d'aide. L'aide sociale entend remédier à une situation de détresse individuelle et précise. La « nouvelle » aide sociale est basée sur une évaluation précise de la situation du demandeur par un travailleur social, une mise au point concertée d'un plan d'action et une offre d'aide individualisée. Ce droit est assorti d'un droit de recours qui oblige l'office social à fournir une motivation détaillée de sa décision qui, elle, devra intervenir dans un délai déterminé.

L'aide sociale sera maintenue au niveau communal et distribuée, en principe, par 30 nouveaux offices sociaux qui devront fonctionner à partir du 1^{er} janvier 2011 avec un contingent en personnel social et administratif déterminé. La nouvelle législation a réussi à créer les instruments nécessaires au niveau local et régional pour une intervention concertée et coordonnée, précoce et efficace dans les situations de détresse.

Tout en sachant qu'il reste un long chemin à faire pour maîtriser tous les déterminants menant à l'exclusion, à la pauvreté et à la précarité, je suis convaincue que les nouvelles dispositions légales et réglementaires, et surtout le dynamisme et l'expérience des professionnels du terrain permettront de serrer davantage les mailles du filet social existant. ♦

(Service social de proximité), einen „Sozialdienst für Langzeitbegleitung“ (Service d'accompagnement social) sowie weiterer „Spezialdienste“ vereinfachte die Lage nicht. Aufgrund der staatlich konventionierten Globalfinanzierung dieser Dienste blieb eine enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Entscheidungsträgern aus, so dass die politische Bereitschaft zur Reform der Sozialämter auch seitens der Gemeinden stieg.

Im Zuge der Debatten über die Rolle des Staates (2001-2003), der Landesplanung (1999-2004), der Kompetenzverteilung zwischen Staat und Gemeinden (2003), des sozialen Zusammenhalts (2007) sowie der territorialen Reorganisation (2005-2009) kristallisierte sich ein wachsendes Interesse der Kommunalpolitiker an bürgernahen Sozialdiensten (etwa durch die Schaffung des „guichet unique social“), einer landesweit gleichwertigen Sozialinfrastruktur sowie ihrer zukünftigen solidarischen Finanzierbarkeit (etwa im Rahmen von „plans sectoriels services sociaux“) heraus. Somit war die Zeit reif, das „kommunale Sozialamt“ als Instrument kommunaler Fürsorge und Sozialpolitik wiederzubeleben.

Gemeinden als rehabilitierte Akteure der Sozialentwicklung

Das neue Gesetz dokumentiert demnach die wiedergewonnene Rolle der Gemeinden im „aktivierenden Sozialstaat“, soziale Aufgaben vor Ort stärker wahrzunehmen. Somit scheint auch die Expansion des Sozialwesens, die seit den 1970er Jahren quasi im Alleingang der Regierung vorangetrieben wurde (Seniorenpolitik, Pflegeversicherung, Mindesteinkommen, Arbeitslosenhilfe, Behindertenpolitik) einen Zenit erreicht zu haben. Mit der flächendeckenden Kinderbetreuung („maison relais“) sowie der Reorganisation der kommunalen Sozialhilfe wurden die Gemeinden gleichsam „über Nacht“ sowohl als „Alliierte“ gewonnen als auch in die Pflicht genommen, die langfristig v. a. auch finanzielle Folgen für die Gemeinden nach sich ziehen wird.

Das neue Gesetz zur kommunalen Sozialhilfe gibt nicht nur einen klaren strukturellen („établissement public“) und verwaltungstechnischen Rahmen (Personalschlüssel und Prozeduren) vor, sondern

erweitert die Aufgaben und Möglichkeiten sozialer Arbeit vor Ort. Artikel 7 beinhaltet einen breit interpretierbaren Aktionsrahmen für die zukünftigen Sozialämter: „L'office collabore avec toute personne, autorité ou service impliqués dans la situation des personnes en difficultés afin d'aboutir à des actions coordonnées, concertées et durables au niveau de la prévention et de la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale.“ Vieles hängt demnach von der lokalen Umsetzung in die Praxis ab. Das Office social kann weiterhin minimalistisch als Sozialkasse betrieben werden oder aber zu einem „kommunalen Sozialdienst“ avancieren, der eine abgestimmte Palette

Erstaunlich wenig wurde im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Frage nach der Qualifikation der Fachkräfte sowie generell der Qualitätssicherung gestellt.

von sozialen Dienstleistungen im Verbund mit anderen Hilffssystemen anbietet und koordiniert sowie präventive Maßnahmen auf der Ebene des Gemeinwesens (Region, Stadtviertel, Zielgruppe) anstößt und umsetzt. Wie in der Vergangenheit (cf. 1986) hat der Gesetzgeber auch nun einen Rahmen gesetzt, der Perspektiven öffnet, nicht aber vorschreibt. Der Innovationsgeist der sozialen Fachkräfte vor Ort und ihre Unterstützung auf behördlicher Ebene wird darüber entscheiden, ob das Office social kein weiteres Mal in einen sozialarbeiterischen und kommunalpolitischen Dornröschenschlaf versinkt.

Vergleich und Verbund mit anderen Hilfs- und Versorgungssystemen

Die Bestimmungen des neuen Gesetzes müssen im Kontext einer veränderten Landschaft wohlfahrtsstaatlicher Hilffssysteme betrachtet werden: 2006 wurde die Arbeitslosenhilfe (cf. „5611“) unter der Losung der „Aktivierung“ reformiert. 2008 wurde die Kinder- und Familienhilfe ergänzend zum Jugendschutz (1992) eingeführt u. a. mit dem Novum einer institutionsübergreifenden Fallkoordination sozialer Dienstleistungen („Coordinateur de projet d'intervention“). Die 2009 erfolgte Reform der Grundschule führte obligatorisch team-

basierte Prozesse im Bildungswesen ein und vernetzte die Inklusionsakteure im Rahmen der Commission d'inclusion scolaire, die eine „personne référent“ benennt. Derzeit neu geregelt werden die Bestimmungen in der Schulmedizin, die sich ebenfalls als Bindeglied und Referenzakteur an der Schnittstelle zwischen dem Bildungs- und Gesundheitswesen sieht. Demnach stellt sich die Frage nach der Vernetzung kommunaler Sozialhilfe mit anderen Hilfs- und Versorgungssystemen. Im Vergleich zur „Aide à l'enfance et à la famille“ vermochte man kein übergreifendes Fallmanagement verordnen, lediglich als Option wird es möglich. Die Lebenslagendimension „Arbeit und Beschäftigung“ könnte nur durch eine institutionelle Annäherung mit einer stärker regionalisierten/kommunalisierten Arbeitsmarktagentur erfolgen.

Die Praxis der kommenden Jahre wird zeigen, inwiefern eine vereinfachende/übergreifende Koordinierung „aus einer Hand“ der nun an mehreren Stellen eingeführten Fallkoordinationen vorgenommen werden muss, etwa im Rahmen der ASFT-Gesetzgebung. Beklagt wird in diesem Zusammenhang gerne die Bestimmung bezüglich des Berufsgeheimnisses, das mit dem neuen Gesetz zu Recht auf alle Mitarbeiter und Mitwirkende des Office social ausgedehnt wurde. Im Sinne abgestimmter Hilfsprozesse jedoch fehlt weiterhin eine gesetzliche Grundlage zur Weitergabe („partage de l'information“) personenbezogener Falldaten in Netzwerken.

Erstaunlich wenig wurde im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Frage nach der Qualifikation der Fachkräfte sowie generell der Qualitätssicherung gestellt. Im Unterschied zu Belgien sieht die luxemburgische Neuregelung keine Organisation und Hierarchie innerhalb des Service de travail social vor. Die Personalausstattung dieser kann mitunter stark variieren, so dass die nicht vorgesehene Funktion des Leiters neu zu bestimmen bleibt. Im Unterschied zu den französischen Fortbildungsdiplomen CAFDES (Certificat d'aptitude aux fonctions de directeur d'établissement ou de service d'intervention sociale) und CAFERUIS (Certificat d'aptitude aux fonctions d'encadrement et de responsable d'unité d'intervention sociale) werden die hiesigen Fachkräfte auf diese Führungsaufgaben

bislang wenig vorbereitet und begleitet. Im Unterschied zur reformierten Grundschule verfügt das Arbeitsfeld nicht über aufwendig begleitete Pilotprojekte, Evaluierungsstudien oder eine institutionalisierte Fortbildung. Ähnlich dem Paradigmenwechsel in der Grundschule vom Lehrer als „Einzelkämpfer“ zum „Teamworker“ steht in diesem Arbeitsfeld beispielsweise der Wechsel von der individuellen Fallarbeit hin zum teambasierten Fallmanagement bevor. Der Gesetzgeber hofft und vertraut auf die Erstausbildung und Selbstorganisation vor Ort: „L'office exerce les missions lui confiées en suivant les méthodes de travail social les mieux adaptées.“ Die Qualitätssicherung geschieht zunächst einmal durch die willkommenen und präzise gefassten Ausführungsbestimmungen zur Antragstellung, -bearbeitung, Aktenführung und Kommunikation mit dem Klienten.

Eine Debatte um interne/externe Qualitätskontrollen, um Standards oder Empfehlungen in der sozialen Betreuung oder Einbindung/Partizipation der Klienten steht noch aus. Im Unterschied zu Frankreich ist die Ausarbeitung arbeitsfeldspezifischer Tätigkeits-, Kompetenz- und Ausbildungsprofile für die hiesigen Fachkräfte bislang nicht vorangeschritten. Wünschenswert wäre zudem ein offiziellierter arbeitsfeldübergreifender berufsethischer Kodex.

Von der Assistenz zum „advocacy work“?

Zurecht wird das neu geschaffene Rekursrecht der Sozialhilfeempfänger beim Conseil arbitral betont. Es kann im Rahmen der internen Organisationsbestimmungen um Mediationsverfahren ergänzt werden, um mögliche juristische Klagen zu verhindern. Zu den Rechten der Hilfeempfänger gehört zudem die verankerte Akteneinsicht; mittels partizipatorischer Vorgehensweisen (z. B. bei der Erstellung personenbezogener Sozialdiagnosen) in der Hilfeplanung kann sich auch das bisherige Gefälle in der Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient zugunsten einer aktivierenden Motivation verändern. Strukturell sieht das Gesetz keine Nutzervertretung vor und überlässt es der lokalen Governance, wie sie eine Interessenvertretung dieser heterogenen Gruppe der Hilfeempfänger ermöglicht („assise/forum/comité des bénéficiaires“). Die

Schaffung eines Rechts auf Sozialhilfe eröffnet aber auch einen Raum für verstärktes „advocacy work“, z. B. in der unterstützenden Begleitung bei Rekursverfahren allgemein im Sozialwesen.

Eines der stärksten Argumente für die Reform war die große Disparität der Vorgehensweisen und gewährten Hilfen in den 116 Gemeinden, deren Intransparenz und stellenweise Willkür seitens der Sozialarbeit kritisiert und völlig korrekt als Ungerechtigkeit angeprangert wurde. Eine gerechte soziale Hilfe darf weder vom Wohnort, noch von der persönlichen Beurteilung einer Person abhängen, sondern vom festgestellten Bedarf bzw. der Bedürftigkeit. Das neue Gesetz möchte auf prozeduralem Weg

zu mehr Gerechtigkeit beitragen: durch landesweit einheitliche (Entscheidungs-) Verfahren. Der Handlungsspielraum vor Ort bleibt groß, denn einheitliche Hilfen mit einheitlichen Bemessungsgrundlagen („barèmes“) sind bislang nicht vorgesehen.

Das neue Gesetz zur kommunalen Sozialhilfe ist ein Meilenstein auf dem Weg zu kommunalen Sozialdiensten, die Teil der Basisinfrastruktur einer jeden Gemeinde sein sollen. Im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements sollte diesen eine privilegierte Stellung als lokalem Koordinationsakteur zufallen, auf der Ebene des einzelnen Falles („intervention d'aide à la personne“, ISAP) und der Sozialentwicklung („intervention sociale d'intérêt collectif“, ISIC). ♦

Regionale Sozialentwicklung im Landesnorden

Im Sommer 2005 startete eine Arbeitsgruppe der LEADER-Region Clerf-Vianden* ihre Überlegungen zur Sozialentwicklung im Landesnorden. Der Arbeitsgruppe gehörten kommunale Mandatsträger, sozialpädagogisches/-arbeiterisches Fachpersonal sowie Vertreter von Trägervereinen an. Die ausgearbeiteten Ideen wurden in fünf Phasen umgesetzt:

RESONORD I – Regional Sozialétude Norden (Oktober 2006-Dezember 2007)

Begonnen wurde mit einer regionalen Sozialstudie, die verfügbare Sozialdaten zusammenführte, soziale Bedarfe ermittelte und aufgrund einer Befragung der Gemeindeverantwortlichen mögliche sozialpolitische Maßnahmen auf (inter-)kommunaler Ebene auslotete.

RESONORD II – Réseau Social Norden (Mitte 2008-Mitte 2011)

Fortführung der Sozialberichterstattung und Umsetzung der zuvor gewonnenen Schlußfolgerungen: bessere Zugänglichkeit zu den Sozialdiensten, Professionalisierung durch interkommunales Sozialamt, regionale Koordinierung und Netzwerkbildung.

RESONORD III – Pilotphase zum Office social (Januar-Dezember 2010)

Eine 2009 ausgearbeitete Konvention zwischen den 14 Gemeinden ermöglichte es, ein Jahr früher mit der Umstellung zu beginnen und das zukünftige „Office social“ zu simulieren. Die Erkenntnisse dienen den landesweit laufenden Vorbereitungen zur Umstellung. Seit September steht das Team der Fach- und Verwaltungskräfte.

RESONORD IV – Guichet unique social (2010)

Den Zugang zu Sozialdiensten soll eine web-basierte soziale Anlaufstelle im zukünftigen Sozialamt vereinfachen. Das „Sozialportal“ geht im Dezember als Teil des „guichet unique social“ online.

RESONORD V – Regionale Sozialzenter Norden (ab Januar 2011)

Als regionaler Sozialdienst funktioniert das interkommunale Sozialamt RESONORD ab Januar 2011 mit Sitz in Hosingen (Zweigstellen in Wintger und Vianden) und ist in ein Service de travail social und einen Service de coordination sociale gegliedert. Aufgabe der Sozialkoordinierung ist u. a. das regionale soziale Netz(werk) und (präventive) Maßnahmen zur regionalen Sozialentwicklung.

CS

* Die Planungsregion zählt derzeit 21 294 Einwohner in den Gemeinden Clerf, Consthun, Eschweiler, Heinerscheid, Hoscheid, Hosingen, Kiischpelt, Munshausen, Pütscheid, Tandel, Ufflingen, Vianden, Weiswampach und Wintger.

Klaus Schneider

Flexibilität, Beschäftigungsfähigkeit und Armut

Prekarisierung in einer dynamisierten Arbeitswelt

Armut, Arbeitsmarkt und Prekarisierung

Die Schlagworte Weiterbildung, Anpassungsfähigkeit, Mobilität und Flexibilität werden in der aktuellen Armutsdebatte kontrovers diskutiert. Unbestritten destabilisieren der Strukturwandel und die fortschreitende Modernisierung der Arbeitsgesellschaft die Erwerbsperspektiven von Arbeitsuchenden, die häufig trotz Qualifikation und Motivation keine Arbeit finden. Heute garantieren weder Berufserfahrung noch besondere Fähigkeiten oder formale Kompetenzen eine kontinuierliche Beschäftigung, so dass lebenslanges Lernen, Flexibilität und berufliche Mobilität für die existentielle Sicherung durch Erwerbsarbeit keine Option, sondern eine Obligation darstellen.

Während 3/4 der arbeitenden Bevölkerung in Luxemburg über ein gesichertes Einkommen verfügen, erwirtschaftet das untere Viertel der Erwerbstätigen (wenn überhaupt Arbeit vorhanden ist) aufgrund prekärer Beschäftigungssituationen nur das Lebensnotwendigste. Diese Dynamik des Arbeitsmarktes und die zunehmende Prekarisierung von Beschäftigung führen zu einer Diskontinuität von Erwerbsverläufen, die die Lebenswelt einer neuen Gesellschaftsschicht prägen.¹ „Wir können die Prekariert mithin als Grenzgänger einer veränderten

Arbeitswelt beschreiben. Sie bewegen sich durch das unwegsame Gelände von Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten Tätigkeiten und staatlichen Unterstützungsleistungen. Sie stehen nicht nur sporadisch oder periodisch, sondern dauerhaft zwischen Arbeitslosigkeit und Armut trotz Erwerbstätigkeit hin- und hergeworfen, sie kämpfen um Aussicht auf stabile Beschäftigung und gegen berufliche bzw. arbeitsweltliche Ausschlussdynamiken“ (Vogel 2008: 15). Damit rückt die ehemals existenzsichernde Funktion der Erwerbsarbeit sowie die Kopplung von Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe für immer mehr Menschen in weite Ferne. Dies trägt zu einem Anstieg diskontinuierlicher Erwerbsverläufe bei, die „keine Ausnahmeerscheinung darstellen, sondern zur Normalität geworden sind“ (Schaeper et al. 2000: 80).

Die Kopplung von Arbeitslosigkeit und Armut führt dazu, dass 52 % der Arbeitssuchenden in Luxemburg einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Neben dieser Gruppe weisen Alleinerziehende sowie kinderreiche Familien mit 44 % eine überproportionale Armutsgefährdung auf. Trotz der hohen Sozialleistungen und der im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Löhne und Beschäftigungsquote berechnet die OECD für Luxemburg ein Armutsrisiko von 13 %. Wenngleich dieser Wert unter dem Durchschnittswert der europäischen Union liegt, so stellt dies eine

große Herausforderung für den luxemburgischen Staat dar.² Ein weiterer Kennwert im Kontext der Prekarisierung ist die seit Jahren zunehmende Arbeitslosigkeit. Zwar ist die Zahl der Arbeitsuchenden gegenüber dem Höchststand im Februar 2010 von 16 649 auf 15 140 Personen im Juli 2010 gefallen und die sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitnehmer konnten auch im Jahr 2010 zulegen.³ Jedoch verweist der langfristige Trend auf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation für benachteiligte, gering qualifizierte Arbeitskräfte und markiert immer mehr heimische geringqualifizierte Arbeitskräfte trotz Wirtschaftswachstum als *Nichtproduktive* und *Überflüssige* (Böhnisch/Schröer 2001).⁴ Im Folgenden sollen einige Dimensionen der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik kurz dargestellt werden.

Employability, Flexicurity und lebenslanges Lernen

Im Jahr 2000 wurden im Rahmen der Lissabon-Strategie die Eckpfeiler einer europäischen Wirtschaftspolitik festgelegt. Die Zielsetzung dieser Strategie besteht darin, Europa zu einer wettbewerbsfähigen, auf Wissen basierten Ökonomie zu

Klaus Schneider, Dipl. Pädagoge, ist Leiter des Kompetenzzentrums bei Inter-Actions.

generieren. Die Ausrichtung dieser Strategie findet in der neuen Agenda EUROPE 2020 ihre Fortsetzung und soll Europa ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, gute Arbeitsbedingungen und soziale Kohäsion in einem globalisierten Markt garantieren.⁵

Die Evaluation der sozialen Dimension erfolgt mit den 2001 in Laeken entwickelten Strukturindikatoren. Die Auswertung der sog. Laeken-Indikatoren in den Mitgliedsstaaten als multidimensionales Monitoring-System der Sozialen Kohäsion ermöglicht auch die Umsetzung und Prüfung der sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Die 18 Indikatoren verteilen sich auf die Dimensionen Armut, Gesundheit, Bildung und Beschäftigung und werden über das Europäische Haushaltspanel (European Community Household Panel) ermittelt.⁶

Beide EU-Strategien gründen auf einem eingeschränkten Zugang zu den Ressourcen und Kompetenzen der Wissensgesellschaft. Folglich setzen Fortschritt und nachhaltige Wachstumspolitik einer auf Wissen und Technik basierenden globalen Ökonomie auch die Befähigung und Beteiligung aller Bürger voraus.⁷ Eine digitalisierte, hochtechnisierte Lebens- und Arbeitswelt erfordert demnach Menschen, die ihre Kompetenzen umzusetzen wissen und hiermit die Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung der digitalen Moderne garantieren.

Die Beschäftigungsfähigkeit⁸ (Employability) ist ein arbeitsmarktfixierter Begriff, der die ökonomisch orientierte Nutzung von Fertigkeiten und Fähigkeiten hervorhebt. Sie definiert sich über die Anpassung an potentielle Vermittlungsperspektiven und somit über die Qualifizierung und Aktivierung Arbeitsuchender unter Nutzung vorhandener Ressourcen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und deren potentielle Verwertbarkeit hinsichtlich einer (Re-)Integration in den ersten Arbeitsmarkt. In seinem Kern enthält das Konzept der Employability eine Forderung an arbeitsuchende Menschen: Sie sollen sich selbst durch Anpassungsleistungen und durch die Verwertung verfügbarer Ressourcen eine Arbeitsaufnahme erschließen. Damit entscheidet insbesondere die soziale Herkunft darüber „wer welche Zugänge zu den Gütern hat, die für die Ausbildung seines Humankapitals entscheidend sind. Soziale Gerechtigkeit wird damit einer-

seits biografiziert und andererseits zu einer Frage der potentiellen Nutzungsmöglichkeit von Ressourcen im Wettbewerb“ (Lenz et al. 2004: 52).

Flexicurity

Im Zuge der destandardisierenden Entwicklungstendenzen der modernen Arbeitsgesellschaft wird Mobilität (Loslösung sowohl vom sozial-räumlichen Bezugsfeld als auch von der betrieblichen Zugehörigkeit) zu einer Voraussetzung der Beschäftigungsfähigkeit. Die seit 20 Jahren geführte Flexibilisierungs- und Mobilitätsdebatte, die den europäischen Ansatz der Flexicurity entstehen ließ, soll die interne und die Inramobilität zwischen einzelnen Beschäftigungsverhältnissen mittels sozialer Absicherungs- und Stützsyste abfedern (Vobruba

Die Kopplung von Arbeitslosigkeit und Armut führt dazu, dass 52 % der Arbeitsuchenden in Luxemburg einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind.

2007). Damit wird einerseits die flexible Anpassung und die Bereitschaft zum beruflichen Wechsel als präventive Maßnahme zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit gefördert und gleichzeitig die soziale Sicherheit von Betriebs- und Ortswechsel mithilfe eines starken Sozialsystems ermöglicht werden. So fordert die EU ihre Mitgliedsstaaten auf, „ihre nationalen Flexicurity-Konzepte – wie vom Europäischen Rat vereinbart – umzusetzen, um die Segmentierung des Arbeitsmarktes abzubauen und Übergänge sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu erleichtern“ (KOM 2010: 23). Die durch die EU-Kommission festgelegten Rahmenbedingungen der Flexicurity sollen die Anpassung an die sich verschärfende und zunehmend flexibilisierte globale Wettbewerbssituation garantieren. Ein Beispiel der erfolgreichen Umsetzung der Flexicurity ist die dänische Arbeitsmarktpolitik.⁹

Kritisch betrachtet ist der Begriff Flexicurity Kennzeichen einer gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber prekären Erwerbsbiographien und der Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen (Mansel 2001).

Lebenslanges Lernen und die zukünftigen Generationen

Während Wissen immer schneller veraltet und lebenslanges Lernen propagiert wird, werden Jugendliche im Verlauf der schulischen Sozialisation immer noch mit dem Anspruch konfrontiert, verwertbares Wissen für ihre Zukunft aufzubauen. Die Unvorhersehbarkeit zukünftiger Berufswege macht die Planung und damit auch die Inhalte schulischer Curricula zu einem Balanceakt, der sich zwischen elementarer Wissensvermittlung und flexibler zukunftsorientierter Vermittlungen von Schlüsselqualifikationen bewegen muss. Neben den Hard-Skills haben Soft-Skills für die Anpassung an die sich rasant verändernde Arbeitswelt der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft eine große Bedeutung. Ralf Dahrendorf hat darauf hingewiesen, dass sog. „extra-funktionale Fertigkeiten“ den Vollzug moderner Produktionsverfahren effektiver gestalten können und bereitet damit den Weg für die Mitte der 1970er Jahre geführten Diskurs zu den Schlüsselqualifikationen. Neben der Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten wird die moderne Schule das überfachliche Wissen, die Befähigung zur Selbstbestimmung und zum eigenständigen Lernen sowie Kulturtechniken und Persönlichkeitsentwicklung beinhalten.

Alternative Perspektiven: Capability Approach und Handlungsbefähigung

Nach dem Konzept des Capability Approach stellt der Verlust einer Arbeit auch über den Verlust des Einkommens hinaus eine maßgebliche Reduzierung an Verwirklichungschancen dar. „Es gibt eine Reihe von Belegen dafür, dass Arbeitslosigkeit viele weitreichende, über die unmittelbare Einkommenseinbuße hinausgehende Auswirkungen hat, etwa psychische Beeinträchtigung, Verlust an Arbeitsmotivation, Können und Selbstvertrauen, Zunahme von körperlichen Leiden und Kränklichkeit“ (Sen 2000). Eine weitere Einschränkung wird unter dem Stichwort der adaptiven Präferenzen diskutiert: Personen, die unter Lebensbedingungen der Armut und Ausgrenzung leben, fügen sich häufig in ihr unvermeidbares Schicksal und können keine über die Lebenssituation hinausgehenden Wünsche entwickeln. Aufgrund dieser adaptiven Präferenzen werden

Verwirklichungschancen reduziert, die Orientierung an gesellschaftlich determinierten Lebensbedingungen verstärkt und die Ausgestaltung von Alternativen blockiert.¹⁰ Demnach unterstützen adaptive Präferenzen die Akzeptanz objektiver Armut, so dass subjektives Erleben von Armutssituationen nicht mit subjektiv empfundenem Unglück einhergehen muss. Während der Capability Approach Armut als Mangel an Verwirklichungschancen definiert, operieren klassische Armutsdefinitionen mit ökonomischen Indikatoren zur Definition von absoluter und relativer Armut. Absolute Armut ist gekennzeichnet durch eine Unterversorgung an basalen Gütern, die eine Bedrohung der Existenz darstellt. Relative Armut wird als Unterschreitung eines definierten Mindest-Haushaltseinkommens festgelegt und beträgt in Europa 60 % des Medianwerts des Einkommens in einem Staat. Die Personen, die unter dieser Armutsschwelle leben, werden als „arm“ eingestuft. Dabei kennzeichnet die Festsetzung der Armutsgrenze auf 60 % des Medianeinkommens eine gewisse Willkür in der europäischen Armutsberichterstattung. Prinzipiell entscheidet ein Euro über oder unter dieser Grenze hinsichtlich der Zuordnung von Personen in die Gruppe der von Armut Betroffenen. Diese Erfassung der Armutsquote kann erheblich von der subjektiven Beurteilung der Betroffenen abweichen. Darüber hinaus kann eine auf nationaler Ebene berechnete Armutsquote die regionalen und lokalen Unterschiede in der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen nicht darstellen. Die meisten empirischen Studien beschäftigen sich mit der Korrelation zwischen dem Einkommen und dem Wohlergehen. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern ein Einkommen, das über dem Wert von 60 % des Medianeinkommens liegt, den Kriterien des Wohlergehens bzw. Wohlbefindens entspricht. Die Willkür in der Festlegung des Armutsrisikos offenbart sich hier besonders, da Wohlergehen nicht durch ein Stufenmodell erklärt werden kann und sich nicht auf eine Dimension reduzieren lässt. *„Average utility is an imprecise number, which does not tell us enough about different types of people and their relative social placement“* (Nussbaum 2007: 72).

Die Perspektive des Capability Approach ist jedoch breiter angelegt: Sein operativer Kern besteht in der Befähigung zu einem

gelingendem Leben. Martha Nussbaum orientiert sich mit dieser Begrifflichkeit an dem sozialdemokratischen, liberalen Aspekt der aristotelischen Gerechtigkeitstheorie. Sie bezieht sich auf die von Aristoteles formulierte Aussage, dass der Zustand des Staates an der Konstitution gesellschaftlicher Bedingungen zu bewerten sei, die allen Menschen ein glückliches und gutes Leben gewähren. Dabei ist nicht allein die Gewähr einer Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch die Befähigung eines Jeden zum Führen eines guten menschlichen (gelingenden) Lebens zu berücksichtigen (Nussbaum 1999).

Personen, die unter Lebensbedingungen der Armut und Ausgrenzung leben, fügen sich häufig in ihr unvermeidbares Schicksal und können keine über die Lebenssituation hinausgehenden Wünsche entwickeln.

Damit geht der Capability Approach zurück auf Theorien und Forderungen von Adam Smith¹¹ und Karl Marx¹² und appelliert an die Politik, allen Menschen die Freiheit zu gewähren, ihre individuelle Lebensvorstellung zu verwirklichen. *„Staat und Gesellschaft kommt die große Verantwortung dafür zu, die menschlichen Verwirklichungschancen zu erweitern und zu schützen“* (Sen 2000: 70). Nach dem Ideal des Capability Approach bleibt es also den einzelnen Menschen vorbehalten, sich im Rahmen institutionell zu garantierender Dispositionen für die individuelle Nutzung oder Umsetzung von Verwirklichungschancen zu entscheiden. Neben der freien Entscheidung des Einzelnen und der individuellen Verwirklichung von Fähigkeiten setzt der Verwirklichungsansatz auch die Beteiligung der Bürger/innen an demokratischen Prozessen voraus (Sen 2000, Nussbaum 1999).

Im Gegensatz zum Konzept der Employability werden Forderungen primär an den Staat und an die Politik adressiert und in geringerem Maße an den Einzelnen. Die Ansprüche an die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und an die Schaffung gesellschaftlicher Zugänge liegen damit um einiges höher.

Schlussfolgerungen

Aufgrund des Mangels an finanziellen, sozialen oder auch psychischen Ressourcen sind die Herausforderungen einer individualisierten und entgrenzten Arbeitsgesellschaft vor allem für bildungsbenachteiligte Personen mit dem Risiko sozialer Deprivation verbunden. Die Nutzung von Ressourcen und die Stärkung des Selbstvertrauens unterstützen einen proaktiven Umgang mit der Arbeitslosigkeit. Gleichsam sollten die Trägerstrukturen (sprich Beratungsstellen, Arbeitsamt, Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger sowie andere Akteure) sich nicht allein auf kompensatorische Unterstützungsleistungen konzentrieren, sondern die Handlungsbefähigung des Einzelnen zur Bewältigung diskontinuierlicher Biographien und zur selbstbestimmten Lebensführung unterstützen. Ein wichtiger Indikator für den Erfolg der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist die Vernetzung der Strukturen und die Koordination der sozialpädagogischen Angebote mit den beschäftigungsfördernden Strukturen des Arbeitsamtes zur subjektorientierten, nachhaltigen Entwicklung, Qualifizierung und Beschäftigung.

Im Kontext der anvisierten Reformierung der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens sollten die aufgezeigten theoretischen Dimensionen einer handlungsbefähigenden Sozial- und Beschäftigungspolitik als mögliche Perspektiven in die politische Diskussion eingeführt werden. ♦

1 Siehe Dörre 2010 & Bonß 2000

2 EUROSTAT 2010

3 Aufgrund dieser strukturellen Arbeitslosigkeit wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,5 % im Jahr 2012 und eine Schuldenentwicklung der öffentlichen Hand von 14,9 % im Jahr 2009 auf über 37,4 % des BIP im Jahr 2014 prognostiziert, wodurch die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zusätzlich erschwert wird. Unberücksichtigt bleiben Grenzgänger und Arbeitnehmer, die nach Vertragsende in ihre Heimat zurückkehren und ihr Arbeitslosengeld im Ausland beantragen. Ein neues Gesetz wird ab dem 1.5.2012 den Anspruch auf Arbeitslosengeld für alle EU-Bürger umsetzen. Weiterhin melden sich ca. ¼ aller Arbeitssuchenden in Luxemburg nicht bei der ADEM (LW, 1.12.2009). „Parmi les chômeurs étrangers, 78 % se sont inscrits à l'ADEM en 2008 contre 63 % des chômeurs luxembourgeois“ (Frising/Reichmann 2009: 2).

4 Gouvernement 2010

5 Der in der Lissabon-Strategie formulierte Aspekt der sozialen Kohäsion soll mittels Wirtschaftswachstum und Aktivierung des Humankapitals realisiert werden.

6 1. Armutsgefährdungsquote, 2. Ungleichheit der Einkommensverteilung, 3. Quote der dauerhaften Armutsgefährdung, 4. Relative Armutsgefährdungslücke, 5. Regionaler Zusammenhalt, 6. Langzeitarbeitslosenquote, 7. Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten, 8. Schulabbrecher, 9. Lebenserwartung, 10. Eigene Gesundheitswahrnehmung nach Einkommensniveau, 11. Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle, 12. Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung, 13. Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen, 14. Quote der dauerhaften Armutsgefährdung, basierend auf 50 %-Schwellenwert, 15. Ungleichheit der Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient), 16. Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, 17. Extrem-Langzeitarbeitslosenquote, 18. Personen mit niedrigem Bildungsstand, nach Alter und Geschlecht. Zur Diskussion der Laeken-Indikatoren siehe Salais (2004).

7 Vgl. Rothe 2008

8 Im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde der Begriff der Employability mit dem Ziel einer EU-weit einheitlichen Beschäftigungspolitik definiert. „Der erste Gemeinsame Bericht über die soziale Eingliederung und die Festlegung eines Bündels gemeinsamer Indikatoren sind wichtige Elemente der in Lissabon festgelegten Politik zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Eingliederung, auch im Gesundheits- und Wohnungswesen“ (Europäischer Rat 2001: 8).

9 Hierzu Jensen 2009

10 Diesen Aspekt hat Lazarsfeld in seiner quantitativen Studie zur Berufswahl Jugendlicher bereits 1931 dargestellt: „Der sozial benachteiligte junge Mensch hat weniger gesehen, weniger gelesen, von weniger gehört, hat in seiner ganzen Umgebung weniger Veränderung erlebt als der sozial bevorzugte und ‚weiß‘ also einfach weniger Möglichkeiten. (...) Dann kann man nämlich sagen: je sozial bedrückter eine Gruppe ist, um so weniger weitgreifend, um so lahm und von vornherein bescheidener ist die Berufswahl ihrer Kinder. (...) Und die Differenz zwischen objektiver und psychischer Umgebung scheint eben mit der sozialen Benachteiligung zu wachsen“ (Lazarsfeld 1931: 19).

11 Der schottische Philosoph und Nationalökonom Adam Smith hat bereits 1776 auf die relativen Aspekte von Armut hingewiesen und diese konkretisiert. Ein Beispiel relativer Armut ist nach Smith (1974) die Fähigkeit, sich in der Öffentlichkeit ohne Scham zeigen zu können („appearing in public without shame“) und soziale Ausgrenzung sowie weiterführende Deprivation (Kontaktverlust, Arbeitslosigkeit, kultureller Zugang usw.) zu vermeiden. „The ability to live a life without being ashamed of one's clothing, etc., is another that has been seen as important, going back at least to Adam Smith and Karl Marx“ (Sen 1985: 46). Sen verdeutlicht die relative Betrachtungsweise von Armut anhand realisierbarer Funktionen: „In the richer countries, the functionings involving longevity, nourishment, basic health, avoiding epidemics, being literate, etc., may have less variation from person to person, but there are other functionings that vary a great deal. The ability to entertain friends, be close to people one would like to see, take part in the life of the community, etc., may vary a good deal even within a rich country, such as the USA or the UK“ (Sen 1985a: 46).

12 Das materialistische Modell von Marx geht von einer monokausalen Ungleichheit der Klassen infolge der ungleichen Verteilung von Kapitalbesitz aus.



Literatur

Bonß, W. (2000): Was wird aus der Erwerbsgesellschaft. In: Beck, U. (Hg.) (2000). *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt a.M. 327-415.

Böhnisch, L./Schröer, W. (2001): *Pädagogik und Arbeitsgesellschaft. Historische Grundlage und theoretische Ansätze für eine sozialpolitisch reflexive Pädagogik*. Weinheim & München.

Dörre, K. (2010): „Die neue Landnahme: Prekarisierung und Finanzmarktkapitalismus“. In: *neue praxis* 1/2010. 5-24.

Europäischer Rat (2000): *Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 23. und 24. März 2000. LISSABON* www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (Zugriff am 10.5.2010)

EUROSTAT (2010): *Statistics in focus 9/2010. Population and social conditions*, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-009/EN/KS-SF-10-009-EN.PDF (Zugriff am 21.7.2010)

Frising, A./Reichmann L. (2009): *Regard sur le chômage. Qui s'inscrit à l'Administration de l'emploi?* Bulletin du STATEC N° 3-2009. STATEC: Luxembourg.

Gouvernement (2010): *11th Update of the Luxembourg Stability and Growth Programme for the Period 2009-2014*. www.mf.public.lu/publications/programme/11e_progr_stability.pdf (Zugriff am 1.5.2010)

Jensen, N. R. (2009): „Social work in restructured European welfare systems“. *European Journal of Social Work*. 12 (4).

KOM, Europäische Kommission (2010): *EUROPA 2020. Mitteilung der Kommission. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. Brüssel.

Lazarsfeld, P.F. (1931): *Jugend und Beruf*. Jena.

Lenz, K./Scheffold, W./Schröer, W. (Hg.) (2004): *Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe*. Weinheim & München.

Luxemburger Wort vom 1.12.2009

Mansel, J. (2001): „Neue Ängste Jugendlicher?“. In: Mansel, J./Schweins, W./Ulbrich-Herrmann, M. (Hg.)

(2001): *Zukunftsperspektiven Jugendlicher. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen als Herausforderung und Bedrohung für die Lebensplanung*. Weinheim und München. 72-88.

Nussbaum, M. C. (1999): *Gerechtigkeit und das gute Leben*. Gender Studies. Frankfurt a. M.

Nussbaum, M. (2007): *Frontiers of Justice: Disability, Nationality, Species Membership*. Harvard.

Rothe, G. (Hg.) (2008): *Berufliche Bildung in Deutschland. Das EU-Reformprogramm „Lissabon 2000“ als Herausforderung für den Ausbau neuer Wege beruflicher Qualifizierung im lebenslangen Lernen*. Karlsruhe.

Salais, R. (2004): „La politique des indicateurs. Du taux de chômage au taux d'emploi dans la stratégie européenne pour l'emploi (SEE)“. In: Zimmermann, B. (Hg.) (2004): *Action publique et sciences sociales*. Paris.

Schaeper, H./Kühn, T./Witzel, A. (2000): *Diskontinuierliche Erwerbskarrieren und Berufswechsel in den 1990ern: Strukturmuster und biografische Umgangsweisen betrieblich ausgebildeter Fachkräfte*. Heft 1. Nürnberg. 80-100.

Sen, A. K. (1985a): *Commodities and capabilities*. Amsterdam.

Sen, A.K. (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München u. Wien.

Smith, A. (1926): *Theorie der ethischen Gefühle*. Bd. 1. Hamburg.

Smith, A. (1974): *Der Wohlstand der Nationen*. München.

Vogel, B. (2008): „Prekarität und Prekariat – Signale neuer sozialer Ungleichheit“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. 33-34/2008. 12-18.

Vobruba, G. (2007): *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen: Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft*. 2. Aufl.. Wiesbaden.

Roland Maas

L'insertion professionnelle des jeunes non qualifiés à Esch/Alzette¹

Malgré une croissance économique hors du commun depuis des années au Luxembourg, certes freinée par la crise économique actuelle, le marché du travail luxembourgeois connaît des problèmes structurels qui s'expriment, entre autres, par des taux de chômage catégoriels élevés.

Par exemple, en se focalisant sur les jeunes, le taux de chômage concernant cette catégorie de la population résidente souligne la surexposition des moins de 25 ans à une situation de chômage : 16,9 % en 2009², contre 5,2 % pour toute la population. Le taux de chômeurs n'ayant pas dépassé le niveau de formation du primaire ou du premier cycle de l'enseignement secondaire était de 8,2 % en 2009. À cela s'ajoute que la part des demandeurs d'emplois résidents inscrits en fin de mois à l'ADEM et n'ayant pas dépassé le niveau inférieur de la scolarité obligatoire s'élevait fin juillet 2010 à 48,3 %³.

Face aux objectifs déclarés par la stratégie Europe 2020 et à la transition socioéconomique que connaît la société luxembourgeoise dans l'ère postindustrielle, avec comme nouveau moteur économique la connaissance, le savoir (formel, voire informel) ainsi que l'innovation, le manque de qualification et le manque d'expériences professionnelles valorisantes deviennent d'autant plus pénalisants que le processus de cette transformation gagne en vitesse.

D'ailleurs, le dernier rapport sur le décrochage scolaire au Luxembourg concernant l'année scolaire 2007/2008⁴ du ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle indique que, malgré une baisse du décrochage permanent par rapport à l'année 2003/2004, le nombre des décrocheurs ayant quitté l'école pour un emploi ou une mesure d'emploi a fortement diminué et que celui des décrocheurs sans aucune occupation a augmenté.

En se focalisant sur les jeunes, le taux de chômage concernant cette catégorie de la population résidente souligne la surexposition des moins de 25 ans à une situation de chômage.

La persistance de la problématique des jeunes chômeurs, notamment des jeunes chômeurs non qualifiés, nous invite à revenir sur une étude⁵ que la Ville d'Esch/Alzette avait commanditée au CEPS/Instead en 2005 à propos de l'insertion des jeunes chômeurs non qualifiés. Certes, depuis la réalisation de l'étude, plusieurs grandes réformes (formation professionnelle, formation continue, mesures d'emploi pour jeunes, réforme de l'ADEM) ont changé l'environnement institutionnel agissant sur les trajectoires d'insertion des jeunes, mais les expériences vécues par les jeunes restent d'actualité.

L'objectif final de cette recherche était d'améliorer et de faciliter le système de guidance des services sociaux concernés par l'insertion professionnelle des jeunes non qualifiés à Esch/Alzette. Dans ce but, il s'agissait alors d'identifier, de décrire et de comprendre les réseaux d'insertion professionnelle utilisés par les jeunes sortis du système scolaire sans qualification. D'emblée, le recours à une analyse qualitative pour répondre à cette question de recherche s'est imposé. Le champ de recherche était constitué de vingt-sept entretiens avec des jeunes âgés de 16 à 29 ans sortis du système de formation sans diplôme, ces expériences subjectives complétant ainsi les données quantitatives et les indicateurs existants. La problématique de l'insertion est abordée sous deux angles : d'abord du point de vue de la trajectoire individuelle d'insertion dans son ensemble et ensuite du point de vue séquentiel en s'attardant sur chaque étape clé de l'insertion. La prise en compte des récits de jeunes sans qualification ayant réussi à trouver un emploi a permis de comparer leurs démarches de recherche d'emploi à celles des jeunes en situation de non-travail. L'intérêt de cette méthodologie est d'exposer une multitude de situations, de manières et d'actions, afin de dégager les principaux dénominateurs communs aux expériences de travail et du chômage des jeunes sans qualification⁶.

Roland Maas est chardé d'études au CEPS/Instead.

Une typologie des parcours d'insertion professionnelle

Notre première démarche d'analyse nous a permis de dégager une typologie⁷ des parcours d'insertion professionnelle des jeunes sans qualification.

En premier lieu, *l'insertion rapide* (type 1) regroupe les jeunes qui connaissent un accès direct ou assez rapide à l'emploi. Leur situation peut être considérée comme stable, puisqu'ils occupent le même emploi depuis des années. *L'insertion indirecte* (type 2) désigne les jeunes qui ont finalement retrouvé une situation d'emploi stable, mais ceci après une période de recherche plus longue que le premier groupe. Le troisième groupe de jeunes identifiés, caractérisé par un *cumul d'activités* (type 3) représente ceux qui accumulent les petits contrats ou mesures et connaissent des phases de chômage sans jamais se stabiliser. Ce type d'insertion est caractérisé par trois variantes : *le cumul d'activités et l'insertion précaire*, *le cumul d'activités et le risque d'exclusion*, notamment lorsqu'il n'y a pas de relais familial et, enfin, *le cumul d'activités et sa variante féminine*, avec des interruptions de parcours professionnels ou scolaires suite à la naissance d'un enfant.

Finalement, le dernier type d'insertion concerne les jeunes qui n'ont *ni cumul de mesures ni activités* (type 4). Ce dernier type de parcours est marqué par l'absence de participation à une mesure pour l'emploi et par l'absence d'expérience de travail. Il s'agit pour la grande majorité de jeunes âgés entre 18 et 21 ans. Ils ont quitté depuis un certain temps l'école et n'ont connu que le Centre national de formation professionnelle continue (CNFPC) comme encadrement. Cette situation est bien entendu due à leur jeune âge et à leur courte trajectoire, mais ils se retrouvent seuls face à leur situation.

En analysant cette typologie de près, plusieurs éléments ressortent. D'abord, nous avons constaté que les plus jeunes (16-21 ans) semblent être beaucoup plus confrontés aux problèmes d'accès à un emploi, surtout en ce qui concerne l'accès à un apprentissage, que les moins jeunes, et bien que ces derniers aient aussi connu des pé-

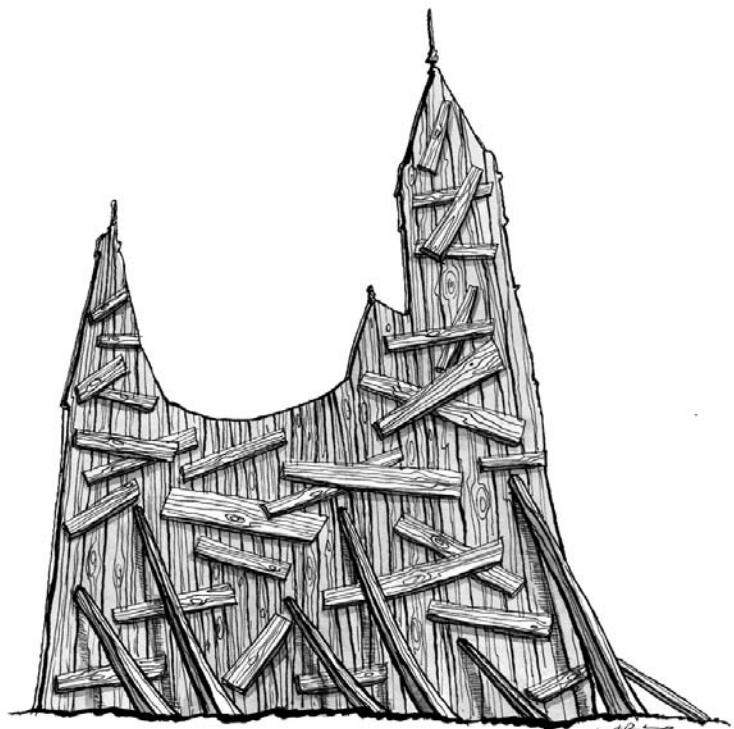
riodes de recherche, leur insertion semble avoir été beaucoup plus rapide (type 1, 2 ou 3). Les plus jeunes se retrouvent donc plutôt dans le type 4.

Ensuite, le fait d'avoir une famille à sa charge influence fortement les parcours d'insertion. Devoir subvenir à ses propres besoins contraint les individus concernés (notamment les jeunes mères de famille) à ne pas pouvoir suivre un apprentissage au vu de la pression financière ou morale exercée sur eux. Le besoin d'un « vrai » salaire s'exprime par une insertion rapide qui vide de sens le terme d'emploi « approprié », puisque ces personnes acceptent les premiers emplois qui se présentent. Par conséquent, ces individus se retrouvent dans le type 1 (ou le type 3), et aucun ne poursuit un apprentissage. Le fait d'être « soutien de famille » peut donc être considéré comme un vecteur d'insertion.

Une troisième entrée d'analyse s'est imposée en prenant en compte la nationalité des jeunes interviewés. Présents dans les quatre profils, les étrangers s'insèrent parfois mieux, parfois moins bien que les Luxembourgeois. Deux phénomènes

semblent s'équilibrer : les moindres compétences linguistiques des étrangers semblent être compensées d'une part par une motivation plus grande de « réussir », propre aux immigrés et, d'autre part, on peut supposer des attentes salariales plus faibles par rapport aux résidents. D'ailleurs, l'étude montre que les difficultés linguistiques touchent autant les immigrés que les Luxembourgeois. Finalement, dans le contexte de cette étude, il était impossible de dégager un profil propre à l'insertion des étrangers, mais les particularités de leurs trajectoires méritent une recherche à part.

Un dernier facteur qui, selon l'analyse effectuée, influence les parcours d'insertion concerne les attentes quant au type d'emploi recherché. En effet, les individus regroupés sous le type 1 et 2 ont cherché un emploi sans condition par rapport au contenu du travail et du salaire. Ils se référent plutôt positivement à leur emploi en termes de rythme de travail, d'ambiance ou de possibilités d'évoluer. En revanche, ceux qui ne sont pas encore insérés (type 3 et 4) ne cherchent pas tous un emploi. Certains sont à la recherche d'un apprentissage,



mais se heurtent à des difficultés qui rend leur projet professionnel flou, et ceux qui recherchent un emploi énoncent un certain nombre de réserves par rapport aux conditions de travail.

L'analyse des méthodes de recherche d'emploi nous a permis de souligner trois tendances : premièrement, ceux qui ont un emploi ont fait appel à leurs relations familiales ou amicales et ont aussi effectué des démarches spontanées auprès des entreprises (type 1 et 2). Ceux qui ont eu recours uniquement à l'ADEM ne sont pas insérés, parce qu'ils sont soit dans une mesure, soit dans un emploi pas satisfaisant (type 3 et 4).

Deuxièmement, ceux qui n'ont pas encore diversifié leurs modes de recherche ont peu, sinon pas d'expérience professionnelle (surtout les jeunes, type 4). Troisièmement, les individus du type 1 et 2 ont effectué des démarches actives et anticipatives de recherche d'emploi, ce qui leur a permis d'assurer la continuité de leur activité après l'expiration des mesures temporaires, notamment pour éviter des périodes d'inactivité.

Les étapes clés du parcours d'insertion des jeunes

L'étude réalisée auprès des jeunes a permis de mettre en évidence un certain nombre d'étapes clés caractérisant les parcours d'insertion.

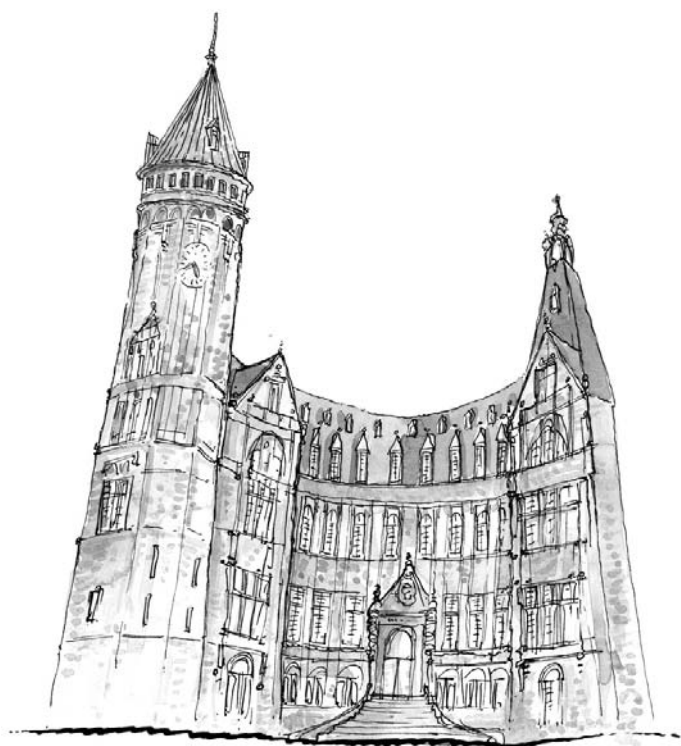
Même si l'objectif de l'étude n'était pas d'analyser le système scolaire, les jeunes l'ont abordé assez souvent en soulignant plusieurs difficultés rencontrées, dont des problèmes de compréhension liés à l'usage de certaines langues comme le français ou des difficultés liées à un manque de discipline rendant difficile le suivi des cours ou engendrant parfois une atmosphère de violence et de vols dans l'enceinte de l'école. En revanche, les jeunes ont bien souligné leur satisfaction et leur désir de voir renforcer le suivi personnalisé et d'orientation scolaire et professionnelle (p.ex. les Journées vie active organisées par l'Action locale jeunes et les stages en entreprise).

Sortis prématurément du système scolaire sans diplôme, les jeunes ont exprimé leurs inquiétudes face à leur situation soit parce qu'ils ont déjà été confrontés à la réalité du

marché du travail, soit parce qu'ils y ont été sensibilisés. La formation postscolaire, proposée par le CNFPC ou les organismes de réinsertion professionnelle, constitue donc une possibilité supplémentaire de se former. Mais la participation à ces formations se heurte souvent, selon les jeunes, à une situation financière précaire ou des mesures d'insertion qui, soit par leur organisation du temps (surtout pour ceux qui ont des enfants à charge), soit par leur degré de sollicitation physique, admettent difficilement la participation à des formations de ce type. Toutes ces contraintes ne renforcent que le sentiment d'échec ressenti par les jeunes. À cela s'ajoute qu'un certain nombre de jeunes ont souligné le manque de valorisation des formations non diplômantes et des expériences de travail réalisées dans le cadre des mesures d'insertion, même si les stages peuvent aussi ouvrir la porte à un emploi comme en ont témoigné certains jeunes.

Si plusieurs jeunes ont affirmé leur volonté de poursuivre une voie de formation plus formelle, notamment à travers un apprentissage, l'accès à celui-ci n'est pas sans contraintes et conduit certains d'entre eux à des situations très décourageantes : manque de patrons, lacunes langagières (notamment l'usage du français par leurs interlocuteurs), la limitation de la période de recherche ainsi que les limites de choix de certains métiers dans le cadre du Certificat d'initiation technique et professionnelle (CITP, qui n'est plus proposé après la réforme de la formation professionnelle). Finalement, pour ceux ou celles qui ont trouvé un apprentissage, des expériences décourageantes ont été rapportées : échec suite aux problèmes de langues, échecs à l'école ayant finalement conduit à la perte de leur place en apprentissage, erreurs d'orientation ou encore abandons suite à une insuffisance de rémunération.

Dans leur recherche d'un emploi, les jeunes ont, en principe, rencontré quatre acteurs : l'ADEM, les employeurs, les organismes d'insertion professionnelle et les agences d'intérim. En ce qui concerne l'ADEM, les jeunes témoignent d'une relation ambiguë : offres d'emploi incomplètes et inadaptées à leur profil, manque de retour d'information et d'encadrement individualisé ou encore manque d'efficacité, d'où leur retour



forcé vers les relations amicales et familiales dans la recherche d'emploi. À l'égard des employeurs, leurs remarques concernent surtout les durées de retour de courrier excessives. Cependant, les démarches directes auprès des employeurs sont parfois payantes, car elles éliminent d'emblée un certain nombre de concurrents. Les avis des jeunes concernant les rapports avec les organismes chargés de l'insertion ont été globalement positifs, notamment en ce qui concerne l'encadrement individuel pour l'orientation professionnelle ou la recherche d'un emploi. En revanche, quand ils ont évoqué le contenu des mesures d'insertion, des difficultés physiques et des situations parfois nuisibles à la santé ont été évoquées. Les agences d'intérim, quant à elles, sont assez peu contactées par les jeunes, parce qu'ils associent ce type d'emploi à une situation instable avec des salaires non continus.

En ce qui concerne les mesures pour les jeunes, notamment les contrats d'auxiliaire temporaire (CAT) et stages d'insertion en entreprise (SIE), réformés entre-temps, les avis des jeunes sont mitigés : d'un côté, les mesures semblent remplir leur mission en fournissant un minimum de ressources et une immersion dans le monde de travail, de l'autre, en ce qui concerne les CAT, l'efficacité d'insertion de cette mesure reste liée aux démarches personnelles des jeunes et est aussi limitée par des compétences souvent non valorisables sur le marché de l'emploi ou par le fait que ces contrats ne permettent pas de développer des projets à long terme. Les SIE, en revanche, sont très proches de la réalité du monde du travail et, parfois, offrent un emploi à la clé. Mais cette dernière mesure, de par sa ressemblance aux conditions de travail réelles, reste difficile d'accès à un public en difficulté d'insertion.

Les jeunes ont abordé d'autres contraintes alourdissant leur recherche d'emploi : des problèmes de garde d'enfants pour ceux ou celles qui ont des enfants à charge, des problèmes d'accès au logement suite aux cautions et loyers demandés ainsi que des difficultés liées au coût du transport, soit le coût du transport public, soit le coût du permis de conduire.

Finalement, la parole recueillie auprès des jeunes nous a donné la possibilité de mieux

comprendre, en partant de leur vécu, les contraintes qui s'interposent entre leur situation précaire et un avenir plus prometteur. À l'heure actuelle, la restructuration de l'ADEM, avec la mise en place de nouvelles agences locales, indique un processus de décentralisation des services et une prise en compte accrue du niveau local. Ce même processus peut être observé en ce qui concerne les activités de l'économie solidaire, en développement depuis un certain nombre d'années au niveau local, ou encore dans d'autres domaines de la lutte contre l'exclusion, comme par exemple la décentralisation des services destinés aux personnes exclues de logement. Ce développement nécessite aussi une meilleure connaissance des spécificités locales en ce qui concerne les caractéristiques de la population cible, des acteurs locaux comme les associations en contact avec les individus, des services communaux et des acteurs économiques actifs sur le territoire communal. Dans ce sens, la Ville d'Esch/Alzette a bien affiché sa volonté, à travers cette étude, d'affiner le dispositif de lutte

contre l'exclusion sociale existant au niveau national par une action sociale déjà bien existante au niveau de son territoire, mais complétée par une prise en compte de l'expérience individuelle de la population cible. ♦

1 Cet article se base principalement sur le document : N. Friob, B. Lejealle, R. Maas, M. Pels, S. Schehr, *L'insertion professionnelle des jeunes non qualifiés à Esch-sur-Alzette en 2005 – une analyse qualitative auprès de 27 jeunes*, Population & emploi n° 35, octobre 2008, CEPS/Instead.

2 Source : *Enquête force de travail*, Statec, 2009.

3 ADEM, *Bulletin Luxembourgeois de l'emploi*, juillet 2010.

4 Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle, *Le décrochage scolaire au Luxembourg, année scolaire 2007/2008*, www.men.public.lu/publications/etudes_statistiques/etudes_nationales/.

5 N. Friob, B. Lejealle, R. Maas, M. Pels, S. Schehr, op. cit.

6 D'un point de vue statistique, les individus observés ne sont pas représentatifs de la population analysée.

7 La construction d'une typologie rend plus lisible la grande hétérogénéité des expériences vécues mais, en même temps, elle constitue une réduction de la multitude des réalités vécues.

Steve

Mein Leben ist ein Auf und Ab. Manchmal geht's besser, dann wieder schlechter. Ich habe als Kind und bis vor fünf Jahren in einem Foyer gelebt. Wenn es nicht mehr ging, hat man mir dort weitergeholfen. Einmal z. B. hatte ich sehr große Schwierigkeiten, weil eine Educatrice, in die ich Vertrauen hatte, gekündigt hat. Dann habe ich auch meine Arbeit verloren. Als ich aber eine neue Arbeit bekam, ging es wieder bergauf. Manchmal muss ich aber viel kämpfen, um wieder nach oben zu kommen.

Seit fünf Jahren lebe ich in einem kleinen Appartement. Ein großes Problem ist mein Einkommen. Ich habe 400 Euro, um durch den Monat zu kommen: Essen, Haushalt, Kleidung, Freizeit usw. Manchmal reicht es, manchmal ist es aber auch sehr schwer damit bis zum Ende des Monats zu kommen. Vor einiger Zeit konnte ich es mir leisten, einmal im Monat mit einem Freund nach Trier zu fahren. Das geht im Moment nicht. Wenn ich Congé habe, dann spüre ich, dass ich gerne wegfahren würde. Doch um in Ferien zu fahren, muss ich noch ein bis zwei Jahre sparen.

Mein Hausarzt weiß, dass ich nicht immer Geld habe und fragt auch nicht, dass ich sofort zahle. Wenn ich aber z. B. zu einem Zahnarzt gehe, den ich nicht kenne, da fordert man, dass ich direkt zahle. Dann muss ich erklären, dass ich das Geld nicht habe, auch nicht zum Vorstrecken. Und dann habe ich das Gefühl, dass man mich runterdrücken will. Ein anderes Problem mit den Ärzten ist die Sprache. Wenn jemand französisch spricht, dann geht es nicht und ich fühle mich unwohl.

Im Moment bin ich froh, dass eine Educatrice mich unterstützt. Aber für die Zukunft wünsche ich mir, dass mein Leben sich verbessert, dass ich keine Hilfe mehr brauche, dass ich selbstständig leben kann wie andere auch.

(Quelle: ATD Quart Monde Luxembourg)

René Kneip

Stratégies globales pour mettre fin au sans-abrisme en Europe et au Luxembourg

Le sans-abrisme est une réalité dans tous les pays de l'Union européenne. Nonobstant le modèle social européen et son engagement pour les droits fondamentaux des citoyens, un nombre important de personnes continue à passer par les mailles du système de protection sociale existant.

Qu'est-ce qu'on entend par sans-abrisme ?

L'exclusion du logement et le sans-abrisme sont des phénomènes complexes avec une multitude de facettes. Ils peuvent affecter des individus tout comme des ménages à différents moments de leur vie. Il existe maintes formes d'exclusion du logement.

La typologie ETHOS¹ de la Feantsa² classe les personnes selon respectivement leur situation de vie et leur situation de logement. Quatre concepts fondamentaux sont mis en évidence : le sans-abrisme, le sans-logement, le logement incertain et le logement inadéquat.

1. La première catégorie (*sans-abri*) renvoie aux personnes forcées de vivre dans la rue ou à recourir à des logements d'urgence tels les foyers de nuit pour sans-abri.

2. La deuxième catégorie (*sans logement*) englobe toutes les personnes contraintes à vivre dans des structures du type foyer

(pour personnes majeures défavorisées, pour femmes sous menaces de violence conjugale, pour immigrants...). Bien que ces personnes ne doivent plus vivre dans la rue, leur séjour en foyer n'est que provisoire (pas de titre légal d'occupation) et souvent lié à des critères d'admission très stricts et des règlements dont la violation peut engendrer l'exclusion immédiate.

3. Les personnes en *logement incertain* sont notamment celles trouvant un accueil provisoire chez des amis ou des membres de la famille, les personnes vivant en situation « illégale » (camping, sous-location), les personnes sous mandat d'expulsion ou les personnes vivant en institution (prison, centre thérapeutique, clinique, etc.) et forcées de les quitter sans disposer d'un logement adéquat et accessible pour eux (loyer trop élevé, préjugés, etc.).

4. Les personnes en *logement inadéquat* vivent p.ex. en situation de surpeuplement (p.ex. femme seule avec enfants) ou occupent un logement inadéquat (sanitaires rudimentaires, pas d'eau chaude, etc.).

Dans la plupart des cas, le sans-abrisme ou l'exclusion liée au logement n'est pas une situation statique ou immuable. Souvent, les personnes « transitent » par ces différentes situations de vie et peuvent se retrouver, à un moment ou un autre et pour des périodes plus ou moins longues, dans une de ces diverses formes d'exclusion

du logement. Mettre un terme au sans-abrisme n'implique donc pas seulement éviter que des personnes soient contraintes de vivre dans la rue (la pointe de l'iceberg), mais implique que toute personne, nonobstant sa situation matérielle ou son état de santé (problèmes psychiatriques p.ex.), puisse accéder de manière durable à un logement adapté à ses besoins.

Cinq objectifs pour mettre fin au sans-abrisme

La Feantsa définit cinq objectifs ayant trait aux aspects du sans-abrisme qui sont le mieux abordés par des politiques spécifiques, plutôt que par le biais d'autres domaines politiques, tels que le logement, la santé ou l'emploi. Ces politiques spécifiques ont trait à des populations cibles visibles, identifiables et quantifiables et permettent ainsi l'élaboration de stratégies basées sur les faits. Pour la Feantsa, ces populations cibles sont des priorités logiques dans la mesure où elles sont composées de personnes qui s'adressent déjà aux services ciblant les sans-abri ou pourraient aisément être approchées par ceux-ci. Alors que ces objectifs aident à centrer les stratégies de lutte contre le sans-abrisme sur

des buts pragmatiques, ces politiques devraient être basées sur une compréhension conceptuelle large du sans-abrisme telle que présentée dans la typologie ETHOS.

Les objectifs décrits ci-dessous constituent des éléments essentiels de stratégies visant l'éradication du sans-abrisme. Pour être effectives, elles doivent être adaptées aux réalités des contextes nationaux et locaux, et renforcées par une prévention systématique grâce à des politiques plus générales en matière de logement, d'emploi, de santé et d'éducation.

Afin de permettre aux lecteurs de faire un lien avec la réalité du Grand-Duché de Luxembourg, l'auteur a essayé de transposer par la suite de cet article ces cinq objectifs dans le contexte luxembourgeois.

1. Personne ne devrait être obligé de dormir dans la rue

À l'heure actuelle, la seule alternative pour échapper au sans-abrisme de rue au Luxembourg est d'accéder à un des 125 lits d'urgence financés par l'État et gérés par des associations privées (Caritas accueil et solidarité ASBL et Comité national de défense sociale ASBL) respectivement à Luxembourg-Ville et Esch/Alzette. Ces lits d'urgence connaissent un « succès fou » et reçoivent, sur une année, 10 fois plus de personnes qu'elles ne disposent de lits. Ainsi, le Foyer Ulysse à Luxembourg-Ville voit annuellement défiler entre 700 et 800 personnes différentes dans ses 64 lits. Force est de constater que deux à trois personnes, y inclus les admissions répétées des mêmes personnes, finissent tous les jours dans la rue au Grand-Duché !

De par leur définition liée à l'urgence, ces structures reçoivent en principe toute personne ayant perdu son logement. Il n'est donc pas surprenant d'y rencontrer des personnes présentant des caractéristiques très diverses :

- hommes (en majorité) et femmes (en nombre croissant) ;
- personnes majeures de tout âge (18 à 75 ans et même davantage), avec une prédominance alarmante et croissante de jeunes de moins de 25 ans ;
- personnes affichant des problèmes de santé graves et souvent chroniques

(p.ex. alcooliques, toxicomanes, psychotiques) et ne trouvant plus accueil ni dans des centres thérapeutiques ni dans des cliniques psychiatriques, voire même des maisons de soins ;

- personnes avec ou sans qualification professionnelle disposant d'un emploi (souvent des mesures de l'ADEM, du SNAS ou du SNJ – rarement des occupations dans les initiatives d'emploi) ou au chômage (souvent de longue voir très longue durée) ;
- des victimes tout comme des auteurs de violence (familiale et autre) ;
- des ressortissants de prison tout comme des personnes « en voie » d'emprisonnement ; etc.

Au fil des dernières 25 années, les structures d'urgence pour sans-abri sont ainsi devenues le lieu de recours ultime pour toute une série de populations cibles qu'on pourrait dénommer les laissés pour compte des failles du système de protection et d'aide sociale luxembourgeois. Si ces diverses populations cibles trouvaient respectivement un accueil et une prise en charge auprès des organes et services compétents pour traiter leurs difficultés et problèmes respectifs, le nombre de personnes contraint à recourir aux foyers de nuit pour sans-abri pourrait sans doute être diminué de manière dramatique et durable.

(Photo : Izabela Koczkodaj - foma.lu)



2. Personne ne devrait être obligé de rester dans un hébergement d'urgence lorsque la période d'urgence est dépassée

Un nombre croissant de pays européens s'engage à limiter à un minimum le séjour en logement d'urgence. La stratégie irlandaise prévoit p.ex. que le séjour en logement d'urgence devrait être limité à 6 mois au maximum; au Danemark, on vise un maximum de 3 à 4 mois, en Suède 3 mois.

Pour pouvoir déterminer un seuil de séjour maximal en logement d'urgence, il faut d'abord se rendre à l'évidence qu'une structure d'hébergement d'urgence (avec, d'un côté, un nombre important d'usagers aux caractéristiques personnelles et sociales très diverses et, de l'autre, un personnel tout juste suffisant pour pouvoir assurer des prestations minimales qui ne dépassent guère les besoins vitaux des usagers) ne peut fournir une solution à leurs problèmes. Mis à part ces prestations de base, l'unique fonction supplémentaire à laquelle une structure d'hébergement d'urgence peut répondre consiste en une analyse concise des capacités et des déficiences de leurs usagers et leur orientation ciblée vers des services pouvant offrir une prise en charge spécialisée à moyen ou long terme.

Or tel n'est pas le cas au Luxembourg. Vu le nombre important d'usagers et le manque

dramatique de structures spécialisées (pour jeunes, pour malades psychiatriques et personnes souffrant de maladies chroniques, pour étrangers sans droits sociaux, pour chômeurs de longue durée, etc.), les séjours de certaines catégories de personnes dépassent de loin l'urgence et induisent logiquement auprès des usagers ce qu'on pourrait qualifier de lésions institutionnelles. Au lieu de pouvoir engager un processus d'autonomisation auprès des usagers et leur aider à retourner à une vie normale, les structures d'urgence renforcent auprès d'un nombre important et croissant d'usagers les phénomènes de dépendance et de « perte de la personnalité ».

Les conséquences inévitables de cette évolution sont le blocage des structures d'urgence par des personnes « sans avenir », et la nécessité d'augmenter progressivement la mise à disposition de lits d'urgence coûteux et de multiplier les structures d'hébergement d'urgence. En dernière conséquence, et comme dans beaucoup d'autres pays de l'UE, ceci revient à une « mise en faillite » du système actuel de prise en charge des sans-abri au Luxembourg.

3. Personne ne devrait devoir rester dans un hébergement de transition plus longtemps que nécessaire

Malheureusement, le phénomène de saturation décrit ci-dessus pour les logements d'urgence connaît un prolongement au niveau des logements dits « encadrés » ou de « 2^e phase », et a atteint une envergure dramatique pour les femmes (les foyers spécialisés pour femmes sont archicomplets), les jeunes (structures de prise en charge en nombre insuffisant) et les malades psychiatriques (capacités extrahospitalières de loin insuffisantes et critères d'admission souvent trop limitatifs).

En principe, et après un séjour pouvant aller de 3 mois à 1 an, ces personnes devraient pouvoir accéder à un logement « accompagné » (logement individuel ou en petite communauté) avec des services et prestations répondant aux besoins des usagers, ou à un logement autonome. Or, à ce niveau, la situation extrêmement tendue du marché du logement au Luxembourg rend toute amélioration illusoire. Un nombre croissant de personnes ayant

eu recours à des logements encadrés et/ou accompagnés, qu'elles soient passées par la situation de sans-abri ou non, se trouvent bloquées dans ces structures de transition faute d'alternatives accessibles pour elles (loyers trop élevés, préjugés contre des personnes défavorisées, l'attitude « NIMBY » – « not in my backyard », etc.).

Une amélioration définitive et durable de cette situation ne saura se faire que grâce à une augmentation sensible des logements sociaux, c.-à-d. de logements dont le coût du loyer est adapté à la situation économique du ménage et dont l'infrastructure et l'équipement tiennent compte des besoins spécifiques des usagers. L'État, par le biais des promoteurs publics, mais

Un nombre croissant de pays européens s'engage à limiter à un minimum le séjour en logement d'urgence.

également les communes devraient investir dans la construction de plusieurs milliers de logements sociaux et les mettre à la disposition des usagers se trouvant bloqués dans des logements de transition.

4. Personne ne devrait être obligé de sortir d'une institution sans option de logement

Au Luxembourg, comme dans la plupart des pays, toute institution sociale ou médico-sociale se définit par les limites de ses compétences. Pour certaines, ces limites sont imposées par la logique même des prestations (prison, centre thérapeutique, clinique psychiatrique).

Pour d'autres, des critères d'admission parfois rigoureux sont définis afin d'éviter que des personnes présentant des caractéristiques non désirées ne soient admises, et des règles d'ordre interne, parfois encore plus rigoureuses, sont définies pour écarter, souvent d'un jour à l'autre, les personnes présentant un comportement déviant ou non conforme au bon fonctionnement de l'institution. Pour la majorité, ces départs ou expulsions, qu'ils soient planifiés ou spontanés, se font sans se préoccuper de la situation de logement future des concernés.

Pour tous ces ressortissants d'institutions, le sans-abrisme mène forcément, et parfois à très courte échéance, à une rechute dans les problématiques antérieures. Une offre de logement encadré ou accompagné, assortie d'un certain nombre de prestations et services adaptés aux besoins des concernés, augmenterait sensiblement les chances de ces personnes à pouvoir s'en sortir. À défaut de telles alternatives, les concernés sombrent dans un cercle vicieux qui risque de les éterniser dans un va-et-vient perpétuel entre la rue, les structures pour sans-abri et ces institutions spécialisées.

5. Aucun jeune ne devrait être obligé de finir sans-abri à cause de la transition vers la vie indépendante

Un moment crucial dans la vie de tout être humain est le passage de l'adolescence à la vie adulte, la transition de la cellule familiale d'origine vers une vie indépendante. Pour la plupart, cette transition se fait progressivement, avec des moments parfois difficiles, marqués de solitude et d'angoisses. Grâce à un milieu d'origine compréhensif et encourageant, cette transition est cependant réalisée sans conséquences négatives ou séquelles à long terme pour les concernés.

Pour d'autres, qui ne peuvent recourir à un tel soutien familial, la situation se présente bien différemment. Au Luxembourg, mais également dans d'autres pays européens, les cas les plus dramatiques sont les jeunes mineurs de moins de 18 ans qui quittent le domicile familial parce qu'ils ne se sentent plus compris ou sont en conflit ouvert avec d'autres membres de la famille.

Ne désirant pas retourner dans une nouvelle situation de dépendance et souhaitant vivre « leur liberté », certains de ces jeunes préfèrent vivre à la rue plutôt que de rentrer dans un logement encadré tel un foyer ou home pour jeunes mineurs. La police estime qu'en moyenne, une trentaine de jeunes de moins de 18 ans sont à la rue au Luxembourg.

Pour des jeunes majeurs de moins de 25 ans ayant quitté le domicile des parents et ne disposant pas d'une formation professionnelle achevée, le risque de finir à la rue est également grand. Sans emploi régulier

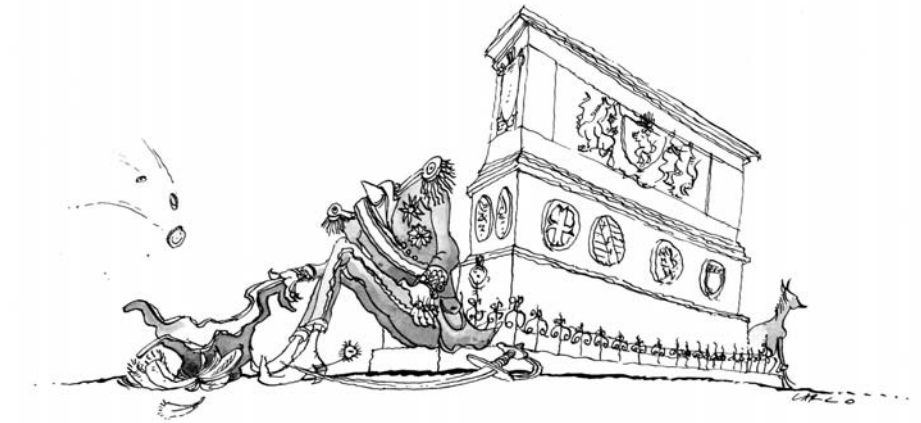
(mesures d'emploi limitées dans le temps ou contrats précaires) et durable, et ne disposant pas du droit au revenu minimum garanti, la recherche d'un logement se présente comme difficile, voire illusoire.

De la gestion à l'élimination du sans-abrisme

Face à la pauvreté extrême et l'exclusion sociale de personnes en situation de sans-abrisme, une variété très large d'acteurs en Europe a développé des réponses durant les dernières décennies. Souvent, ces réponses étaient réactives et *ad hoc*, comme le montre l'exemple du Luxembourg. Elles avaient pour objectif la gestion du problème plutôt que sa solution. Ces réponses immédiates au sans-abrisme sont sans aucun doute nécessaires et efficaces pour traiter les symptômes les plus sévères et elles ont un rôle important à jouer comme solutions à court terme. Cependant, depuis que le sans-abrisme est apparu comme problème à grande échelle, il est temps d'arrêter de se contenter à seulement gérer le problème ; il est temps de commencer à viser son élimination.

Le sans-abrisme équivaut au refus des droits humains fondamentaux, et se limiter à le gérer revient très cher à la société. Aussi bien les services s'occupant de sans-abri que d'autres services, comme p.ex. les services de soins de santé, doivent faire face à des dépenses importantes pour prendre en charge les sans-abri. Dans certains cas, les réponses données sont devenues une partie du problème. Des structures d'hébergement initialement conçues comme hébergement d'urgence deviennent, pour certains, des lieux de vie à long terme. Ainsi, les foyers de nuit se remplissent peu à peu d'usagers à « long séjour » et arrêtent de jouer leur rôle initial d'hébergement temporaire. Une multiplication de telles structures est la conséquence directe d'une telle évolution.

Le besoin de réponses temporaires au sans-abrisme persistera sans aucun doute, mais il existe aujourd'hui une urgence évidente pour s'orienter vers des stratégies politiques globales avec l'objectif à long terme de l'éliminer. Ceci implique le développement de stratégies nationales intégrées, globales et durables définissant des objectifs basés



sur la réalité effective du sans-abrisme et visant comme but ultime son élimination progressive³.

Le 6 septembre 2010, cinq députés européens de bords politiques différents ont déposé au Parlement européen une nouvelle déclaration écrite (une première déclaration avait été adoptée en 2008) sur une stratégie de l'Union européenne pour les personnes sans-abri, dont l'échéance de signature pour les parlementaires est le 6 décembre 2010. Cette déclaration⁴ :

1. demande à nouveau au Conseil de s'engager avant la fin de l'année 2010 à régler la question des personnes sans-abri d'ici 2015 ;
2. invite la Commission à mettre en place une stratégie ambitieuse en faveur des personnes sans-abri dans l'Union et à aider les États membres à élaborer des stratégies nationales efficaces suivant les orientations du rapport conjoint adopté en mars 2010 sur la protection sociale et l'inclusion sociale et dans le cadre de la stratégie Europe 2020 ;
3. demande à EUROSTAT de recueillir des données sur les personnes sans-abri ;
4. soutient les objectifs d'action prioritaires : personne ne devrait dormir dans la rue ; personne ne devrait rester dans un hébergement d'urgence lorsque la période d'urgence est dépassée ; personne ne devrait rester dans un hébergement de transition plus longtemps que nécessaire ; personne ne devrait sortir d'une institution sans option de relogement ; aucun jeune ne devrait finir sans-abri du fait de la transition vers une vie indépendante ;
5. charge son Président de transmettre la présente déclaration, accompagnée

du nom des signataires, au Conseil, à la Commission et aux parlements des États membres.

Il est généralement reconnu que la solution définitive au sans-abrisme passe inévitablement par la mise à disposition d'un logement adapté aux capacités financières et personnelles des concernés. Aux États-Unis, mais également dans certains pays européens, le concept du *housing first* ou du « logement d'abord » commence à faire ses preuves. L'idée de base de ce concept est de procurer à toute personne ayant perdu son logement un logement de rechange. Une fois réinstallé, l'usager d'un tel logement devra profiter de toute une panoplie de services et de prestations lui permettant de maintenir ce logement dans le temps. À côté d'un coût nettement inférieur à celui d'un logement d'urgence ou d'un logement de transition, un grand avantage de ce concept est le fait que la personne en question pourra profiter d'une prise en charge « sur mesure ». Cette prise en charge n'est pas liée à la spécificité d'une institution, mais se base sur une analyse détaillée des capacités et des besoins de la personne. ♦

1 European Typology of Homelessness and Housing Exclusion – Typologie du sans-abrisme et de l'exclusion liée au logement

2 Fédération européenne des associations nationales travaillant avec les sans-abri

3 Voir la boîte à outils de la Feantsa : *Mettre un terme au sans-abrisme : Un manuel pour les décideurs politiques* ; Feantsa 2010.

4 Parlement européen – Déclaration écrite 0061/2010 du 6.9.2010

Armes Luxemburg!

Eine Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Luxemburg

27. Mai 2011 - 26. Februar 2012

Zusammen mit Umwelt und Krieg ist Armut eines der großen Themen der Weltpolitik. Auf Grund dieser globalen Bedeutung haben das Europäische Parlament und der Ministerrat 2010 zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Angst vor dem sozialen Abrutschen auch in bisher „abgesicherten“ europäischen Staaten wie Luxemburg angekommen. In dieser Situation möchte das Geschichtsmuseum der Stadt Luxemburg in Form einer großen historischen Ausstellung einen Beitrag zur Klärung des Begriffes Armut in der heutigen Zeit leisten.

Die Konnotationen, die mit dem Armutsbegriff des 21. Jahrhunderts einhergehen, gehen in wesentlichen Zügen auf die Formulierung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert zurück. Im Zuge der beschleunigten Industrialisierung Europas und des Bevölkerungswachstums kam es damals zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensumstände bei der Industriearbeiterschaft und zu einer Massenverelendung mit weitreichenden gesundheitlichen Konsequenzen. Der Sozialstaat in seiner aktuellen Ausformung bildete sich allmählich als Reaktion auf den hierdurch entstandenen sozialen und politischen Druck heraus. In Luxemburg – wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern – garantiert der Staat seinen Bürgern heute eine Grundversorgung zur Abdeckung materieller, gesundheitlicher und sozialer Bedürfnisse.

Die Ausstellung soll dem Besucher am Beispiel Luxemburgs helfen, die zentrale Frage zu klären, ob der Begriff „Armut“ in seiner historischen Definition noch auf die heutige Situation anzuwenden oder inhaltlich neu zu besetzen ist. Armut ist in Gesellschaften wie der Luxemburger heute in der Regel keine Frage des physischen Überlebens mehr, sondern eine Frage von Handlungsspielräumen. Soziale Milieus bestimmen auch heute noch, inwieweit ein Individuum Zugang zu den Ressourcen einer Gesellschaft bekommt.

Die Ausstellung wird jedem Besucher einen aufschlussreichen und wertneutralen Rundgang durch die historischen und zeitgenössischen Dimensionen des Armutsbegriffes bieten, an dessen Ende die Selbstbetrachtung steht. In einigen Bereichen wird er feststellen, dass er benachteiligt bzw. privilegiert ist. Zudem soll die Ausstellung ihn dazu anregen, über die Frage nachzudenken, ob bestimmte Zustände in unserer Gesellschaft tolerierbar oder abzulehnen sind.



Michel Sinner (1826-1882), „Dessin d'une jeune fille“
© Musée d'histoire de la Ville de Luxembourg

Der Rundgang führt über drei thematische Ebenen. Am Anfang wird in historischer Perspektive gezeigt, was materielle Not seit ca. 1850 bedeutet. In Anlehnung an die Maslowsche Bedürfnispyramide wird untersucht, inwiefern zu welchen Zeiten Grundbedürfnisse des Menschen nicht erfüllt wurden. Dieses wird kontrastiert mit einer Auswahl von Symbolen für die Standards der Konsumgesellschaft. Die zweite Ebene thematisiert die Exklusion und ihre unterschiedlichen Facetten. Hier steht der gesellschaftliche Blick auf die Armut im Vordergrund. Dies wird ergänzt durch Erfahrungsberichte von Betroffenen.

Auch nach Ursachen und Wirkung sozialer Ausgrenzung wird gefragt. Ziel ist es dabei, dem Besucher vor Augen zu führen, dass materielle Not bzw. unzureichende monetäre Ressourcen nicht mehr als einziges Charakteristikum von Armut gelten können. Die letzte thematische Ebene ist der Selbstreflexion gewidmet und soll den Besucher dazu anregen, das in der Ausstellung Erlebte mit seiner eigenen Lebenssituation zu vergleichen und sich zu positionieren. So wird er die für die westliche Gesellschaft typische Angst vor dem Abrutschen in soziale wie materielle Missstände und die damit einhergehende Sehnsucht nach Sicherheit in einem anderen Licht sehen.

Wie in allen seinen Ausstellungen, wird das Historische Museum Originalexponate, Fotos, Filme, Textzitate und Raumklänge in einer ausgeklügelten intermedialen Dramaturgie kombinieren. ♦

Kulturpass, mode d'emploi

Véronique Gobert

Le *Kulturpass* ? Quel *Kulturpass* ? Tu sais, ce passeport culturel qui donne accès à toutes sortes de manifestations et de spectacles culturels à 1,50 euros... A 1,50 euros ???

Reprenons : le *Kulturpass* circule depuis mai 2010 et il a, semble-t-il, et à l'image de ses homologues autrichien (Hunger auf Kunst und Kultur) ou belge (article 21), trouvé son public – toutes proportions gardées – édité à ce jour à quelque 4 500 exemplaires. Revisité par l'ASBL cultur'all, inspiré par l'expérience et les bonnes pratiques de nos voisins mais adapté à la réalité socioéconomique du Grand-Duché, le *Kulturpass* est la version luxembourgeoise du « passeport culturel » qui tend, lentement mais sûrement, à se mettre en place, à petite ou grande échelle, locale ou nationale.

Les culturels, appelons-les ainsi, ont accueilli l'initiative avec enthousiasme ; il est vrai que depuis Luxembourg, capitale européenne de la culture en 1995 et 2007, les salles ne manquent pas, ni les spectacles qui vont avec. L'espace culturel a littéralement explosé, nourri par une offre qui n'a rien à envier aux plus grands, en quantité comme en qualité.

Dans « passeport culturel », il y a « culturel », un mot que tout le monde connaît, mais dont les définitions varient à l'infini. L'infini est trop grand pour nous, nous ne nous y risquerons pas. Et il y a « passeport ». Là aussi, tout le monde connaît, quoi que... Passeport entre quoi et quoi ? Où et où ? Qui et qui ? Comment, pour qui, pourquoi, combien... « ... prendre part

librement à la vie culturelle de la communauté, jouir des arts et participer aux bienfaits qui en résultent. » C'est inscrit dans la Déclaration universelle des droits de l'homme, soit. En réalité, nous ne sommes que bien peu à en jouir : ne nous attardons pas sur la culture-privilege, essayons *a contrario* d'imaginer ce que ce passeport peut signifier en termes d'ouverture, de diversité, d'échange.

**4 500 passeports demandés
n'équivaut pas à 4 500 passeports
utilisés, loin s'en faut. D'autant que
les manifestations ou spectacles
labellisés *Kulturpass*, eux, interpellent
peu leur public. Peu, ou pas encore,
car c'est un processus long et
compliqué que de passer de
« détenteur » à « utilisateur » [...].**

Passeport, donc. Pour où, exactement ? Les institutions et acteurs culturels sont ouverts – on l'a dit – au plus grand nombre possible, pourquoi l'offre culturelle a-t-elle cependant autant de mal à atteindre ce plus grand nombre ? Au Luxembourg, le *Kulturpass* a néanmoins l'indéniable mérite d'exister, il aura d'abord et surtout permis d'ouvrir le débat, sinon le dialogue : le débat entre les acteurs sociaux et culturels (www.culturall.lu), qui planchent désormais ensemble sur la question, à savoir comment faire se rencontrer l'offre et la demande culturelles. Le dialogue, quant à lui, reste difficile de part et d'autre de cette frontière culturelle, pour ne pas dire gouffre, entre ceux qui

baignent dans la culture, et les autres. Les autres ? Ceux pour qui la culture reste un luxe, et auxquels le *Kulturpass* s'adresse plus particulièrement.

Les 4 500 passeports délivrés à la demande des intéressés eux-mêmes interpelle, mais pas tant que ça. 1,50 euros par spectacle et par personne, on peut difficilement faire mieux, mais qu'on ne s'y trompe pas : 4 500 passeports demandés n'équivaut pas à 4 500 passeports utilisés, loin s'en faut. D'autant que les manifestations ou spectacles labellisés *Kulturpass*, eux, interpellent peu leur public. Peu, ou pas encore, car c'est un processus long et compliqué que de passer de « détenteur » à « utilisateur », le *Kulturpass* ouvre des portes, il faut oser ou apprendre à les franchir. Après en avoir ciblé et atteint les bénéficiaires potentiels, l'ASBL cultur'all continue de faire le lien entre acteurs culturels et sociaux, de solliciter le soutien des politiques – communes ou ministères – et de l'obtenir, de sensibiliser les bénéficiaires en particulier et nous tous en général, de réfléchir à des relais culturels, professionnels ou bénévoles, à des plateformes d'information... Pour que la culture ne soit pas seulement ouverte, mais surtout accessible ! ♦

Abr(e)isskalender

Häuser abreißen hat – grob vereinfacht – drei Gründe: Kreativität, Ignoranz, Gewinnmaximierung.

Kreativität: Das Alte soll durch etwas Neues ersetzt werden, das schöner oder besser ist. Beispielweise wurde der Petersdom im 16. Jahrhundert auf den Fundamenten einer alten Basilika erbaut, der niemand nachtrauerte. Oder doch? Der Abriss der konstantinischen Basilika aus dem 4. Jahrhundert und der enorme Kostenaufwand des Neubaus gossen Öl auf das Feuer der Reformation. Auch hier stellte sich also die Frage, was ist „schöner“ oder „besser“.

Ignoranz: Historische oder kunsthistorische Ahnungslosigkeit führen zu einer geringen Wertschätzung und zu nicht wieder gutzumachenden Schäden.

Gewinnmaximierung oder – negativer ausgedrückt – Profitsucht: Alte Villen werden bewusst verfallen gelassen, um sie anschließend abreißen und an ihrer Stelle Büro- oder Mietblocks hochziehen zu können. Diese sind – und in den Fällen herrscht oft Einigkeit – keine Ausgeburt der Kreativität. Das Ziel ist auch nicht einfach ökonomischen Nutzen aus einem Gebäude zu ziehen, sondern diesen zu steigern.

Ignoranz und Gewinnmaximierung scheinen auch der Grund zu sein, weshalb eine Jugendstilvilla wie die „Maison berbère“ in der hauptstädtischen rue Glesener abgerissen werden darf. Ob schon, Ignoranz dürfte es eigentlich nicht sein, da vermehrt und zuletzt von der Vereinigung Luxembourg Patrimoine klar darauf hingewiesen wurde, wie kunsthistorisch wertvoll und einzigartig diese Villa ist. Kreativität ist sicher auch nicht die Motivation, wenn man sieht was Farei-Service Crauthem – ohne jegliche Beanstandung der Stadt Luxemburg und des Denkmalschutzamtes – dahin pflanzen möchte.

Dieser Fall und viele andere im ganzen Land haben *forum* dazu angeregt mit der vorliegenden Rubrik ein Jahr lang auf diese Missstände hinzuweisen und sie dann in Form eines „Abr(e)isskalenders“ zu veröffentlichen. Das Thema ist für *forum* ein alter Hut¹, aber abgelegt wird er mit Sicherheit nicht so schnell. Den Anfang macht ein Rückblick von Richard Graf. ♦

1 Siehe die Dossiers der *forum*-Hefte Nr. 130 und Nr. 287. Auch die Table ronde „Quels patrimoines, quoi conserver, à quelles fins?“, die am 25. September in Clerf stattfand, hat erneut festgestellt, dass Denkmalschutz in Luxemburg nicht ernst genug genommen wird. Wer sich mit der Denkmalschutz-Problematik weiter auseinandersetzen möchte, den verweisen wir auf die Broschüre des Mouvement écologique, *Kulturelle Identität braucht Demokratie* (2006).



Wettlauf gegen die Zeit

Richard Graf

DenkmalschützerInnen haben es nicht leicht. Sie kämpfen für jahrzehnte- wenn nicht jahrhundertealte „Gemäuer“ und setzen sich dabei dem Verdacht aus, Ewiggestrige zu sein. Ende der 1980er Jahre versuchte „Stoppt de Bagger“ die Luxemburger Öffentlichkeit für einen Belang zu gewinnen, dessen Stellenwert hierzulande in politischen Kreisen wenig Zuspruch fand.

Als „Stoppt de Bagger - géint d’weider Zeristéierung vun alen Häiser an der Stad“ am 13. Juli 1987 gegründet wurde, war es nicht die erste und auch nicht die einzige Vereinigung, die sich in Luxemburg für denkmalschützerische Belange einsetzte. Aber es war das erste Mal, dass der Versuch gestartet wurde, dem damals fast täglich spürbaren Phänomen der Zerstörung historisch gewachsener Bausubstanz in der Stadt Luxemburg mit baupolitischen Argumenten entgegen zu wirken.

Dabei ging es nicht, wie es in einer Stoppt de Bagger-Selbstdarstellung hieß, darum als eine Art Sammeltopf weltentrückter Stadtnostalgiker nur alten Bauten nachzutrauern. Vielmehr wurde eine zukunftsorientierte Stadtplanung gefordert, die nicht von kurzsichtigem Profitdenken geprägt sein sollte.

Die damals jungen, wenn nicht jugendlichen AktivistInnen waren in ihrem Bewusstsein von dem geprägt, was in einer unheimlichen Intensität in den 1970er Jahren abgelaufen war. In einer Periode, die später als die „Retter-Jahre“ – benannt nach einem berühmten Baupromotor aus jener Zeit – in die Baugeschichte der Stadt Luxemburg eingehen sollte, waren neben den Stadtvillen am Boulevard Royal ganze Straßenzüge etwa am östlichen Ende des Boulevard de la Pétrusse oder am Boulevard d’Avranches standardisierten Beton-Zweckbauten zum Opfer gefallen. Aber vor allem war eine Entwicklung losgetreten worden, die Wohnen im Stadtzentrum nicht mehr vorzusehen schien. Die Zersiedlung auf dem flachen Land wurde begleitet von der Entvölkerung des Stadtzentrums. Sicherlich kein Phänomen, das nur in Luxemburg zu beobachten war. Aber eines, das andernorts von der Politik bereits längst erkannt worden war und dem aktiv entgegengewirkt wurde.

Nachdem Retter pleite ging und die neuen Banken sich Richtung Kirchberg abgesetzt hatten, war es Anfang der 1980er Jahre etwas ruhiger geworden. Und auch der Denkmalschutz kannte einige Erfolge, insbesondere was den Erhalt traditioneller Bauernhäuser anbelangte. Doch kaum war die Stahlkrise überwunden, zog auch die Bautätigkeit wieder an. Zunächst war den Wenigsten bewusst, dass die recht ansehnlichen postmodernistischen Neubauten, die sich hie und da in alt gewachsene Häuserzeilen einnisteten, eigentlich nur eine Art Vorboten für die generelle Umwandlung ganzer Viertel – etwa des südlichen Teils von Limpertsberg – waren.

Erster Widerstand kam erstaunlicherweise nicht von der älteren Bevölkerung, die mit dem einen oder anderen zum Abriss freigegebenen Gebäude manche persönliche Erinnerung hätte verbinden können. Nein, es waren die Mitglieder des städtischen Jugendhauses, die etwa die Villa des Roses oder leer stehende Häuser am Boulevard Joseph II besetzten und damit zumindest eine Diskussion auslösten. Als dann nach alter Manier fast eine ganze Seite der Rue Beaumont in einer Nacht- und Nebelaktion dem Erdboden gleichgemacht wurde und die verbliebenen Bewohner auf die Straße gesetzt wurden, war der Keim für Stoppt de Bagger gelegt.

Eine der ersten wichtigen Aktionen des Vereins, der stets nur eine Handvoll aktiver Mitglieder zählte, dessen Mitgliederkartei aber innerhalb weniger Monate auf über 300 Personen anwuchs, war die Ausstellung „Et wor emol eng Stad, 25 Joër Baggerpolitik zu Lëtzebuerg“ im Februar 1988 im hauptstädtischen Cercle. Ausgestattet mit einem von Kulturminister Robert Krieps zugestandenen und für die damalige Zeit geradezu luxuriösen Zuschuss von 29 000 LUF, wurde auf eindrucksvolle Weise belegt, wie in dem wohl friedlichsten Vierteljahrhundert, das Luxemburg je gekannt hatte, ohne Not wertvolle Bausubstanz in gigantischem Maße zerstört worden war.

Da öffentliche Stellen sich unfähig oder gar unwillig zeigten, sinnloser Zerstörung Einhalt zu gebieten, machte sich die Vereinigung daran den enormen Nachholbedarf aufzuarbeiten. Leerstehende und gefährdete Häuser wurden aufgelistet, architektonisch und kunsthistorisch bewertet und schließlich der Denkmalschutzkommission zur Klassierung vorgeschlagen. Klassiert wurde emsig. Nicht die Häuser, dafür aber die Anträge. Als Erfolg wurde schon gewertet, wenn es einen „accusé de réception“ gab. Einzelne Anträge – etwa jener um eine Jugendstilvilla am Boulevard Grand-Duchesse Charlotte – wurden tatsächlich angenommen. Allerdings baute im erwähnten Fall anschließend der neue Hausherr trotzdem um und verabreichte dem Haus eine nicht gerade stilgerechte Garageneinfahrt. Eine daraufhin von Stoppt de Bagger eingereichte Klage wurde abgeschmettert: Der Bauherr hatte seinen Umbauantrag vor der Klassierung gestellt und konnte zudem eine entsprechende Genehmigung des Chefs der Denkmalschutzbehörde vorweisen.

Immerhin, einige der von Stoppt de Bagger betreuten Häuser und Straßenzüge stehen heute noch und manche haben sogar definitiv Eingang auf die Denkmalschutzliste gefunden. Doch es gab auch Niederlagen, wie etwa das sogenannte „Arendt“-Haus an der südlichen Ecke des damals symbolisch in „Boulevard Banal“ umbenannten Boulevard Royal. Inzwischen ist das Nachfolgegebäude erneut einem Neubau gewichen.

Am längsten ging der Kampf um das „Pôle-Nord“-Gebäude, das ursprünglich mit dem benachbarten „Arendt“-Haus verschwinden sollte. Stoppt de Bagger hatte im August 1988 einen Klassierungsantrag gestellt, der nie formell abgelehnt worden war und deshalb eigentlich nach drei Monaten als angenommen galt. Wegen der zu erwartenden Rechtsquerelen hatte der damalige Promoter von seinem Vorhaben Abstand genommen. Das Pôle-Nord-Gebäude diente noch einige Jahre als Restaurant und stand dann jahrelang leer – um gut zwanzig Jahre später dann doch abgerissen zu werden. Die Klassierung war in der Zwischenzeit aufgehoben worden, mit einem Argument, das seinerzeit schon Kulturminister Robert Krieps anführte: Das Klassierungsgesetz, welches jeden Umbau eines klassierten Gebäudes genehmigungspflichtig macht, ist ein zahnloser Tiger, denn sofern die betroffenen Besitzer oder Promoter nachweisen können, dass ihnen materieller Schaden entsteht, können sie auf Entschädigung klagen. Im Falle „Beaumontsgaass“ hatte sich Robert Krieps 1987 vorrechnen lassen, dass dort Summen im Spiel waren, die ein Mehrfaches seines Kulturertrags ausmachten.

Auch Industriedenkmäler tauchten im Forderungskatalog von Stoppt de Bagger auf. Dass gerade die Rotunden am hauptstädtischen Bahnhof nicht abgerissen wurden, ist sicher nicht ausschließlich der Verdienst der Vereinigung, aber sie war eine der Ersten, die auf den drohenden Verfall und Abriss hinwies. „Älterhöchste Eisenbahn“, titelte das Vereins-Infoblatt im Dezember 1988 und verlangte eine angepasste Umnutzung, was damals von vielen als absurd abgetan wurde. Die gleiche Ausgabe machte sich auch stark für ein Konzept, das in gewisser Weise dann im

neuen Bebauungsplan der Stadt Luxemburg, der Anfang der 1990er Jahre angenommen wurde, Berücksichtigung fand: Der Ensembleschutz.

Doch gerade dieser „Sieg“ kam eigentlich viel zu spät. Viele zusammenhängende Gebäudestrukturen waren bereits so stark zerstört, dass die Verantwortlichen den kläglichen Rest ebenfalls aufgeben wollten. Denkmalschutz verzeiht keine Fehler. Ein einmal abgerissenes Gebäude ist für immer verloren. Geholfen hätte eigentlich nur das von Stoppt de Bagger und anderen Organisationen verlangte Moratorium gegen jeglichen Abriss alter Bausubstanz. Doch leider hatte die Politik damals wie heute weder den Sinn noch den Mut die Notbremse zu ziehen. „Ne pas protéger n'importe quoi à n'importe quel prix“, zitierte im Dezember 1988 der *Républicain*

Lorrain den damaligen Staatssekretär für öffentliche Bauten Robert Goebels, der in Clausen das baupolitische Programm seiner Partei darlegte. Und auch die DP-CSV-Gemeindeführung zeigte wenig Verständnis für die Forderungen der DenkmalschützerInnen. Keine der damals von Stoppt de Bagger eingereichten Klassierungsprozeduren wurde vom Schöffenrat unterstützt.

Die Bilanz ist ernüchternd: Zwar hat sich der politische Diskurs inzwischen viele Ideen der DenkmalschützerInnen zu Eigen gemacht, doch sind die alten Reflexe geblieben, wie das Pôle-Nord-Gebäude zeigt. Im Zweifelsfall werden die Interessen der Besitzer und Promoter dem Allgemeininteresse untergeordnet. Der schöne Spruch vom Eigentum, das verpflichtet – im Bezug auf Stadtentwicklung und Denkmalschutz bleibt er hohl.

Stoppt de Bagger hat sich nie formell aufgelöst und meldet sich von Zeit zu Zeit zu Wort, wenn wertvolle Gebäude zum Abriss freigegeben werden. Auch wenn der Elan aus frühen Tagen etwas gedämpft worden ist: Gerade in Anbetracht der heutzutage so gern geführten Nachhaltigkeitsdiskussion ist ein sinnvoller Umgang mit bestehender Bausubstanz angesagter als je zuvor. ♦

© Tony Krier, um 1960, Photothèque de la Ville de Luxembourg



Luxemburg tanzt!

Entwicklungslinien des zeitgenössischen Tanzes aus Luxemburg

Daniela Lieb

I.

Seit Mitte der 1960er Jahre erscheinen auf dem Programm des hauptstädtischen Grand Théâtre regelmäßig die Namen international renommierter Choreografen¹. Dies legt eine reiche Tradition hochkarätiger Tanzgastspiele nahe genau wie die Vorliebe einer eher konservativen Bildungsöffentlichkeit für das bereits Etablierte. Die eindrucksvolle Kumulation von *who is who* beansprucht nicht nur entsprechend viel mediale Aufmerksamkeit, sie scheint gleichzeitig dazu geeignet, den Blick von der einheimischen Tanzproduktion abzulenken. Um so stärker drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Beschaffenheit einer jenseits von Importen liegenden Tanzkunstszene auf, nach ihrem Produktions- und Rezeptionshabitus sowie ihrer Positionierung in der Kulturlandschaft des Großherzogtums.

Eine Darstellung des zeitgenössischen Tanzes aus Luxemburg erscheint jedoch in höherem Maße mit Schwierigkeiten verbunden als mancher auf anderen kulturgeschichtlichen Gebieten angesiedelte Beitrag. Mag die Ehrfurcht vor der fremden Größe noch als subjektives Hemmnis gelten, erschweren die problematische Quellenlage² und der beinahe vollständige Mangel an Fachliteratur³ jede ernsthafte Annäherung an den Gegenstand, wenn sie sie nicht gleich zum Scheitern verurteilen. Es ist mir deshalb eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle meinen Dank denjenigen auszusprechen, auf deren Unterstützung ich so dringend angewiesen war.⁴

II.

So viel sei dennoch voraus gegriffen: „Luxemburg tanzt!“⁵ Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, die Entwicklung des zeitgenössischen luxemburgischen Tanzes seit den 1950er Jahren bis zur Gegenwart nachzuzeichnen; dass ein solcher Abriss keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, muss indes kaum betont werden.

Die dokumentarische Überlieferung erlaubt kaum Rückschlüsse auf die Existenz von Tanzschulen in Luxemburg vor dem Zweiten Weltkrieg. Für die ersten Nachkriegsjahre lassen sich einige Akteure nachweisen, über den genauen Umfang ihrer Aktivitäten sind wir jedoch nicht unterrichtet.⁶ Dies gilt erst für Stenia Zapalowska, eine ehemalige Solotänzerin an der Warschauer Oper, die nach ihrer Niederlassung im Großherzogtum Tanz zu unterrichten beginnt und gleichzeitig zahlreiche Aufführungen auf allen Landes Bühnen organisiert. Indem sie ab 1951 regelmäßig mit ihren Eleven beim hauptstädtischen *Rosenfest* auftritt oder wenige Jahre später erste Tanz-Matinées mit eigenen Choreografien im Stadtheater anbietet, scheint ihr Wirken den Anfang der einheimischen Tanzproduktion zu markieren. Mehr noch, als sie 1960 das Unterrichtssystem der Royal Academy of Dance (RAD) einführt, vollzieht sich der wohl erste Schritt in Richtung einer auch hierzulande geltenden europäischen Dimension der Tanzausbildung. Ihre Tochter sowie ihre Enkelin setzen diese Tradition bis heute erfolgreich fort.

Die eigentliche Pionierrolle im Bereich des zeitgenössischen Tanzes scheint nach heutigem Wissensstand Jules Mackel zuzukommen. Nach Aufgabe seiner Solistenstellung am Theater Trier und der endgültigen

Daniela Lieb M.A. hat Japanologie, Geschichte und Romanistik an der Universität Köln studiert. Seit 2009 Archivarin der Theater Föderation und zuständig für das Projekt „Theaterarchiv Luxemburg“.



Die Tänzerin Strenia Zapalowska (©Paul Estgen)

Rückkehr nach Luxemburg unterrichtet er an der eigenen Schule unter anderem die Martha-Graham-Technik und Jazz dance.⁷ Seine Schülerin Christiane Koenigsberger führt dieses Werk fort; überdies gründet sie den nichtwirtschaftlichen Verein Ballet-Théâtre, der jährlich Meisterklassen organisiert.⁸ In diesem Kontext sind ebenfalls die Tanzpädagoginnen Françoise van den Broek und Li Marteling zu nennen, die ab Ende der 1960er bzw. 1970er Jahre mit beachtlichem Erfolg rhythmisches Tanzen bzw. Jazz dance unterrichten.⁹

Es ist zu bedenken, dass die oben genannten Gründungen lediglich individuell agierende, nicht miteinander kooperierende Strukturen darstellen. Hinzu kommt das Problem der bestenfalls punktuellen Finanzierung: Das Kulturministerium verfügt über einen begrenzten Etat und damals eher geringes Interesse an der Tanzkunst.

Im Jahre 1972 wird am Konservatorium der Stadt Luxemburg eine Pilotklasse in klassischem Tanz eingerichtet; 1978 folgt zeitgenössischer Tanz, kurz darauf Jazz dance. Der Umzug des Konservatoriums Esch in ein neues Gebäude 1984 ermöglicht die Gründung von Tanzklassen auch im Süden des Landes. Mit der Einführung des Tanzunterrichts am Conservatoire du Nord im Jahr 1987 verfügt das Großherzogtum über drei öffentliche Institutionen für professionelle Tanzausbildung.

Etwa zeitgleich erfolgt die Bildung erster Tanzkompanien. Zu nennen ist vor allem das 1982 gegründete Forum des Arts, das als polyvalentes Kunstzentrum verschiedene Fachvertreter wie Tänzer und Tanzpädagogen, Choreografen, Musiker und Komponisten vereint. Das Ziel der Einrichtung besteht nicht ausschließlich in der Produktion bzw. Präsentation eigener Tanzstücke. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten verschiedener Kunstrichtungen sowie die Nachwuchsförderung sind ebenfalls integrale Bestandteile ihres Programms; in diesem Sinne werden regelmäßig Fortbildungen angeboten und erste Künstlerresidenzen eingerichtet. Auf diese Weise vollzieht das Forum die ersten Schritte in Richtung einer Professionalisierung der Tanzkunst und entwickelt sich gleichzeitig zu einer Begegnungs- und Austauschstätte europäischer Tanzkulturen.¹⁰

1990 wird Luxemburg Sitz eines Großprojektes, bei dem die europäische Dimension ganz im Vordergrund steht: der Gründung des Euroballet, einer Kompanie, die sechzig Tänzer aus den damals zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft umfassen sollte. Die Zusammenarbeit mit den Festivals von Echternach und Wiltz ist vorgesehen, zahl-

reiche international renommierte Künstler sichern ihre Mitwirkung zu. Der bis 1993 konzipierte Spielplan besteht zu zwei Dritteln aus Stücken des klassischen Repertoires, der Rest umfasst Choreografien zu zeitgenössischer Musik. Es erscheint jedoch beinahe symptomatisch für den damaligen Rezeptionshabitus, dass Aufführungen experimentellen Charakters nicht inländisch, sondern in Metz, Nancy, Trier und der belgischen Grenzregion stattfinden sollten, während für Luxemburg selbst ein klassischer *Nussknacker* geplant ist. Nach nur einem Jahr stellt Euroballet aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten seine Aktivitäten ein;¹¹ eine interregional bzw. im europäischen Kontext agierende Struktur bleibt indes ein Desiderat der luxemburgischen Tanzkünstler.

1994 wird unter der Ägide des Kulturministeriums das Théâtre dansé et muet (TDM) als zentrales Repräsentationsorgan aller im Tanzbereich Tätigen ins Leben gerufen; es vertritt öffentliche und private Ausbildungsstätten, Festivals, Kulturinstitute und -institutionen sowie Einzelpersonen. Ziel ist es, durch Bündelung von Ressourcen, Erfahrung und *know-how* verschiedene Projekte auf dem Gebiet des klassischen und modernen Tanzes sowie des Tanz- und Bewegungstheaters zu realisieren. Dies betrifft zum Einen die Produktion und Präsentation von zeitgenössischen Tanzstücken, zum Anderen die Sensibilisierung und Fidelisierung eines noch nicht versierten Publikums für ein verändertes Bild der modernen Tanzkunst. Besondere Bedeutung kommt auch der Nachwuchsförderung zu; es gilt, mittels verschiedener Schulaktivitäten Jugendliche für den Tanz zu begeistern und junge Talente durch Hospitanzen und Stipendien auf dem Weg in die Professionalität zu begleiten. Schließlich situiert sich TDM bewusst in einem grenzüberschreitenden Kontext: Künstlerresidenzen, die Zusammenarbeit mit ausländischen Choreografen sowie Auslandsgastspiele verstärken den dialogischen Impetus.¹²

Unter dem Namen Centre de création chorégraphique luxembourgeois (TROIS C-L) erweitert das TDM nach zehnjährigem Bestehen seinen Aktionsradius und entwickelt sich zur zentralen Einrichtung für alle mit dem zeitgenössischen Tanz verbundenen Prozesse: Produktion, Präsentation, Information, Austausch und Förderung. Es orientiert sein Handeln an den Kriterien der künstlerischen Qualität, Professionalität und Diversität, der Nachhaltigkeit, der Mobilität und des Dialogs. Die Positionierung innerhalb eines europäischen Netzwerks von Projekten und Austauschprogrammen erlaubt jährlich mehreren Künstlern, ihre beruflichen Erfahrungen und Horizonte über nationale Grenzen hinweg zu erweitern. Eine Vielzahl von in Luxemburg tätigen Choreografen wurde und wird von TROIS C-L gefördert.¹³

III.

Einen Aspekt, der untrennbar mit dem luxemburgischen Tanz verbunden ist, bildet das lebhaftes Festivalgeschehen. Mitte der 1980er Jahre, als der zeitgenössische Tanz im Großherzogtum kaum über die Stellung eines kulturellen Randphänomens hinausgeht, öffnet das im Herzen der Hauptstadt gelegene Kapuzinertheater seine Bühne für Tanzaufführungen experimentellen und progressiven Charakters. 1984 beschließen Marc Olinger, der Intendant des Kapuzinertheaters, Christiane Eiffes, die künstlerische Leiterin des Forum des Arts sowie Normando Torres vom Ballet contemporain de Bruxelles die Gründung einer international angelegten, dem zeitgenössischen Tanz und dem gestischen Theater gewidmeten Veranstaltungsreihe. Das so entstandene Festival Cour des Capucins wird eine führende Plattform für die verschiedensten Manifestationsformen zeitgenössischer Tanzkultur.¹⁴

Das Danz Festival Lëtzebuerg tritt 2005 mit einem veränderten Konzept die Nachfolge des Festivals Cour des Capucins an: Es geht nicht mehr darum, den zeitgenössischen Tanz nach Luxemburg einzuführen, sondern einen Eindruck von der inzwischen ganz lebendigen heimischen Tanzszene sowie vom Leistungsstand der hierzulande wirkenden Choreografen zu vermitteln. In den nächsten Jahren wird der geografische Rahmen, vor allem im Hinblick auf das Kulturjahr 2007, auf die Großregion erweitert und die Zusammenarbeit in diesem für das Großherzogtum so wichtigen geokulturellen Kontext in stärkerem Maße gefördert.¹⁵

Vom 1. April bis zum 30. September 2007 markiert Dance Palace unter der künstlerischen Leitung von Bernard Baumgarten einen besonderen Höhepunkt des Kulturjahres. Ein breit gefächertes Programm, das insgesamt achtzehn verschiedene Projekte umfasst und zahlreiche Künstler aus Luxemburg und der Großregion zusammenbringt, trägt wesentlich dazu bei, den interregionalen Austausch sowie die interdisziplinäre Kooperation zu verstärken. Durch ganztägige Öffnungszeiten bei freiem Eintritt bietet Dance Palace gleichzeitig dem interessierten Publikum einen intimen Einblick in unterschiedlichste künstlerische Arbeitsvorgänge.¹⁶

IV.

Seit beinahe 150 Jahren lautet der Wahlspruch der Luxemburger *Mir wëlle bleiwen, wat mir sinn*. Die luxemburgische Nationalidentität, zuletzt Gegenstand verschiedener Studien, scheint zwei distinkte, jedoch nicht als gegensätzlich empfundene Tendenzen zu vereinen: auf der einen Seite die Introspektion, die Besinnung auf sich selbst, die gezielte Kultivierung von Identifikationsmerkmalen. Auf der

anderen Seite war Luxemburg seit Beginn seiner Unabhängigkeit um die aktive Teilhabe an übergreifenden Strukturen bemüht und sich stets der Notwendigkeit von Transferbewegungen bewusst. Aufgrund seiner geografischen, historischen und kulturellen Situation fiel dem Großherzogtum die Vermittlerrolle zwischen den benachbarten Kulturen zu;¹⁷ nach 1945 wandelte sich die Funktion Luxemburgs vom Mediator im deutsch-französischen Dialog hin zum Verfechter und Vorreiter des europäischen Gedankens. In diesem Kontext repräsentiert die Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an das luxemburgische Volk im Jahr 1986 die öffentliche Anerkennung seiner Verdienste um die Vereinigung Europas.¹⁸ Die wohl bedeutendste Errungenschaft des Kulturjahres besteht in der Erkenntnis, dass die national-kulturelle Identität in einem postmodernen Europa immer auch das Resultat der Begegnung mit anderen Kulturen und Nationen darstellt.¹⁹ Diese neue Form der Selbstwahrnehmung und -reflexion gelangt in Produktionen wie *Duerchzuch um Giele Botter*,²⁰ einer Koproduktion des Künstlerkollektivs Maskénada und TROIS C-L, oder *The Luxembourg Project*²¹ des Choreografen Gianfranco Celestino zum Ausdruck. Sie äußert sich ebenfalls und vor allem in der großregionalen und europäischen Ausrichtung des Festivals Le Transfrontalier, das 2008 als Nachfolger des Danz Festival Lëtzebuerg gegründet wurde und unbestreitbar der geistige Erbe dieser neuen Standortbestimmung ist.

Luxemburg tanzt also. Insgesamt zehn Theater- und Kulturhäuser setzen jährlich nahezu hundert Tanzproduktionen auf ihren Spielplan; einige von ihnen – die beiden städtischen Theater Luxemburg und Esch-sur-Alzette oder das Théâtre national du Luxembourg (TNL) etwa – übernehmen regelmäßig die Produktion bzw. Koproduktion zeitgenössischer Tanzstücke. Gegenwärtig sind ca. dreißig professionelle Tänzer und Choreografen in Luxemburg tätig. Das Zentrum TROIS C-L und die Arbeitsgruppe *Danse*, 2009 innerhalb der Theater Fédération gebildet, widmen sich einem vielfältigen Aufgabenbereich, der Produktion und Präsentation von zeitgenössischem Tanz im In- und Ausland, Nachwuchsförderung, künstlerische Weiterbildung und die Integration in internationale Tanznetzwerke umfasst. Dies alles berechtigt zu der Hoffnung, dass Luxemburg auch weiterhin, vielleicht mit noch größerem Erfolg tanzen wird. ♦

Das Kulturministerium verfügt über einen begrenzten Etat und damals eher geringes Interesse an der Tanzkunst.



Tänzer aus dem Forum des Arts (© Christiane Eiffes)

1 Für den Zeitraum 1964-1989 vgl. REILES, Paul: *Maurice, John, Jiri et les autres. 25 ans de ballet au Théâtre municipal*, Luxembourg 1990, S. 101-106.

2 Vor allem die Archivbestände älterer oder heute nicht mehr vorhandener Einrichtungen sind häufig disparat, lakunär und schlecht erhalten. Um diesem Zustand abzuhelpen, hat die Theater Federatioun als Vertretungsorgan der professionellen Landesbühnen ein Projekt initiiert, das die Sammlung, Konservierung und inhaltliche Erfassung relevanter Materialien vorsieht und mit der Gründung eines luxemburgischen Theater- und Tanzarchivs die zentrale Stelle zur Pflege des theatralen und choreografischen Erbes ins Leben ruft. Es wird zweifelsohne auch zu den Aufgaben dieser Institution gehören, durch die wissenschaftliche Aufarbeitung der gesammelten Dokumente die Geschichte des luxemburgischen Tanzes zu rekonstruieren.

3 Unter den Beständen des luxemburgischen Verbundkatalogs bibnet.lu befindet sich meines Wissens eine einzige monografische Schrift, die sich – und dies lediglich zu einem Drittel ihres Umfangs – diesem Thema widmet: THEIN, Manou: „La danse au Luxembourg“, in: BALDAUFF-BECK, Simone/LINSTER, Marc (Hg.): *Son et lumière*, Echternach 1990 (Amphitheater 15/16 Spezialheft).

4 Mein Dank gilt vor allem Christiane Eiffes und Bernard Baumgarten vom Centre de création chorégraphique luxembourgeois (TROIS C-L) für eine Fülle von Informationen und Hinweisen, die die vorliegenden Ausführungen überhaupt ermöglicht haben. Zu ganz besonderem Dank bin ich ebenfalls Paul Ewen verpflichtet, der mir in unermüdlicher Sichtungstätigkeit Informationen über drei Generationen luxemburgischer Tanzkünstler zukommen ließ. Herzlich gedankt sei auch denjenigen Instituten und Institutionen, die durch Beantwortung meiner Fragen oder die Bereitstellung von Dokumenten dazu beigetragen haben, den einen oder anderen Sachverhalt zu klären. Für inhaltliche Schwächen und formelle Mängel hingegen übernehme ich allein voll und ganz die Verantwortung.

5 Es sei erlaubt, auf eine Formulierung von BAUMGARTEN, Bernard: *Luxemburg tanzt*, 2007 [unveröffentlichtes Manuskript] zurückzugreifen.

6 THEIN, Manou: *La danse au Luxembourg* 1990, S. 74.

7 Ebd., S. 77 ff.

8 Ebd., S. 79.

9 Ebd., S. 81-86.

10 WURTH-POLFER, Lydie: *Cinq années d'activité intense*, s.l. [1982]; EIFFES, Christiane: *Danse*, s.l. [1982].

11 EIFFES, Christiane: „Euroballet – Perspectives“ 1992, in: BALDAUFF-BECK, Simone/LINSTER, Marc (Hg.): *Son et lumière*, Echternach 1990, S. 103-106 (Amphitheater 15/16 Spezialheft); BOEVER, Georges: „Fondation Euroballet et le European Community Ballet“, in: SCHMIT, Mars: *Charnière d'Europe! Bindeglied Europas*, Esch-sur-Alzette 1990, S. 77 ff.

12 HENNICOT-SCHOEPGES, Erna: [Théâtre dansé et muet], s.l. [1994]; BOHNERT, Robert: *Dix ans déjà*, s.l. [2004]; EIFFES, Christiane: „10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel“, in: *10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel*, s.l. 2004.

13 BOHNERT, Robert [et al.]: „Introduction“, in: *Théâtre danse et mouvement, saison 2003/04*, s.l. [2003]; BULEUX, Charlynel KIND, Peggy: *Centre de création chorégraphique luxembourgeois, ancien théâtre danse et mouvement. Catalogue de chorégraphes/choreographers*, Luxembourg [2004].

14 WURTH-POLFER, Lydie: „Festival, Cour des Capucins“, in: *10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel*, s.l. [2004]; JACOBS, Marie-Josée: „10^e anniversaire du Festival Cour des Capucins“, in: *10^e Festival Cour des Capucins, danse et*

théâtre gestuel, s.l. [2004]; EIFFES, Christiane: „10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel“, in: *10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel*, s.l. [2004]; DUMONT, Jeanne: „Un festival qui fête la danse“, in: *10^e Festival Cour des Capucins, danse et théâtre gestuel*, s.l. [2004]. Am 15. März 2010 wurde in Luxemburg der Kulturpass eingeführt, der sozial Defavorisierten den Zugang zu kulturellen Einrichtungen erleichtern soll und zu diesem Zweck den Erwerb von Theater- und Konzertkarten zum Preis von 1,50 € ermöglicht. Mit dem kostenfrei angebotenen Eintritt antizipiert das Festival Cour des Capucins diese kulturpolitische Maßnahme um Jahrzehnte und setzt sich konsequent für eine Demokratisierung der Kultur ein.

15 Danz Festival Lëtzebuerg 2005 [Pressemitteilung].

16 BOHNERT, Robert: „Les grands moments/Große Momente“, in: *Dance palace*, s.l. [2007]; BAUMGARTEN, Bernard/ZIMMER, Séverine: „Dance palace – heute ... und morgen?“, in: *Dance palace*, s.l. [2007]. Am 23.04.2010, wenige Wochen nach der Einführung des Kulturpasses, fand in der Abtei Neumünster ein Rundtischgespräch zum Thema „Quelle culture contre l'exclusion?“ statt. In diesem Zusammenhang optierte Jean Hurstel, Präsident des Netzwerkes Banlieus d'Europe, u. a. für ein Konzept der aktiven Beteiligung der Bevölkerung am Kulturgesehen, vgl. hierzu KASS, Carlo: „Welche Kultur gegen den sozialen Ausschluss?“ Rundtischgespräch über Armut als Desintegrationsfaktor, *Tageblatt*, 26. April 2010. Auch diesbezüglich scheint die luxemburgische Tanzszene kulturpolitische Forderungen stillschweigend vorwegzunehmen.

17 Vgl. in diesem Sinne den von Batty Weber (1860-1941) propagierten Entwurf einer Mischkultur bei WEBER, Batty: „Über Mischkultur in Luxemburg“, Beilage der *Münchener Neuesten Nachrichten*, 20. Januar 1909 sowie *Luxemburger Zeitung*, 11.-12. Februar 1911 und *Abreisskalender*, 22. Februar 1920; hierzu CONTER, Claude D.: „Mischkultur“, in: KMEC, Sonja/MAJERUS, Benoît/MARGUE, Michel/PEPORTE, Pit (Hg.): *Lieux de mémoire au Luxembourg. Usages du passé et construction nationale/Erinnerungsorte in Luxembourg. Umgang mit der Vergangenheit und Konstruktion der Nation*, Luxembourg 2007 sowie PEPORTE, Pit/KMEC, Sonja/MAJERUS, Benoît/MARGUE, Michel: *Inventing Luxembourg. Representations of the past, space and language from the nineteenth to the twenty-first century*, Leiden [et al.] 2010, S. 261-265.

18 Vgl. CONTER, Claude D.: „Mischkultur“, in: KMEC, Sonja/MAJERUS, Benoît/MARGUE, Michel/PEPORTE, Pit (Hg.): *Lieux de mémoire au Luxembourg. Usages du passé et construction nationale/Erinnerungsorte in Luxembourg. Umgang mit der Vergangenheit und Konstruktion der Nation*, Luxembourg 2007

19 Zur Rolle Luxemburgs im interkulturellen europäischen Dialog äußerte sich unlängst eine u. a. vom Institut Pierre Werner organisierte Tagung, vgl. FOUCAUD-ROYER, Emmanuel: „Miser sur le dialogue interculturel. L'Europe au lendemain de la crise“, *La voix*, 14. mai 2010.

20 *Duerchzuch um Giele Botter. Evolutionungsgeschichten an aner bewegend Biler*. Produktion: Maskénada, TROIS C-L, Luxembourg et la Grande Région, capitale européenne de la culture 2007; Konzeption und künstlerische Leitung: Annick Pütz; Führung durch das Naturschutzgebiet Giele Botter, 7., 8. und 9. September 2007.

21 *The Luxembourg Project I. Crossing Town*. Produktion: Maskénada, TROIS C-L, Théâtre national du Luxembourg; Choreografie: Gianfranco Celestino; Assistenz: Anne-Mareike Hess; Musik: Emre Sevindik; Kostüme: Isabelle Dickes; Bühne: Do Demuth; Théâtre national du Luxembourg, 7., 9. und 10. November 2007. *The Luxembourg Project II. Sweet dreams*, Produktion: Maskénada, TROIS C-L, Grand théâtre de Luxembourg; Idee, Konzept und künstlerische Leitung: Gianfranco Celestino; Assistenz: Stefano Spinelli; Text: Olivier Garofalo; Musik: Emre Sevindik; Kostüme: Isabelle Dickes; Bühne: Do Demuth; Théâtre d'Esch, 2. und 3. Oktober 2009.

Musik, Marketing & Gehälter

Guy Engels

Am September huet d'Philharmonie hier Saison 2010/2011 opgemaacht – an dat wéi gewinnt mat engem musekaleschen Topevenement. Éischten Invité am Concertshaus um Kierchbierg war de Gustav-Mahler-Jugendorchester ënnert der Leitung vum Herbert Blomstedt. Solist war de Bariton Christian Gerhaher, deem dem Mahler seng *Lieder eines fahrenden Gesellen* interpretéiert huet. Als zweete Komponist huet sech en anere grouse Symphoniker op de Programm gesellt: den Anton Bruckner. Vun him gouf déi 9. Symphonie gespillt.

Eng Woch méi spéit war et um Philharmoneschen Orchester Lëtzebuerg, fir an dat neit Museksjoer ze starten. An och den OPL hat sech net lompe gelooss a fir den Optakt de russesche Pianist Evgeny Kissin engagéiert, deem a leschter Zäit net nëmmen duerch seng musekalesch Konscht vu sech schwätzen deet, mä och duerch seng konfus a radikal politesch Theesen iwwert den israelesch-arabesche Konflikt, wou en all Frënn vun den Araber als seng perséinlech Feinde betruecht.

Als lescht hate sech dann den 20. September d'Solistes Européens, Luxembourg presentéiert, fir hieren Depart an déi nei Saison, déi éischt ënnert der Responsabilitéit vum neie Chefdirigent Christoph König. Wéi de Christoph König dem Orchester eng nei Nues verpasst, wéi hie senger Programmation en originellen Touch wëllt ginn, dat hu mer jo scho während deene puer Gaaschtoptrëtter am Laf vum Joer erlieft. Mat deenen Erfahrungen däerfe mer eis roueg op eng spannend musekalesch Saison freeën.

Datselwecht gëlt natierlech och fir d'Philharmonie an den OPL, déi eis mat flotte Programmen an interessanten Invitée wäerte verwinne. Méi spannend ass am Ablack allerdéngs dat, wat sech hannert de Kulisse vu béiden Institutionen ofspillt. Kuerz virun der grousser Vakanz hat d'Kulturministesch

Octavie Modert bekanntlech matgedeelt, dat den OPL an d'Philharmonie a spéitstens annerhallwem Joer fusionéiere sollten. Ziel vun dësem wichtege Aschnëtt ass et, d'Organisation an de Marketing z'optimiséieren a selbstverständlech och, fir Suen ze spueren. Och wa Philharmonie an OPL eegestänneg Organisationne si mat enger eegener Keess, leschtendlech kommen d'Suen jo awer virop aus dem Kulturministère – also aus engem Dëppen.

Am Kontext vun där Fusioun huet sech Mëtt August och den OGB-L zu Wuerd gemellt. Der Gewerkschaft geet et selbstverständlech ëm d'Uleies vun de Mataarbechter vun der Philharmonie a vum OPL, a si beschwéiert sech, datt am Gremium, deem d'Fusioun soll virbereeden, d'Salariéen net vertruede sinn. Et sollt een awer net vergiessen, dat d'Kulturministesch och Gespréicher mat der Delegation vun den Orchestermuseker hat, déi eng Fusioun géife begrëssen.

Et bleift allerdéngs, datt d'Gehälter eng vun deene quokelege Froen an dësem Dossier sinn, well d'Aufgaben jo och esou komplett ënnerschiddlech sinn. Op där enger Säit deen éischter administrative Beräich, op där anerer Säit d'Museker mat hie ganz spezifischen Déngschtpläng. Dat alles muss an d'Gesamtiwwerleeunge mat afléissen, wéi een zwou juristesche verschidde Strukturen – den Etablissement public Salle de Concerts Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte an d'Fondatioun Henri Pensis – ënnert een Hutt bréngt.

All déi Gespréicher lafe schonn, an et däerf ee gespaant sinn, wat um Enn derbäi erauskënnt a wéini déi Fusioun effektiv gëtt.

An där Perspektiv kënne mer eis vläicht elo schonn op d'Rentrée 2011/2012 freeën.

Le Temps de l'Afrique

Notes de lecture – Jean-Michel Severino, Olivier Ray : *Le Temps de l'Afrique*, Odile Jacob, mars 2010, 345 pages, 25 euros

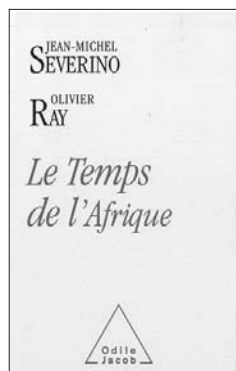
Raymond Weber

Jean-Michel Severino, ancien directeur général de l'Agence française de développement (AFD), et son collaborateur Olivier Ray tentent, dans ce très beau livre, de modifier le regard de l'Europe vieillissante sur le sous-continent noir, en cette année 2010 marquée par le cinquantenaire des indépendances africaines. L'Europe persiste à considérer l'Afrique comme une terre archaïque, coupée du monde, hors mondialisation, vouée à la famine et à la grande pauvreté autant en raison des guerres ethniques que de l'incapacité des Africains à entrer dans l'histoire et dans la modernité¹. Or, ce mythe d'une malédiction, de la « tragédie nègre », du mal-développement s'effondre aujourd'hui tant devant les faits que devant les chiffres, notamment économiques. L'Afrique n'est condamnée ni par sa géographie, ni par son histoire, ni par sa culture ou ses institutions. Encore moins par l'aide économique qu'elle a reçue avec plus de parcimonie qu'on ne le pense².

On croyait cette Afrique vide, rurale, animiste, pauvre, oubliée du monde. Or, la voilà pleine à craquer, urbaine, monothéiste, avec un dynamisme démographique (deux Subsahariens sur trois ont moins de 25 ans) qui va imposer une cadence effrénée aux mutations du sous-continent. Alors que les acteurs les plus « jeunes » de notre société mondiale – Chinois, Indiens, Brésiliens – saisissent les opportunités de cette aventure inouïe, « l'Afrique continue à être considérée par les Européens comme objet de compassion qui appelle – au mieux – la charité et, au pire, l'endiguement ». Alors que l'Europe n'a plus de pensée publique réfléchie, cohérente et prospective sur l'Afrique, le temps est venu, selon les auteurs, de reconnaître l'Afrique, de quitter nos grilles de lecture traditionnelles et de « penser, (de manière

prospective), les conséquences de ces mutations d'intensité sismique sur l'Afrique, sur ses voisins et sur le monde » et de comprendre la réémergence stratégique de l'Afrique (elle devient acteur de son destin sur la scène mondiale) – dans les risques comme dans les opportunités qui y sont liés.

Depuis quelques années, l'Afrique subsaharienne se place dans des échelles de croissance significatives, qui marquent une rupture radicale avec les deux décennies précédentes. Plus d'un Africain sur trois vit dans une économie qui a connu une croissance de plus de 4 % par an depuis dix ans³. Et cette croissance économique ne résulte pas seulement des exportations de matières premières⁴, mais aussi de facteurs endogènes comme l'explosion démographique, l'urbanisation et la densification des territoires. Le sous-continent est, en effet, à la fois une terre de migrations internes et d'immigration⁵ : tous ces mouvements de populations régulent les espaces en peuplement et structurent en quelque sorte les économies. Mais un tel brassage humain bouleverse aussi la perception identitaire : l'ethnie et la tribu, telles qu'étiquetées par les colonisateurs, étanches et hors de l'histoire, ne constituent plus le socle unique. Comme tout Européen, un Africain dispose d'identités multiples et alternatives. Enfin, les modes de vie changent : les Africains abandonnent peu à peu les religions traditionnelles et adhèrent à l'islam et au christianisme (même si le phénomène des sectes est devenu puissant pour ces deux monothéismes), qui jouent aujourd'hui souvent un rôle économique et social important, surtout face à des États « fragiles » et à des sociétés civiles encore insuffisamment structurées. Comme le soulignent par ailleurs les auteurs Severino et Ray : la mutation économique engendre





© ASTM

l'émergence d'une classe moyenne, cosmopolite et multilingue. Et l'accès à l'information se démocratise : les chaînes satellitaires, notamment arabes, se multiplient et la communication par Internet joue à la fois un rôle économique, social et politique (y compris pour les oppositions politiques).

Dans cette mue vers sa propre modernité, africaine et non importée, qui prendra sans doute encore quelques décennies, l'Afrique subsaharienne présente évidemment aussi un certain nombre de fragilités : faiblesse du pouvoir politique, structuration insuffisante de la société civile, dégradation et raréfaction des ressources naturelles, trafics et conflits en tous genres, corruption. Sans parler du respect des droits de l'Homme, de la bonne gouvernance et de la démocratie qui sont souvent un peu oubliés dans cette métamorphose africaine.

Aujourd'hui, multipliant les « partenariats stratégiques » avec les pays émergents, l'Afrique n'attend plus l'Europe avec sa charité et son complaisant dédain. Elle l'oblige à lui proposer une nouvelle relation : non pas une aide au développement qui la maintiendrait dépendante, mais une coopération qui accompagnera son décollage économique et le rendra durable. Le temps est venu de « mettre en place un espace euro-africain de croissance, construit autour d'intérêts partagés ».

En résumé : cet ouvrage présente les différentes facettes de cette nouvelle Afrique, bientôt milliardaire, à mi-chemin du processus de peuplement le plus fulgurant qu'ait connu l'humanité. L'économie (dont le pouvoir de vecteur de développement est peut-être surestimé), la politique, la diplomatie, les cultures

et les religions : tout devrait contribuer à faire du XXI^e siècle « le temps de l'Afrique ». Sans passer sous silence les risques et fragilités de sa métamorphose, sans sous-estimer l'impact que les changements climatiques peuvent avoir sur les zones intertropicales et sur les zones côtières⁶, le livre de Severino et Ray fait ressortir les forces et les espoirs que recèle cette métamorphose.

Un livre à mettre d'urgence entre toutes les mains, et notamment celles de nos responsables politiques et économiques ! ♦

1 Cf. le discours, considéré par beaucoup d'Africains comme humiliant, du président Nicolas Sarkozy à Dakar le 26 juillet 2007

2 Jean-Michel Severino a eu souvent l'occasion de dire tout le mal qu'il pense du livre de D. Moyo, *L'Aide fatale. Les ravages d'une aide inutile et de nouvelles solutions pour l'Afrique* (Jean-Claude Lattès, 2009). Mais il a aussi développé, ensemble avec Olivier Ray (dans deux études pour le Center for Global Development : *The End of ODA : Death and Rebirth of a Global Public Policy* – mars 2009 et *The End of ODA : The Birth of Hypercollective Action*, juin 2010) ou avec Jean-Michel Debrat (*L'Aide au développement*, Le Cavalier Bleu, 2010) ou encore avec O. Charnoz (*L'aide publique au développement*, La Découverte, 2007) toute une réflexion sur l'aide au développement et son efficacité sur laquelle il serait sans doute souhaitable de revenir dans une prochaine note de lecture.

3 *50 faits intéressants concernant l'Afrique subsaharienne*, Banque mondiale, 2007.

4 Il est évident que les ressources naturelles africaines sont l'objet de toutes les convoitises en ce début de siècle : importance des terres africaines dans la production alimentaire mondiale ; valeur des puits de carbone que constituent les forêts du bassin du Congo ; pétrole, manganèse, cuivre, uranium, coltan, bauxite, zinc, or.

5 On l'oublie trop souvent : moins de 10 % des migrations africaines concernent l'émigration vers l'Europe, les Amériques et l'Asie. Qui accueilleront, p.ex. en Afrique de l'Ouest, quelque 80 % de la population et pourraient donc provoquer des migrations climatiques très importantes.

**L'Afrique
n'attend plus
l'Europe avec
sa charité et son
complaisant
dédain.**

Lesen gegen den Klimawandel

Bücher für eine kreative Denkpause zwischen Kopenhagen und Cancún (Teil 7)

Pia Oppel

Fred Pearce: *The Climate Files. The battle for the truth about global warming*

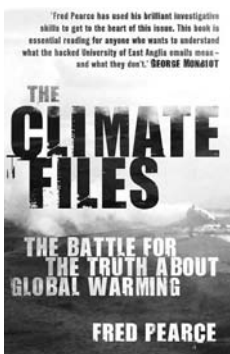
Erinnern Sie sich noch? Vor fast einem Jahr, pünktlich zum Auftakt der mit Spannung erwarteten UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, versetzten gestohlene E-Mails, die den anthropogenen Klimawandel anscheinend als Lüge enttarnten, die Medien in helle Aufregung. „Climategate“ – wie die Affäre bald getauft wurde – drehte sich um die vertrauliche Korrespondenz zwischen Phil Jones, dem Leiter der Climatic Research Unit (CRU) der englischen University of East Anglia und einigen seiner Kollegen über einen Zeitraum von 13 Jahren.

Keinesfalls wissenschaftlich, wenn nicht gar schlichtweg kriminell, lasen sich die in den Medien heftig diskutierten Ausschnitte aus den E-Mails. Die erste Empörungswelle drohte das Gebäude der gesamten Klimawandelforschung und ihrer wichtigsten Erkenntnis – die derzeit beobachtete Erderwärmung ist menschengemacht und gefährlich – umzustürzen. Mehrere Untersuchungskommissionen und vor allem eine sorgfältigere Lektüre der E-Mails machte in den darauf folgenden Monaten nach und nach klar, dass das Arbeitsethos der Betroffenen nicht ganz der feinen englischen Art entsprochen hatte, das Resultat ihrer Recherchetätigkeit aber durchaus auf festen Füßen stand. Die öffentliche Aufmerksamkeit hatte sich derweil schon wieder anderen Themen zugewandt, so dass eine Debatte über die eigentlichen Lehren aus dem Skandal nicht stattfand. Mit seinem kürzlich erschienenen Buch versucht der Journalist Fred Pearce dies nachzuholen. Seine Intention ist glücklicherweise weniger apodiktisch als der pompöse Un-

tertitel des Buchs befürchten lässt und zeugt von einer konstruktiven, abwägenden Herangehensweise: Climategate birgt für Pearce das Potential, eine neue Streitkultur an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu begründen. Ein neuer, offener Umgang mit kritischen bis skeptischen Positionen zur Klimaforschung, so seine Überzeugung, könne die Qualität der Wissenschaft und somit das öffentliche Vertrauen in ihre Resultate sichern. Zu diesem Zweck schildert Pearce – im lockeren journalistischen Stil, aber mit zahlreichen Fußnoten gespickt – sowohl die eng verwobenen Geschichten von Klimaforschung, Klimapolitik, dem zwischenstaatlichen Expertengremium IPCC, ebenso wie der klimaskeptischen „Blogosphäre“, die an der Entstehung des Skandals maßgeblich beteiligt war. Streckenweise liest sich der daraus hervorgehende Bericht wie ein historischer Kriminalroman, in dem Detektiv Pearce die Motive und Verstrickungen der Protagonisten (die so zahlreich sind, dass der Autor eigens ein kleines Register mit kurzen biographischen Notizen angelegt hat) aufdeckt und zentrale Handlungsstränge fein säuberlich sezziert.

Der weite Blick zurück lohnt sich, denn Climategate ist der vorläufige Höhepunkt eines sich seit langen Jahren zuspitzenden Konflikts zwischen mehreren Klimawissenschaftlern, deren bisherige Laufbahnen Pearce schildert, und Kritikern außerhalb der Wissenschaftscommunity, „who (...) were far more diverse than the scientest at the time acknowledged. Some fitted the stereotype of right-wing attack dogs – dinosaurs, as their opponents saw it, left over from the days before climate science had found its feet. But many did not. In particular, there was a new

Fred Pearce, *The Climate Files. The Battle for the Truth about global Warming*, London, Guardian Books, 2010.

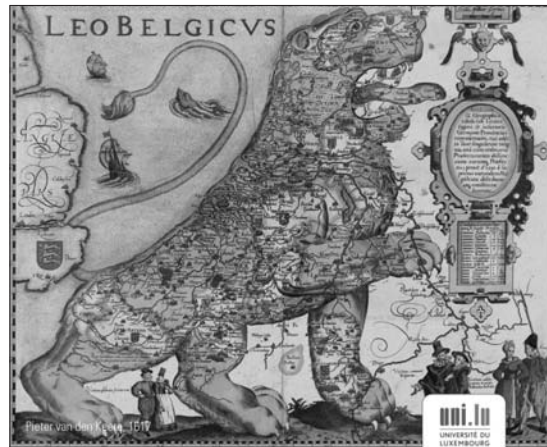


breed of critic without overt political or commercial motivation, amateur scientific sleuths driven more by curiosity and healthy scepticism for received wisdom. They wanted access to complex data sets held by the mainstream scientists so they could test for themselves the latter's conclusions."

Erwähnt sei hier nur der prominenteste unter ihnen: Steve McIntyre, ein kanadischer Mathematiker, der im Erdölsektor tätig war und seit 2003 Vollzeit als Amateur mit klimawissenschaftlichen Recherchen beschäftigt ist. Seine Resultate publiziert er auf seinem Blog climateaudit.org, teils aber auch in wissenschaftlichen Journalen. Seine Aufmerksamkeit richtete sich vor allem auf Phil Jones und dessen weltweites Netz von Kollegen – allesamt im Kern mit dem Nachweis des anthropogenen Klimawandels beschäftigt.

McIntyre hat die Forscher immer häufiger um ihre Datensätze und Rechenmodelle gebeten, mit der Begründung ihre Arbeit überprüfen zu wollen. Und hier liegt bereits die Krux, vor deren Hintergrund der Skandal sich entfalten konnte: „The difficulty in replicating this work is one reason that sceptics, rightly or wrongly, have been able to claim that bad climate science has proliferated. That is why the demands have grown for scientists to release their raw data, even to people outside the research community.“ McIntyre und andere Mitstreiter konnten die Wissenschaftler im Laufe der Jahre mit zunehmendem Druck zur Publikation vereinzelter Datensätze bewegen und dann tatsächlich kleine Fehler aufdecken, die sie als Beweis für den Schwindel der Wissenschaftler an die Öffentlichkeit trugen. Im Nachhinein konnten ihre Vorwürfe zwar häufig widerlegt werden, die betroffenen Wissenschaftler fühlten sich von den zeitraubenden Datenanfragen, in denen sie keinen wissenschaftlichen Mehrwert erkennen konnten, dennoch derart belästigt, dass sie versuchten, möglichst wenige Daten preis zu geben und andere Kollegen von der Notwendigkeit dieser Wagenburgstrategie zu überzeugen.

Bis heute bleibt ungeklärt, wie schließlich am 29. November 2009 über tausend E-Maildateien und etwa 4 000 Dokumente mit Datensätzen vom Server der University of East Anglia gestohlen werden konnten. Sicher ist jedoch, dass die Dokumente gezielt ausgesucht wurden: Sie legen aufs Peinlichste offen, wie verquer insbesondere Phil Jones' Abwehrhaltung war und mit welchen Mitteln innerhalb der Wissenschaftscommunity der Druck erhöht wurde, widersprüchliche Forschungsergebnisse – auch von seriösen Wissenschaftlern – zu unterschlagen: „a close reading of the emails exposes strenuous efforts by the mainstream climate scientists to do what some outside observers would regard as censoring their critics.“



UNI IWWER LAND 11 AN ZESUMMENARBECHT MAT DER LANDAKADEMIE

Mol mer Lëtzebuerg

Kartographesch Duerstellungen zanter dem 16. Joerhonnert bis elo

Sonja Kmec

Unité de recherche : Identités. Politiques Sociétés Espaces

Dienstag, 12. Oktober 2010 19:30

Centre écologique Parc Housen

D'Thema vun dëser Konferenz ass d'Duerstellung vu Lëtzebuerg op de Kaarten. Mir kucken zeréck an d'Zäit virun dem Nationalstat: War Lëtzebuerg deemools een Deel vun den Niederlande, vu Frankräich oder vu Däitschland? Wéi hunn sech d'Kaarten no 1815 entwéckelt a firwat schwätzt een haut vun den „dräi Démembrementen“? Gouf Lëtzebuerg 3 mol gedeelt oder wéi ass d'Form vum „Schong“ soss entstanden?

Zum Thema:
P. Péporté, S. Kmec, B. Majerus, M. Margue: *Inventing Luxembourg. Representations of the Past, Space and Language from the Nineteenth to the Twenty-First Century.* Leiden/Brill, 2010

Dank seiner wissenschaftlichen Sachkenntnis und einer minutiösen Lektüre der gesamten Korrespondenz gelingt Pearce ein differenziertes Urteil darüber, was die E-Mails aussagen und was nicht. Den Vorwurf, Jones hätte versucht durch Manipulation seiner Messwerte falsche Beweise für den Klimawandel zu ermöglichen, enttarnt er als blanke Lüge. Was man den Wissenschaftlern aber anlasten müsse, so Pearce, sei ihre prinzipielle Abwehrhaltung gegenüber jenen, die Datensätze und Rechenmodelle zur Überprüfung der Resultate forderten. Am härtesten verurteilt Pearce das verkorkste Wissenschaftsverständnis, welches als Folge der langjährigen Grabenkämpfe scheinbar zur Selbstverständlichkeit wurde. Nach seiner Temperaturdatensammlung gefragt, entgegnete Jones in einer E-Mail: „Why should I make the data available to you, when your aim is to try and find something wrong with it.“ Pearce sieht darin den Beweis, dass Jones ein grundlegendes Prinzip der Wissenschaft mit Füßen tritt: Erkenntnisfortschritt wird schließlich durch Reproduzierbarkeit von Experimenten und gegebenenfalls auch durch Widerlegung vorheriger Resultate erzielt.

Pearce plädiert für eine radikale Öffnung der Klimaforschung, auch gegenüber den kritischen Augen von amateurhaften Klimaskeptikern und deren Fanggemeinschaften im Internet

Eine solche Mentalität deutet der Autor als Kapitulation vor den Attacken der Klimaskeptiker. Sie sei entstanden, weil viele Klimaforscher sich dazu gezwungen sehen, eine „nice tidy story“ zu liefern. Pearce plädiert deshalb für eine radikale Öffnung der Klimaforschung, auch gegenüber den kritischen Augen von amateurhaften Klimaskeptikern und deren Fanggemeinschaften im Internet, denn: „It seems the climate sceptics are right about one thing. They are right to say we know less than we think about how climate change will play out. Where they are wrong, and illogical, is in presuming that our uncertainty means we can worry less.“

Climategate, so Pearce, sei Ausdruck einer tiefen und in weiten Teilen durchaus berechtigten Vertrauenskrise, die sich auch auf den Weltklimarat ausgeweitet hat. Damit ist ein zweiter Gesprächsstrang angesprochen, der sich durch die E-Mails zieht und um die Bemühungen kreist, konträre Meinungen in den – für die internationalen Klimaverhandlungen extrem relevanten – Berichten des IPCC nicht erscheinen zu lassen. Phil Jones schrieb über zwei Studien sogar, dass er diese aus dem nächsten IPCC-Report heraushalten werde, koste es, was es wolle – „even if we have to redefine what the peer review literature is.“ Zusätzlich schmiedeten die CRU-Wissenschaftler „back-door deals to include unpublished research in the last IPCC report, published in 2007. This subverted the supposedly open review process of the IPCC.“

Davon abgesehen, dass der Arbeitsprozess des IPCC offensichtlich reformiert werden muss – und wahrscheinlich grundlegender als der kürzlich erschienene Untersuchungsbericht vom Inter Academy Council Nahe legt – verdeutlicht Pearce, dass weitere „Climategates“ nur verhindert werden können, wenn das Gremium wissenschaftliche Unsicherheiten und die Margen innerhalb derer sich die Zukunftsprognosen bewegen, offensiver kommuniziert. Erst dann könne man die Schwarz-Weiß-Logik überkommen „that if any of the climate scientists are found to be at fault, then that undermines the edifice of science about climate change. It is not like that. (...) gravity isn't right because Newton was a nice guy.“

Am 14. Juli fand in London ein Rundtischgespräch über die Lehren aus Climategate statt. Teilnehmer waren u. a. Prof. Trevor Davies (Rektor der University of East Anglia), Prof. Robert Watson (ehemaliger Vorsitzende des IPCC), Steve McIntyre und Fred Pearce. Die Aufnahmen können Sie hier anschauen und -hören: www.guardian.co.uk/environment/video/2010/jul/15/climategate-guardian-debate

forum

Für Politik, Gesellschaft und Kultur

gegründet 1976
Herausgeber: forum a.s.b.l.
Durchschnittliche Auflage: 1900 Expl.
10 Ausgaben im Jahr
ISSN 1680 - 2322

Ständige Mitarbeiter

Jean-Paul Barthel, Olivier John, Thomas Köhl, Michel Pauly, Christina Schürr, Jürgen Stoldt, Viviane Thill, Jean-Marie Wagner

Koordination

Lynn Herr, Bernard Thomas

Autoren dieser Ausgabe

Frédéric Berger, Guy Engels, Nico Fehlen, Alessio Fusco, Véronique Gobert, Richard Graf, Marie-Josée Jacobs, René Kneip, Thomas Köhl, Daniela Lieb, Marcel Lorenzini, Roland Maas, Karin Manderscheid, Christiane Meyers, Paul Milmeister, Pia Oppel, Charel Schmit, Klaus Schneider, Jürgen Stoldt, Bernard Thomas, Robert Urbé, Jean-Marie Wagner, Raymond Weber, Helmut Willems

Interviewpartner dieser Ausgabe

Sylvain Hoffmann

Originalillustrationen

Olivier John, Carlo Schmitz

Foto Cover

Patrick Galbats

Druck c.a.press, Esch/Alzette

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck und elektronische Verbreitung von *forum*-Beiträgen nur mit ausdrücklicher Genehmigung.
© 2010 by *forum a.s.b.l.*

Bezugspreise

Einzelheft	6 Euro
Jahresabonnement	50 Euro
Jahresabonnement im Umschlag	62 Euro
Studenten, Arbeitslose/Geschenkabonnements	38 Euro
Jahresabonnement im Ausland	62 Euro

Überweisungen auf das
forum-Postscheckkonto
IBAN LU83 1111 0611 5444 0000
mit dem Vermerk „Neuabo ab (Monat)“
und vollständiger Adresse.

Wir danken der *forum*-Fördergemeinschaft und dem Kulturministerium für die finanzielle Unterstützung.

**1, rue Mohrfels
L-2158 Luxembourg
Tel.: 42 44 88
E-Mail: forum@pt.lu**

Bürozeiten: Montag bis Freitag, 9-12 Uhr

www.forum.lu

